UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

**Zweiter Bericht über den Vollzug des Wassergesetzes des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (LWaG)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Veranlassung und Ausgangslage	5
II. Gesetze und Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Erlasse	8
III. Verwaltungsvollzug	
1. Allgemeine Vollzugserfahrungen	12
2. Verwaltungsverfahren bei den Wasserbehörden von 1995 bis Juni 1997	
2.1 Statistik	12
2.2 Die Widerspruchsverfahren in der Wasserwirtschaft	18
3. Gewässerschutzpolitische Ziele	18
4. Gewässerkundlicher Landesdienst (Menge und Güte)	
4.1 Binnengewässer	20
4.2 Küstengewässer	21
4.3 Zustand der Gewässer	22
5. Gewässerunterhaltung, Gewässerausbau	
5.1 Zielsetzung	23
5.2 Abgrenzung zwischen Ausbau und Unterhaltung	26
5.3 Ausbau	26
5.4 Gewässerunterhaltung	27
5.5 Renaturierung von Gewässern in Mecklenburg-Vorpommern	28
5.6 Die Gewässerunterhaltungsrichtlinie/Unterhaltungs- und Pflegepläne	29
5.7 Die Wasser- und Bodenverbände	30
5.8 Hochwasserschutz Binnenland	31
5.9 Wasserkraftanlagen	33
5.10 Renaturierung von Niedermooren	34
5.11 Das EU-Life-Projekt „Flußtalmoorrenaturierung Mittlere Trebel“	35
5.12 Überschwemmungsgebiete	37
6. Küstenschutz	
6.1 Die Küstenschutzanlagen	38
6.1.1 Ausgangslage	38
6.1.2 Handlungsschwerpunkte	38
6.1.2.1 Küstenschutzarbeiten zur Sicherung der Außenküste	38
6.1.2.2 Deichbauten zum Schutz überflutungsgefährdeter Orte	39
6.1.2.3 Sturmflutschutz der Küstenstädte	39
6.1.3 Die Bildung von Küstenschutzverbänden	40
6.1.4 Der Schutz landwirtschaftlicher Flächen gegen Hochwasser und Sturmflut	40

6.2	Bauen an der Küste	41
6.3	Novellierungsbedarf	
6.3.1	Die Dünen als Element des Küstenschutzes	41
6.3.2	Zuständigkeiten	42
6.3.3	Anpassungsbedarf von Wasser- und Naturschutzrecht	42
7.	Abwasserbeseitigung	
7.1	Erreichter Stand der Abwasserbeseitigung	43
7.2	Ergebnisse im Gewässerschutz durch Ausbau der Abwasserbeseitigung	44
7.3	Die Abwasserbeseitigung als kommunale Aufgabe	46
7.4	Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Einschaltung Dritter zur Erfüllung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung	47
7.5	Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf private Dritte	47
7.6	Die Erstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten	48
7.7	Kostendämpfung im Abwasserbereich	49
7.8	Der Anpassungsbedarf bei den vorhandenen Gewässerbenutzungen und Abwasseranlagen an geltendes Recht	52
7.9	Umsetzung und Vollzug der Richtlinie des Rates 91/271/EWG über die Behandlung kommunaler Abwässer	52
7.10	Die Genehmigung des Baus, der wesentlichen Änderung und der Stilllegung von Abwasseranlagen	53
7.11	Der Vollzug der Indirekteinleiterverordnung	55
7.12	Der Vollzug der Selbstüberwachungsverordnung (SÜVO)	56
7.13	Die Gewässeraufsicht	57
8.	Flächendeckender Grundwasserschutz, Wasserschutzgebiete, Trinkwasserversorgung	
8.1	Grundsätzliches zum Grundwasserschutz	57
8.2	Grundwassermeßnetz	59
8.3	Trinkwasserversorgung, Trinkwasserschutzgebiete	
8.3.1	Grundsatz	60
8.3.2	Die Entwicklung der Trinkwasserversorgung in Mecklenburg-Vorpommern	60
8.3.3	Wassersparen	62
8.3.4	Fernwasserversorgung	63
8.4	Wasserentnahmeentgelt	64
8.5	Gewinnung von Bodenschätzen und Grundwasserschutz	65
9.	Wassergefährdende Stoffe	67
10.	Wasserwirtschaftliche Planung	69
11.	Meeresumweltschutz	70
IV.	Novellierung des Landeswassergesetzes - Zusammenfassung und Ausblick -	71

Zweiter Bericht über den Vollzug des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S.669), geändert durch Gesetz vom 2. März 1993 (GVOBl. M-V S.178)

I. Veranlassung und Ausgangslage

Auf Beschluß des Landtages (Beschlußempfehlung III. 5. der LT-Drs. 1/2489) wurde im September 1994 der erste Bericht der Landesregierung zum Vollzug des Landeswassergesetzes vorgelegt (Unterrichtung vom 27.12.1994, LT-Drs. 2/38). Dieser Bericht wurde mit Landtagsbeschluß vom 12. November 1997 (LT-Drs. 2/3232 Ziffer 2) für erledigt erklärt.

Der Landtag wünscht nunmehr (Beschluß vom 24.4.1997 zur LT-Drs. 2/2489) in Fortführung der Unterrichtung vom 27.4.1994, (LT-Drs. 2/38) einen Bericht über den Vollzug des Landeswassergesetzes unter Berücksichtigung des Novellierungsbedarfs, der sich aus den Konsequenzen der sechsten Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes sowie den Erfahrungen aus dem Vollzug ergibt.

Das Wasserhaushaltsgesetz, Rahmengesetz nach Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Grundgesetz (GG), unterstellt das ober- und unterirdische Wasser einer vom Eigentum losgelösten öffentlich-rechtlichen Benutzungsordnung. Es hat die Zielsetzung, eine geordnete Bewirtschaftung des ober- und unterirdischen Wassers nach Menge und Beschaffenheit herbeizuführen. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem sog. Naßauskiesungsbeschluß [BVerfGE 58,300 (340 f)] dazu festgestellt:

„Die mengenmäßige Beanspruchung des Wassers und die Gefährdung seiner biologischen, physikalischen und chemischen Beschaffenheit durch menschliche Einwirkungen haben neben anderen Erwägungen dem Verfassungsgesetzgeber Anlaß gegeben, ein in der deutschen Verfassungsgeschichte bis dahin unbekanntes Sachgebiet Wasserhaushalt in die Bundeskompetenz aufzunehmen (Art. 75 Nr. 4 GG). Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß über das vorhandene Wasserrecht hinaus der Erlass von Vorschriften notwendig sei, die eine geordnete Bewirtschaftung der vorhandenen Wasservorräte sicherstellen. In der Erfüllung dieses verfassungsrechtlichen Anliegens stand der Gesetzgeber bei der Schaffung des Wasserhaushaltsgesetzes vor der Aufgabe, eine den allgemeinen Bedürfnissen Rechnung tragende Rechtsordnung für eine „haushälterische“ Benutzung des Wassers zu erlassen und gleichzeitig das Grundwasser vor schädlichen Einwirkungen durch den Grundstückseigentümer zu schützen. Der dabei beschrittene Weg, die Benutzung des Grundwassers einer vom Oberflächeneigentum getrennten öffentlich-rechtlichen Ordnung zu unterstellen, ist weithin eine Fortschreibung der durch das frühere Wasserrecht bereits vorgezeichneten Rechtsentwicklung. Diese mußte notwendigerweise die modernen technischen und sonstigen Möglichkeiten der Einwirkung auf das Grundwasser berücksichtigen“.

Das Bewirtschaftungsgebot in § 1a Wasserhaushaltsgesetz (WHG) begründet eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Staates (Bund und Länder), die sowohl durch legislative als auch durch verwaltungsmäßige Maßnahmen zu erfüllen ist.

In diesem Aufgabenrahmen erfüllt die Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes die Aufgabe des Gesetzesvollzuges als Wasser(verwaltungs)behörde, aufgrund der Bewirtschaftungspflicht des Staates hat sie auch gewässerkundliche Aufgaben. Ihr obliegt ebenso die vom Land zu erfüllende Ausbau- und Unterhaltungspflicht der Gewässer und die notwendigen Maßnahmen des Hochwasser- und Küstenschutzes.

Die wasserbehördliche Verwaltungstätigkeit wird von den Landräten/Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur (StÄUN) als untere Wasserbehörden im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeiten ausgeübt, weitere Verwaltungsaufgaben - in begrenztem Umfang - obliegen dem Landesamt für Umwelt und Natur (LAUN) und der Obersten Wasserbehörde, dem Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt (§ 106 -108 LWaG).

Die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur und das Landesamt für Umwelt und Natur haben jedoch nicht nur die Aufgaben der Wasser(verwaltungs)behörde, sie sind als technische Fachbehörden auch verpflichtet, allen übrigen Wasserbehörden bei Verwaltungsentscheidungen fachtechnisch zur Seite zu stehen (§ 110 LWaG).

Die StÄUN sind im Rahmen der Bewirtschaftungspflicht des Staates die Träger der gewässerkundlichen Aufgaben, somit auch wasserbewirtschaftende Stelle des Landes. Sie sind daneben mit der Aufgabe betraut, die dem Land obliegenden Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen zu vollziehen. Schließlich sind sie verpflichtet, den Wasser- und Bodenverbänden, insbesondere den Gewässerunterhaltungsverbänden, fachtechnisch Rat und Hilfe zu leisten.

Die Aufgabe der Wasserwirtschaft ist, so wird es in einem technischen Regelwerk formuliert, die zielbewußte Ordnung aller menschlichen Einwirkungen auf das oberirdische und das unterirdische Wasser. Diese summarische Darstellung könnte den Eindruck erwecken, als ob die Wasserwirtschaft sich ausschließlich als Wasserbenutzungswirtschaft darstellt. Davon kann aber nicht ausgegangen werden.

Die Aufgabe der Wasserwirtschaftsverwaltungen war es zwar schon immer, Wassermengen- und Wassergütemwirtschaft zu betreiben. Hinzu kam jedoch nach dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes im Jahre 1957 und zunehmend mit den Folgeänderungen, letztmalig mit der 6. Novelle, auch die Verpflichtung, die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern. Sie sind so zu bewirtschaften, daß sie dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang mit ihm auch den Nutzen einzelner dienen und vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen unterbleiben. Zwar ist die Wertigkeit dieser Faktoren in der Vergangenheit je nach der Interessenlage häufig unterschiedlich beurteilt worden, aber zunehmend ist die Erkenntnis gewachsen, daß Wasser nicht mehr in erster Linie als Nutzungsobjekt oder Verbrauchsgut angesehen werden kann. Dieses hat seinen Niederschlag sowohl in den nationalen als auch in den supranationalen und internationalen Regelungen gefunden.

Die sich abzeichnende Entwicklung eines Europäischen Wasserrechts läßt erkennen, daß sich für die Bundesrepublik Deutschland künftig drei Ebenen der Gewässerschutzpolitik und der Rechtsetzung für den Gewässerschutz ergeben, nämlich die Europäische Gemeinschaft, der Bund und die Länder.

Ziele des nachhaltigen Gewässerschutzes sind zum einen die Sicherung des Wassers in seinen vielfältigen Erscheinungsformen als Ressource und zum anderen die Sicherung der Gewässer als Lebensraum und zwar in einem umfassenden Ansatz gerichtet sowohl auf die oberirdischen Gewässer als auch auf die Meere und das Grundwasser.

Fachlich bieten sich zur Lösung der Aufgaben eines nachhaltigen Gewässerschutzes zunächst einmal die klassischen Strategien der Wasserwirtschaft wie z. B. die Abwasserbehandlung, die Gewässerpflege und -gestaltung (Unterhaltung und Ausbau), die Speicherwirtschaft und die Ausweisung von Wasserschutzgebieten an.

Unbestritten ist aber, daß mit den klassischen wasserwirtschaftlichen Strategien allein ein erfolgreicher, nachhaltiger Gewässerschutz auf Dauer nicht zu gewährleisten und im Hinblick auf die jetzt und in Zukunft sehr begrenzt verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen für den Umweltschutz zur Erzielung von Synergieeffekten in der Ressourcennutzung eine Harmonisierung mit anderen Bereichen der Umweltpolitik oder auch anderen Politikbereichen sowohl hinsichtlich der fachlichen Zielsetzung wie der anzuwendenden Strategien zwingend erforderlich ist.

Als „nachhaltig“ gilt eine Entwicklung dann, wenn sie zumindest mittelfristig (besser langfristig) mit den ökologischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen verträglich ist. Die „Nachhaltigkeit“ ist als eine Entwicklung zu beschreiben, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Die im Grundsatz 3 der Deklaration von Rio im Jahre 1992 zwischen den Unterzeichnerstaaten vereinbarte Entwicklung zum Wohl nachfolgender Generationen - Sustainable Development (= Nachhaltige Entwicklung) - setzt einen entsprechend verantwortungsbewußten, nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen des Planeten Erde voraus.

Da die nicht erneuerbaren Ressourcen entsprechend ihrer Nutzungsintensität früher oder später verbraucht sein werden, kommt der nachhaltigen Bewirtschaftung erneuerbarer (regenerierbarer) Ressourcen eine zentrale Bedeutung zu. Für viele Ressourcen gilt, daß sie derzeit nicht in globalem Rahmen gehandelt werden. Es handelt sich um regionale Ressourcen. Dies gilt z.B. für den Boden, aber auch für das Wasser.

Im Falle der nicht erneuerbaren Ressourcen bedeutet das Gebot der Nachhaltigkeit, die begrenzten Vorräte solange wie möglich zu strecken. Erneuerbare Ressourcen dürfen unter dem Primat der Nachhaltigkeit nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich regenerieren, ohne dabei den notwendigen Grundbestand im jeweiligen Ökosystem zu gefährden.

Wasser ist eine erneuerbare Ressource spezifischer Art: Es wird in der Regel nicht verbraucht, sondern nur gebraucht (Ausnahme: chemische oder biochemische Synthesen, z. B. die Photosynthese der Pflanze). Nach dem Gebrauch („Nutzung“) wird das Wasser verschmutzt oder erwärmt in den Kreislauf zurückgegeben. Deshalb können sich Überlegungen zu einem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser nicht auf quantitative Aspekte beschränken; es müssen auch Fragen der Qualität gleichrangig mitbeantwortet werden. Den nachfolgenden Generationen ist nicht nur eine ausreichend große Wassermenge zu hinterlassen, vielmehr muß sie auch qualitativ hochwertig sein.

Der Erfolg eines nachhaltigen Gewässerschutzes setzt voraus, daß die o. g. Ziele Grundlage des Handelns auch in anderen Politikbereichen, insbesondere in der Agrarpolitik, der Industriepolitik, der Verkehrspolitik sowie der Regionalpolitik werden und der Schulterschuß mit dem Naturschutz gelingt.

Mit der Verankerung des Umweltschutzes in Artikel 20a GG und in Artikel 12 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist die Ausgangslage für eine nachhaltige Gewässerschutzpolitik grundlegend verbessert worden.

II. Gesetze und Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Erlasse

Seit dem ersten Bericht der Landesregierung über den Vollzug des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) sind folgende Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Erlasse verabschiedet bzw. erlassen und damit verbindlich geworden:

Gesetze:

- Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden vom 30. November 1995 (GVOBl. M-V S. 600)
- Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften (Wasserrechts- und Wasserverbandsrechtsregelungsänderungsgesetz - WWVRÄndG) vom 22. August 1996 (GVOBl. M-V S. 354).

Verordnungen:

- Erste Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (Erste Wasser-Zuständigkeitsverordnung - 1. WaZustVO) vom 1. Dezember 1994 (GVOBl. 1995 M-V S. 35)
- Kostenverordnung für Amtshandlungen der Wasserwirtschaftsverwaltung (Wasserwirtschafts-Kostenverordnung - WaKostVO) vom 28. März 1995 (GVOBl. M-V S. 164)
- Erste Verordnung zur Änderung von Wasserschutzgebieten (Erste Wasserschutzgebietsänderungsverordnung - 1. ÄndVOWSG) vom 4. Juli 1995 (GVOBl. M-V S. 375)
- Verordnung über Antragsunterlagen für wasserbehördliche Entscheidungen (Wasserunterlagenverordnung-WaUntVO) vom 28. Juli 1995 (GVOBl. M-V S. 376)
- Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Schwerin (Wasserschutzgebietsverordnung Schwerin - WSGVO-SN) vom 21. August 1995 (GVOBl. M-V S. 510)
- Verordnung zur Aufgabenregelung des Alarmdienstes für den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigungen (Alarmdienstverordnung - ADVO) vom 7. November 1995 (GVOBl. M-V S. 632)
- Verordnung über das Entgelt für Wasserentnahmen (Wasserentnahmeentgeltverordnung - EntgVO) vom 13. Dezember 1996 (GVOBl. M-V S. 672)
- Verordnung über die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern zum Zwecke der Trinkwasserversorgung (Oberflächenwasserverordnung OWassVO M-V) vom 24. April 1997 (GVOBl. M-V S. 195)

- Landesverordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörde für den Erlaß von Veränderungssperren zur Sicherung wasserwirtschaftlicher Planungen(Wasserwirtschafts-Veränderungssperren- Zuständigkeitsverordnung - WVerändspZustLVO) vom 14. August 1997 (GVOBl. M-V S. 474)
- Verordnung über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer (Muschelgewässerverordnung - MuGVO) vom 23. Oktober 1997 (GVOBl. M-V S. 592)
- Verordnung über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungswürdig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (Fischgewässerverordnung - FGVO) vom 23. Oktober 1997 (GVOBl. M-V S. 584)
- Verordnung über die Behandlung von Kommunalem Abwasser (Kommunalabwasserverordnung - KabwVO M-V) vom 15. Dezember 1997 (GVOBl. M-V 1998 S. 25).

Verwaltungsvorschriften:

- Verwaltungsvorschrift über allgemein anerkannte Regeln der Technik für die Abwasserbehandlungen mittels Kleinkläranlagen (KKA - VwV) vom 7. Dezember 1993 (AmtsBl. M-V 1994 S. 157)
- Verwaltungsvorschrift über die Zulassung und das Verfahren bei der Zulassung von Pflanzenkläranlagen (Pflanzenkläranlagen-Verwaltungsvorschrift - PKA - VwV) vom 26. September 1994 (AmtsBl. M-V S. 1052)
- Verwaltungsvorschrift über Einrichtung, Inhalt und Form des Wasserbuchs (VV Wasserbuch) vom 1. Dezember 1994 (AmtsBl. M-V 1995 S.10)
- Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Indirekteinleiterverordnung - Mineralöhlhaltiges Abwasser - vom 4. Juli 1995 (AmtsBl. M-V S. 694)
- Verwaltungsvorschrift über Anforderungen an Abfüllanlagen von Tankstellen - VAAT - gemäß § 4 Abs. 2 der Anlagenverordnung vom 1. August 1995 (AmtsBl. M-V S. 799)
- Verwaltungsvorschrift über das Führen sowie Inhalt und Form des Wasserbuchs (VV Wasserbuch) vom 29. Mai 1998 (AmtsBl. M-V S. 734).

Richtlinien und Erlasse:

- Erlaß über das Wasserentnahmeentgelt auf der Grundlage von §§ 16-18 Landeswassergesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 23. November 1994
- Erlaß über Abwasserbeseitigungskonzepte der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften vom 22. Dezember 1994 (AmtsBl. M-V 1995 S. 71)
- Kosten der behördlichen Überwachung vom 9. Januar 1995
- Zuständigkeiten für die Genehmigung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen vom 26. Januar 1995
- Wasserrechtliche Behandlung von Netzkäfiganlagen zur Fischproduktion in oberirdischen Gewässern nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 WHG vom 13. März 1995
- Erlaß über Dichtheitsprüfung von Abwasserkanälen mit dem Prüfmedium Luft vom 26. März 1995
- Zustellung von Verwaltungsakten in wasserrechtlichen Verfahren vom 25. April 1995
- Kostenerstattung nach § 92 LWaG für behördliche Überwachungsmaßnahmen vom 25. April 1995
- Einführungserlaß für die von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser herausgegebenen „Empfehlungen für die Erkundung, Bewertung und Behandlung von Grundwasserschäden“ vom 15. Mai 1995 (AmtsBl. M-V S. 456)
- Genehmigung zur Änderung der Satzung des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände Mecklenburg-Vorpommern vom 17. Juli 1995 (AmtsBl. M-V S. 769)
- Erlaß über Gewässerunterhaltungs- und Gewässerpflegepläne für eine naturnahe Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern vom 6. September 1995
- Befristung einer wasserrechtlichen Genehmigung vom 8. November 1995
- Richtlinien zur Förderung von Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung sowie Anlagen und Deichen (FöRiUV) vom 12. Dezember 1995 (AmtsBl. M-V S. 1183)
- Wasserbuch - Übermittlung der Grundlagen für die Eintragung vom 15. Januar 1996
- Behördliche Überwachung von Abwassereinleitungen in Gewässer vom 23. Februar 1996
- Vollzug der Anlagenverordnung (VAwS): Anzeige nach § 20 Abs. 1 LWaG vom 11. März 1996
- Masttransformatoren in Wasserschutzgebieten vom 10. April 1996

- Kriterien für die einheitliche Bearbeitung von Stellungnahmen zu Bauplanungen im Küstengebiet aus der Sicht des Küstenschutzes vom 15. April 1996
- Erläuterung zu § 83 Abs. 1 LWaG vom 3. Juli 1996
- Abwasserbeseitigung über nicht kanalisationsgebundene Grundstücksentwässerungsanlagen - Kleinkläranlagen (KKA) vom 31. Juli 1996 (AmtsBl. M-V S. 787)
- Erhebung von Wasserentnahmeentgelt gemäß den §§ 16-18 LWaG in Verbindung mit der Verordnung über das Entgelt für Wasserentnahmen (Wasserentnahmeentgeltverordnung - WaEntgVO M-V) vom 31. Januar 1997
- Wartung und Entleerung von Leichtflüssigkeitsabscheidern nach DIN 1999 (Voraussetzungen zur Verlängerung der Entleerungsintervalle) vom 14. März 1997 (AmtsBl. M-V S. 418)
- Auswirkung des Außerkrafttretens der Abwasserherkunftsverordnung (Art. 3) vom 27. Mai 1997
- Abgrabungserlaß vom 28. Mai 1997
- Beseitigung von Niederschlagswasser vom 11. Juni 1997
- Zuständigkeit für Bescheinigungsverfahren nach § 9 Abs. 4 bis 7 Grundbuchbereinigungsgesetz in Verbindung mit der Sachenrechts- Durchführungsverordnung vom 17. Juni 1997
- Richtlinien zur Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben (FöRiWas) vom 8. Oktober 1997 (AmtsBl. M-V S. 1280) - korrigierte Fassung
- Kommunalabwasserverordnung M-V - Erläuterungen und Hinweise zu ihrem Vollzug vom 2. März 1998 (AmtsBl. M-V S. 391)
- Richtlinien zur Förderung von Kleinkläranlagen (FöRi-KKA) vom 15. Juli 1998 (AmtsBl. M-V S. 980)

III. Verwaltungsvollzug

1. Allgemeine Vollzugserfahrungen

Die Feststellung im ersten Bericht zum Vollzug des Landeswassergesetzes, daß sich das Gesetz im allgemeinen gut bewährt hat, kann für den Zeitraum dieses Berichtes bestätigt werden. Bisher sind keine wesentlichen Vollzugsprobleme, die auf die Regelungen des Landeswassergesetzes als solche zurückzuführen sind, bekanntgeworden.

Die relativ großen Handlungsspielräume im Bereich der Verwaltungsorganisation sind mit der Entscheidung für einen zweistufigen Verwaltungsaufbau und dem Aufbau einer Fachverwaltung mit der Bündelung von Kompetenzen für alle Umweltmedien bei den unteren und der obersten Sonderordnungsbehörde(n) zufriedenstellend gelöst worden. Das Landesamt für Umwelt und Natur (LAUN) ist eine wissenschaftlich - technische Fachbehörde mit wenigen Vollzugsaufgaben (ohne Funktion als Mittelinstanz mit Weisungsbefugnis gegenüber den unteren Wasserbehörden) im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung. Die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur sind gemäß § 110 Abs. 2 LWaG als medienübergreifende, integrierte staatliche Umweltfachämter die technischen Fachbehörden für die Wasserbehörden. Die Wasserbehörden sind in § 106 Nrn. 1 und 2 LWaG bestimmt, die Zuständigkeiten für die unteren Wasserbehörden ergeben sich aus § 108 LWaG.

Hinsichtlich der gesetzlichen Regelungen der Zuständigkeiten (§§ 107 ff LWaG) ist festzustellen, daß sich die Auswirkungen der Kreisgebiets- und Funktionalreform auf den geordneten Vollzug als beherrschbar herausgestellt haben und sich nur geringer Ergänzungsbedarf gezeigt hat. Es wird zu prüfen sein, ob Zuständigkeiten des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt als oberste Wasserbehörde gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 LWaG auf das künftige Landesamt für Umwelt und Geologie (LAUG) unter personalpolitischen Gesichtspunkten übertragen werden sollen. Zukünftig soll bei der Umsetzung des Landeswassergesetzes verstärkt darauf geachtet werden, daß gemäß § 24 Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern alle raumbeanspruchenden oder raumbeeinflussenden Planungen, Maßnahmen und Einzelvorhaben der Landesplanungsbehörde mitgeteilt werden.

2. Verwaltungsverfahren bei den Wasserbehörden von 1995 bis Juni 1997

2.1 Statistik

Die Statistik zeigt eine Auflistung aller Verwaltungsverfahren bei den Behörden der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern von Januar 1995 bis Juni 1997.

Einbezogen wurden dabei das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt, die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur sowie die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte.

Bei den in der Statistik dargestellten Verfahren handelt es sich um Planfeststellungs- sowie Plangenehmigungsverfahren nach § 31 WHG, Bewilligungen nach § 8 WHG in Verbindung mit (i.V.m.) den §§ 10 und 11 LWaG, Entscheidungen nach § 20 LWaG, Ordnungsverfügungen nach § 90 LWaG, Verfügungen nach § 31 Abs. 4 LWaG und Genehmigungen nach den §§ 38 bzw. 82 LWaG.

Erläuterung der Verfahren im einzelnen:

1. Im Planfeststellungsverfahren soll über die Zulässigkeit eines geplanten Bauvorhabens in Bezug auf dessen Lage, Gestaltung und Einfügung in die Umgebung grundsätzlich umfassend und abschließend entschieden werden. Ein Planfeststellungsverfahren bedarf es gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 WHG, wenn ein Gewässer oder seine Ufer hergestellt, beseitigt oder wesentlich umgestaltet werden sollen. Gleiches gilt gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 WHG für Deich- und Dammbauten. Nach § 31 Abs. 3 WHG kann ein Ausbau ohne vorherige Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens genehmigt werden, wenn es sich
 - a) um einen Ausbau von geringer Bedeutung handelt, insbesondere um einen naturnahen Ausbau bei Teichen und um kleinräumige naturnahe Umgestaltungen wie die Beseitigungen von Bach- und Grabenverrohrungen,
 - b) das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf eines der in § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Schutzgüter haben kann oder
 - c) den Zweck verfolgt, eine wesentliche Verbesserung für diese Schutzgüter herbeizuführen.
2. Gemäß § 8 Abs. 1 WHG gewährt die Bewilligung das Recht, ein Gewässer in einer nach Art und Maß bestimmten Weise zu nutzen. § 9 WHG schreibt ein Bewilligungsverfahren ausdrücklich vor.
3. Eine Erlaubnis gemäß § 7 Abs. 1 WHG gewährt die widerrufliche Befugnis, ein Gewässer zu einem bestimmten Zweck in einer nach Art und Maß bestimmten Weise zu nutzen. Eine Befristung ist möglich (§ 7 Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz).
4. Anlagen zum Herstellen, Befördern, Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Behandeln und Verwenden von wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 19g WHG zu betreiben, einzubauen, aufzustellen, unterhalten oder stillzulegen ist gemäß § 20 Abs. 1 LWaG anzeigepflichtig.
5. Gemäß § 90 Abs. 1 LWaG ist es Aufgabe der Gewässeraufsicht, Anordnungen und Verwaltungsakte zum Vollzug der wasserrechtlichen Bestimmungen zu erlassen. Im Rahmen der Gewässeraufsicht haben die Wasserbehörden gemäß § 90 Abs. 2 LWaG die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit, dem Einzelnen oder den Gewässern Gefahren abzuwehren (Ordnungsverfügungen).
6. Gemäß § 31 Abs. 4 LWaG hat die Wasserbehörde eine Untersagungsverfügung zu erlassen, wenn Handlungen und Maßnahmen auf Grundwasservorkommen einwirken oder einwirken können und die Wasserversorgung dadurch gefährdet ist.
7. Soll eine Wasserversorgungs- bzw. Abwasseranlage gebaut, wesentlich geändert oder stillgelegt werden, bedarf dieses einer Genehmigung nach § 38 Abs. 1 LWaG. Ausnahmen davon sind in § 38 Abs. 1 Satz 2 LWaG geregelt.
8. Einer Genehmigung nach § 82 Abs. 1 LWaG durch die Wasserbehörde bedarf es in den Fällen der Errichtung, wesentlichen Änderung oder Beseitigung von Anlagen in, an, unter oder über oberirdischen Gewässern.

Verwaltungsverfahren bei den Wasserbehörden von 1995 bis Juni 1997

	Planfeststellungen	Bewilligungen	Erlaubnisse	Entscheidungen nach § 20	Ordnungsvfg. nach § 90	Vfg. nach § 31 Abs. 4	Genehmigungen nach § 38	Genehmigungen nach § 82
Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt:		-	-	-	-	-		-
VIII 630, 640								
1995	3							
1996	5							
1997	6							
VIII 660								
1995							1	
1996							1	
1997							1	
							i.V.m. § 18 c WHG	
Staatliche Ämter für Umwelt und Natur:								
<u>Lübz</u>								
1995	-	-	18	-	-	k.A.	116	9
1996	-	1	12	-	3	k.A.	128	23
1997	-	1	20	-	1	k.A.	65	17
<u>Neubrandenburg</u>								
1995	-	-	21	-	-	-	168	16
1996	-	-	25	-	1	-	170	32
1997	-	-	11	-	-	-	71	23
<u>Rostock</u>								
1995	-	-	26	-	]	-	]	]
1996	-	-	27	-	} 6	-	} 344	} 31
1997	-	-	30	-	]	-	]	]
<u>Schwerin</u>								
1995	-	-	110	-	-	k.A.	109	7
1996	-	-	107	-	1	k.A.	97	13
1997	-	-	44	-	-	k.A.	41	8
<u>Stralsund</u>								
1995	-	-	54	-	]	-	]	]
1996	-	-	38	-	} 115	-	} 414	} 17
1997	-	-	13	-	]	-	]	]

	Plan- feststel- lungen	Bewil- ligun- gen	Erlaub- nisse	Entschei- dungen nach § 20	Ord- nungs- vfg. n. § 90	Vfg. nach § 31 Abs. 4	Geneh- migun- gen n. § 38	Geneh- migungen n. § 82
<u>Ueckermünde</u>								
1995	-	-	23	2	32	-	117	10
1996	-	-	32	3	5	-	138	18
1997	-	-	18	-	20	-	88	10
<u>Landräte und Oberbürgermeister</u>								
<u>Bad Doberan</u>								
1995	-	-	231	309	]	-	-	]
1996	-	-	280	366	} 27	-	-	} 25
1997	-	-	158	166	]	-	-	]
<u>Demmin</u>								
1995	-	-	132	583	15	5	insges.	3
1996	-	-	206	672	19	13	insges.	29
1997	1	-	130	260	6	16	insges.	15
<u>Greifswald</u>								
1995	3	-	17	34	]	]	]	]
1996	-	-	26	26	} 39	} 2	} 5	} 24
1997	-	-	10	22	]	]	]	]
<u>Güstrow</u>								
1995	-	-	186	735	]	-	-	]
1996	-	-	236	280	} 49	-	-	} 79
1997	-	-	129	133	]	-	-	]
<u>Ludwigslust</u>								
1995	-	-	447	1123	]	]	]	]
1996	-	-	468	1237	} 76	} 102	} 10	} 364
1997	-	-	275	354	]	]	]	]
<u>Mecklenburg-Strelitz</u>								
1995	-	-	174	644	]	]	]	]
1996	3	-	162	723	} 110	} 22	} 3	} 24
1997	6	-	69	310	]	]	]	]
<u>Müritz</u>								
1995	1	-	132	590	8	-	-	10
1996	-	-	227	642	17	-	16	28
1997	1	-	89	417	11	1	1	16

	Plan- feststel- lungen	Bewil- ligun- gen	Erlaub- nisse	Entschei- dungen nach § 20	Ord- nungs- vfg. n. § 90	Vfg. nach § 31 Abs. 4	Geneh- migun- gen n. § 38	Geneh- migun- gen n. § 82
<u>Neubrandenburg</u>								
1995	-	-	17	89	4	-	-	1
1996	-	-	9	47	2	1	-	5
1997	-	-	4	11	-	-	-	-
<u>Nordvorpommern</u>								
1995	-	-	246	556	26	3	1	18
1996	-	-	259	611	14	3	3	15
1997	-	-	122	288	31	-	5	14
<u>Nordwestmecklenburg</u>								
1995	6	-	k.A.	696	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1996	6	-	320	705	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1997	4	-	180	326	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
<u>Ostvorpommern</u>								
1995	-	-	365	458	]	k.A.	k.A.	k.A.
1996	-	-	399	563	} 50	k.A.	k.A.	k.A.
1997	-	-	195	203	]	k.A.	k.A.	k.A.
<u>Parchim</u>								
1995	3*	-	443	567	]	]	]	]
1996	-	-	382	619	} 104	} 21	} 9	} 56
1997	1*	-	195	279	]	]	]	]
<u>Rostock</u>								
1995	-	-	19	77	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1996	-	-	40	53	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1997	-	-	18	46	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
<u>Rügen</u>								
1995	-	-	184	272	27	10	13	10
1996	-	-	186	197	45	17	15	21
1997	-	-	111	117	34	12	2	16
<u>Schwerin</u>								
1995	-	-	19	74	169	-	-	8
1996	1*	-	17	125	138	-	4	4
1997	-	-	12	47	70	-	2	2
<u>Stralsund</u>								
1995	-	-	39	31	]	-	]	]
1996	-	-	35	25	} 14	-	} 4	} 14
1997	-	-	8	14	]	-	]	]

	Plan- feststel- lungen	Bewil- ligun- gen	Erlaub- nisse	Entschei- dungen nach § 20	Ord- nungs- vfg. n. § 90	Vfg. nach § 31 Abs. 4	Geneh- migun- gen n. § 38	Geneh- migungen n. § 82
<u>Uecker-Randow</u>								
1995	-	-	48	313	14	-	-	6
1996	-	-	104	444	11	-	-	6
1997	-	-	80	185	14	-	-	-
<u>Wismar</u>								
1995	-	-	19	24	4	4	1	4
1996	-	-	12	4	121	6	1	2
1997	-	-	11	1	4	1	-	2

k.A. = keine Angabe] = zusammengesetzt
 * = Plangenehmigungen } aus den Jahren

Von Januar 1995 bis Juni 1997 sind von den Behörden der Wasserwirtschaftsverwaltung allein in dem statistisch erfaßten Bereich insgesamt 13 477 Entscheidungen in Form von Verwaltungsakten getroffen worden.

Des weiteren gingen 17 698 Anzeigen gemäß § 20 LWaG ein, die zu bearbeiten waren.

Im einzelnen ergeben sich folgende Zahlen:

- Planfeststellungen, Plangenehmigungen	50
- Bewilligungen	2
- Erlaubnisse	8.511
- Ordnungsverfügungen nach § 90 LWaG	1.457
- Verfügungen nach § 31 Abs. 4 LWaG	239
- Genehmigungen nach § 38 LWaG	2.210
- Genehmigungen nach § 82 LWaG	1.008

	13.477
- Anzeigen nach § 20 LWaG	17.698

Bei den verschiedenen Behörden gibt es hinsichtlich der Fallzahlen erhebliche Unterschiede. Es wird mit den Wasserbehörden noch zu klären sein, weshalb derartige Unterschiede existieren.

2.2 Die Widerspruchsverfahren in der Wasserwirtschaft

Gemäß Artikel 34 Abs. 1 des Gesetzes über die Funktionalreform vom 5.5.1994 (GVOBl. M-V S. 566) entscheidet über Widersprüche gegen Verwaltungsakte, die ein Staatliches Amt für Umwelt und Natur, ein Landrat oder ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt im Bereich der Fachaufsicht des Umweltministers erlassen hat und denen nicht abgeholfen wird, der Umweltminister. Funktionsnachfolger des Umweltministers u. a. im Bereich des Gewässerschutzes und der Wasserwirtschaft ist das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern.

Vom 1.1.1995 bis zum 30.6.1997 sind im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt insgesamt 13 477 wasserrechtliche Entscheidungen getroffen worden. Davon abzuziehen sind die Entscheidungen der obersten Wasserbehörde in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich sowie Planfeststellungen und Plangenehmigungen, gegen die nur eine Klage beim Verwaltungsgericht als Rechtsmittel statthaft ist. Es wurden diesem Ministerium insgesamt 363 Widersprüche gegen Entscheidungen der Behörden der Wasserwirtschaftsverwaltung vorgelegt, deren Rechtsgrundlagen sich im Landeswassergesetz befinden, davon allein 75 gegen die Veranlagung zum Wasserentnahmeentgelt. Die rückwirkend zum 1.1.1993 in Kraft getretene Verordnung über das Entgelt für Wasserentnahmen erlaubt es jedoch, die in diesem Bereich erhobenen Widersprüche in der Mehrzahl zurückzuweisen. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der getroffenen Entscheidungen ist die Zahl der eingelegten Widersprüche sehr gering. Dennoch ist die Wasserwirtschaft mit rund 70 % aller Widersprüche, die sich gegen Entscheidungen der im Bereich der Fachaufsicht des früheren Umweltministers zuständigen Behörden richten, besonders belastet.

3. Gewässerschutzpolitische Ziele

Eine notwendigerweise ganzheitliche Betrachtungsweise, die die Gewässer im engeren Sinne, ihre Randzonen sowie die in funktionalem Zusammenhang mit den Gewässern stehenden Teilräume als untrennbare Einheit erfaßt und die Wechselwirkungen zwischen Grund- und Oberflächenwasser in Betracht zieht, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler der Gewässerschutzpolitik der Landesregierung dar und befindet sich in vollem Einklang mit der Grundsatzregelung des § 1a WHG, die die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes qualifiziert und ihre Sicherung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen vorsieht.

Als vorrangig ist zum einen der Schutz der oberirdischen Gewässer und Küstengewässer als Lebensgrundlage und als natürlicher Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen, zum anderen der Schutz des Grundwassers als natürliche Lebensressource sowie die nachhaltige Nutzung des Wassers für die Versorgung der Bevölkerung, der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes sowie für die Naherholung und die Fischerei zu sehen.

Das gewässerschutzpolitische Ziel der Landesregierung ist es, für die Gewässer die Güteklasse 2 (Zustand mäßiger Belastung) flächendeckend zu erreichen.

Bei der 1990 vorgefundenen Ausgangssituation galt es zunächst, die stoffliche Belastung aus punktuellen Abwassereinleitungen zu reduzieren. In konsequenter Umsetzung des § 7 a WHG konnten damit in den letzten Jahren große Erfolge für die Wasserbeschaffenheit erreicht werden, nämlich eine Verbesserung des Anteiles der Güteklasse 2 von 40 % im Jahr 1990 auf rund 70 % im Jahr 1995.

Gleichzeitig zeigt sich aber, daß weitere ähnliche Erfolge nicht in gleichem Maße zu erreichen sind. Es gilt, die Probleme der diffusen Belastung, die einen erheblichen Anteil an der Gewässerbelastung insgesamt haben, sowie die der in der Wasserbeschaffenheit sensiblen Oberläufe der Gewässer zu lösen.

Ein Lösungsansatz muß daher zukünftig sein, daß neben der Anwendung des Emissionsprinzips parallel auch gewässerbezogene Zielvorgaben (Immissionsprinzip) festgelegt werden. Damit gelingt es noch besser in den Mechanismus von Ursache und Wirkung der Gewässerbenutzungen einzugreifen. Weiterhin muß neben der Wasserbeschaffenheit zukünftig die Betrachtung des Gewässers als Lebensraum (das Wasser, die Ufer und die Auen) an Bedeutung gewinnen. Dabei müssen Menge, Güte und Morphologie im gesamten Einzugsgebiet als Einheit gesehen werden. Zusammen mit den Zielvorgaben wird damit auch den Grundsätzen des gegenwärtigen Entwurfes der EG-Wasserrahmen-Richtlinie entsprochen, die Richtschnur für die zukünftige Gewässerschutzpolitik sein wird.

Die erfolgte Gewässerstrukturkartierung (Verbauungsgrad / Auslenkung von der Naturnähe), die in fachlicher, organisatorischer und finanzieller Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden erstellt wurde, zeigt weitere Handlungsschwerpunkte hinsichtlich der Erhaltung naturnaher Gewässer aber auch für die Entwicklung hin zu naturnahen Gewässern bis zur entsprechenden Unterhaltung der Gewässer auf.

Eine erste flächendeckende Gewässerstrukturkarte für M-V, Stand 1997, liegt vor.

Im Grundwasser wird eine Beschaffenheit angestrebt, die durch die geogene Hintergrundbelastung charakterisiert wird. Das bedeutet, daß das Grundwasser so weit wie möglich in seiner natürlichen Beschaffenheit zu erhalten ist.

Dazu ist es flächendeckend zu schützen, da es nicht nur Grundlage der Trinkwasserversorgung ist, sondern als Teil des Wasserkreislaufes auch die Oberflächengewässer speist, so daß Grundwasserbelastungen auch diese beeinträchtigen.

Insoweit werden von den zuständigen Wasserbehörden die Bestimmungen des § 34 WHG konsequent umgesetzt, denn eine Erlaubnis für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser darf nur erteilt werden, wenn eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. § 34 WHG ist eine Parallelvorschrift zu § 26 WHG (oberirdische Gewässer) und zielt darauf ab, den generellen Schutz des Allgemeinwohls, insbesondere die öffentliche Wasserversorgung (§ 6 WHG), durch weitergehende Absicherungen zur Reinhaltung des Grundwassers zu verstärken. Grundwasser ist in besonderem Maße schutzwürdig und schutzbedürftig.

Es kann angesichts seiner durchweg hohen Qualität vor allem für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung genutzt und wegen der natürlichen Bodenüberdeckung leichter als oberirdische Gewässer in der erforderlichen Beschaffenheit erhalten werden und bedarf im allgemeinen keiner wesentlichen Aufbereitung. Andererseits ist es gegenüber unmittelbaren Einwirkungen ungleich anfälliger als oberirdische Gewässer, nur schwer überwachbar, entzieht sich schnell wirkenden Sanierungsmaßnahmen und regeneriert selber äußerst langsam.

Die nachhaltige Entwicklung der maritimen Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns erfordert eine Reduzierung der übermäßigen anthropogenen Belastungen der Küstengewässer. Um Tourismus, Fischerei und Schifffahrt auf Dauer ertragsfähig zu erhalten, müssen gewisse Umweltkriterien erfüllt sein. Mecklenburg-Vorpommern hat die internationale Verpflichtung aus dem Helsinki-Abkommen, die für die Eutrophierung verantwortlichen Nährstoffeinträge von Land aus in die Ostsee bis 1995 zu halbieren, beim Phosphor erfüllt. Dieses ist überwiegend auf den Rückgang der Belastung aus den Kläranlagen infolge einer gesteigerten Reinigungsleistung durch deren Neubau oder Modernisierung zurückzuführen.

Beim Stickstoff ist dieses Ziel nicht erreicht worden. Zwar konnte der punktuelle Eintrag aus Kläranlagen um etwa 50% reduziert werden, eine wesentliche Verminderung der Gesamtbelastung wurde jedoch nicht erreicht. Die viel größeren diffusen Einträge, insbesondere aus landwirtschaftlich genutzten Flächen und aus der Atmosphäre, konnten nicht in dem erforderlichen Maße gesenkt werden. Daran wird deutlich, daß Gewässerschutz weit mehr ist als der Bau von Kläranlagen und Kanalnetzen. Allein durch den Ausbau einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung wird eine nachhaltige Verbesserung der Gewässerbeschaffenheit nicht zu erreichen sein. Ein besonderer Schwerpunkt des Gewässerschutzes der kommenden Jahre wird daher eine umfassende Reduzierung des Nitratreintrages in die Gewässer sein. Die Höhe der diffusen Emissionen wird zu 40 - 60 % durch Einträge aus Entwässerungssystemen verursacht. Es müssen daher alle Maßnahmen zur Verminderung der Stickstoff-, insbesondere der Nitratauswaschung aus landwirtschaftlichen Flächen, genutzt werden. Hierzu gehören zum Beispiel auch eine der guten landwirtschaftlichen Praxis entsprechende Düngung, der naturnahe Gewässerausbau und die Anlage von Gewässerrandstreifen.

4. Gewässerkundlicher Landesdienst

4.1 Binnengewässer

Die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur führen gemäß § 108 Satz 2 LWaG den gewässerkundlichen Meß- und Beobachtungsdienst durch. Nach § 110 Abs. 1 LWaG sind das Landesamt für Umwelt und Natur sowie das Geologische Landesamt Fachbehörden, zu deren Aufgaben im jeweiligen Dienstaufgabenbereich auch die Ermittlung und Entwicklung der naturwissenschaftlichen, gewässerkundlichen, geologischen und technischen Grundlagen für die Ordnung des Wasserhaushaltes gehören. Sie führen konzeptionelle und fachbegleitende Arbeiten für die Vorbereitung und die Durchführung wasserbehördlicher Verfahren durch. Die genaue Kenntnis der Beschaffenheits- und Abflußverhältnisse in den Flußeinzugsgebieten ist unabdingbare Voraussetzung für alle wasserrechtlichen Entscheidungen zur Steuerung wasserwirtschaftlicher Prozesse und wasserwirtschaftlicher Planungen. Nicht zuletzt in wasserwirtschaftlichen Extremsituationen ist die Beherrschung der Lage von der Kenntnis und dem schnellen Zugriff auf diese Daten abhängig. Dies hat zuletzt das Sommerhochwasser an der Oder im Jahr 1997 mit Nachdruck unterstrichen.

In die Novelle zum Landeswassergesetz ist daher eine Ergänzung der jetzigen Regelung des § 110 Abs. 1 LWaG aufzunehmen, die vorsieht, daß die gewässerkundliche Grundlagenermittlung auch die Behandlung und Auswertung der gewässerkundlichen Daten mit umfaßt. Ansonsten ist festzustellen, daß sich die im Landeswassergesetz für den Bereich Gewässerkunde geregelten Zuständigkeiten gut bewährt haben.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Durchführung des flächendeckenden gewässerkundlichen Landesdienstes sowohl für die Wassergüte als auch -menge durch Erlaß geregelt.

Die ursprünglichen Erlasse (- Gewässerüberwachung vom 05.05.1993, Konzeption zur Ausgestaltung des hydrologischen Landesmeßnetzes vom 13.09.1994 -) werden jährlich fortgeschrieben (- für die Gewässerüberwachung zuletzt im August 1997 -).

Die Durchführung des gewässerkundlichen Landesdienstes mit genauer Festlegung der Meßstellen, Meßfrequenzen und Meßprogrammen ist überschaubar und hat sich bewährt.

Darüber hinaus gestattet die jährliche Fortschreibung ein entsprechendes Maß an Flexibilität hinsichtlich Meßstellen, -frequenz und -programmen. Damit ist es auch stets möglich, relativ kurzfristig auf Veränderungen und Anforderungen zu reagieren.

Untrennbar verbunden mit der Gewässerüberwachung ist die Überwachung der Abwassereingleitungen. Auch diese Überwachung ist durch Erlaß geregelt (siehe auch Pkt. 7).

Zukünftig soll insbesondere das Fließgewässermeßnetz noch flexibler derart gestaltet werden, daß insbesondere auch Veränderungen in kleinen Wasserläufen registriert werden können. Seit 1990 werden in M-V die Ergebnisse der Gewässerüberwachung in den Gewässergüteberichten veröffentlicht und dienen damit sowohl den Fachbehörden als auch allen Interessenten als wichtige Informationsquelle.

Bei der Anzahl von rund 2.000 Seen > 1 ha war und ist die Überwachung der Seen im Zuge der routinemäßigen Überwachung schwierig und vom Umfang her nicht ausreichend zu gewährleisten. Folgerichtig ist 1995 begonnen worden, ein Seenprojekt zunächst mit einer Laufzeit von 3 Jahren zu starten, das darauf abzielt, den Ist-Zustand aller Seen > 10 ha zu erfassen.

Nach derzeitigem Arbeitsstand kann davon ausgegangen werden, daß Ende 1999 die Ergebnisse aller 600 Seen > 10 ha, die im Rahmen des Projektes untersucht werden sollen, vorliegen. Die Ist-Zustandserfassung soll weiterführend die Grundlage für die Erstellung einer Prioritätenliste für zu sanierende Standgewässer sein. Diese Liste kann jedoch erst nach Abschluß der Arbeiten zum Seenprojekt erstellt werden.

Das Monitoring wird auch zukünftig seine Bedeutung beibehalten, insgesamt muß jedoch geprüft werden, ob die Meßnetze noch variabler gestaltet werden können, um insgesamt die Aussagedichte in der Fläche zu erhöhen. Gleichzeitig besteht die Forderung nach schnellerem bzw. sofortigem Bereitstellen von Daten, insbesondere zur Beherrschung von wasserwirtschaftlichen Extremsituationen (Hochwasser). Dazu ist im hydrologischen Meßnetz die Automatisierung weiter voranzutreiben.

4.2 Küstengewässer

Nach dem Gewässerüberwachungserlaß in seiner Fortschreibung vom 26. März 1997 wird die Wasserbeschaffenheit der Küstengewässer an 60 Meßstellen überwacht. Damit ist nahezu eine flächendeckende großräumige Überwachung der Wasserbeschaffenheit der Küstengewässer des Landes gegeben. Lediglich zwei der flächenmäßig bedeutenden inneren Küstengewässer, das Salzhaff (Halbinsel Wustrow) und das Achterwasser (Usedom), werden durch dieses Meßnetz nicht erfaßt. Eine Beprobung dieser Gewässer ist mit dem zur Probennahme eingesetzten Motorschiff MS „Strelasund“ aufgrund des Tiefganges nicht möglich. Insoweit steht für die Überwachung dieser Gewässer keine technische Ausstattung zur Verfügung.

Die zu untersuchenden Kenngrößen der Wasser- und Gewässerbeschaffenheit in den Küstengewässern sind ebenfalls dem Gewässerüberwachungserlaß zu entnehmen.

Dabei ist zu beachten, daß Mecklenburg-Vorpommern hierzu über das Bund-Länder-Meßprogramm Ostsee als auch über die HELCOM (Internationale Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee) sowohl nationale als auch internationale Verpflichtungen hat.

Während die Messungen im freien Wasserkörper vom Labor des StAUN Stralsund in der Regel monatlich durchgeführt werden, werden die Sonderuntersuchungen zur Sedimentbeschaffenheit, zur Untersuchung von Schadstoffen in Biota und in Schwebstoffen sowie das biologische Küstenmonitoring (Zoo- und Phytobenthos) in zeitlich definierten Meßkampagnen durch anerkannte sachverständige Stellen bzw. wissenschaftliche Institute im Auftrage des LAUN vorgenommen.

Die Ergebnisse bisheriger Überwachungsprogramme haben gezeigt, daß wichtige pelagische Meßgrößen wie die Nährstoffe, Chlorophyll a und das Phytoplankton einer enormen jahreszeitlichen Variabilität unterliegen, die eine Erhöhung der Meßfrequenz, insbesondere im Zeitraum März - Oktober, erforderlich machen. Es wird versucht, der im Rahmen des zukünftigen gemeinsamen Bund-Länder-Meßprogrammes geforderten Erhöhung der Meßfrequenz an sogenannten Intensivmeßstellen durch Umstrukturierungen des laufenden Programmes und Kooperation mit Partnern (Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Landesamt für Natur und Umwelt Schleswig - Holstein) zu entsprechen. Von großer Bedeutung ist hierbei die Anschaffung eines neuen Schiffes mit Standort in Mecklenburg-Vorpommern, das technisch so ausgerüstet ist, daß die Probennahme qualitativ und quantitativ abgesichert werden kann. Derzeit werden mit dem Bundesministerium für Verkehr Verhandlungen geführt, ob im Rahmen einer für alle Seiten günstigen Finanzierung ein Mehrzweckschiff gebaut wird, das sowohl zur Erfüllung bundeshoheitlicher Aufgaben (z. B. Tonnenlegen) als auch zur Ölschadensbekämpfung sowie zum Monitoring in den Küstengewässern eingesetzt werden kann. Die beabsichtigte gemeinsame Finanzierung durch das Bundesministerium für Verkehr und dem Land Mecklenburg-Vorpommern kann zu einer Entlastung des Landeshaushaltes führen.

4.3 Zustand der Gewässer

In vielen inneren Gewässern der Küste Mecklenburg-Vorpommerns ist die Eutrophierung, d.h. der starke Algenwuchs infolge der Überdüngung weit fortgeschritten. Dies gilt besonders für die westlichen Bodden der Darß-Zingster Boddenkette, dem Saaler und Bodstedter Bodden, die seit Jahren erstmals wieder untersucht wurden, und den Kleinen Jasmunder Bodden sowie das Stettiner Haff, die stark eutrophe bis sehr stark überdüngte Gewässer darstellen. Die Sedimente in diesen Gewässern bilden erhebliche Nährstoffspeicher und ihr natürlicher Abbau wird aufgrund des geringen Wasseraustausches sowie des Süßwasserzuflusses noch einige Zeit beanspruchen. Stark eutrophe Gewässerbereiche sind auch in der Unterwarnow und im Peenestrom im Einflußbereich der Belastungsquellen aus den Kläranlagen und Küstenflüssen anzutreffen. Allerdings zeichnet sich hier in den letzten Jahren aufgrund einer verringerten landseitigen Belastung durch Klärwerke eine Verbesserung der Gewässergüte ab. Die günstigsten Wasserbeschaffenheitsverhältnisse der inneren Küstengewässer sind in der äußeren Wismar-Bucht und im nördlichen Greifswalder Bodden zu verzeichnen. In diesen Gewässern liegt der Nährstoffgehalt aufgrund der Verdünnung mit Wasser aus der Ostsee nur unwesentlich über dem der vorgelagerten äußeren Küstengewässer.

In den Sedimenten einiger innerer Küstengewässer wie der Lübecker und der Wismarer Bucht, der Unterwarnow, dem Peenestrom und dem Stettiner Haff und besonders in den Hafengebieten werden immer noch hohe Konzentrationen von Schwermetallen und organischen Schadstoffen vorgefunden. Diese werden nur langsam abgebaut oder in die offene Ostsee verlagert. Bei einigen standorttreuen Weichtieren, wie Schnecken und Muscheln, wurden erhöhte Schadstoffkonzentrationen nachgewiesen, die u. a. im Falle des tributylzinnhaltigen, hochgiftigen Schiffsanstriches zu Fortpflanzungsproblemen führen können. Hier ist geplant, im Rahmen von HELCOM zu einem wirkungsvollen biologischen Effekt-Monitoring zu kommen, das die Reduktionsbemühungen begleiten soll.

Die Reduzierung der landseitigen Phosphateinträge aus den Küstenflüssen und den Kläranlagen der größeren Küstenstädte zeigt sich in einer deutlichen Verringerung der Phosphatkonzentrationen in den Küstengewässern, die besonders stark im unmittelbaren Einflußbereich dieser Belastungsquellen zu Buche schlägt, so z. B. der inneren Wismar-Bucht, der Unterwarnow und dem Stettiner Haff. In nahezu allen betrachteten Küstengewässern ist ein starker Konzentrationsrückgang für Orthophosphat und Gesamt-Phosphor seit Beginn der 90er Jahre zu verzeichnen. Vergleicht man die mittleren Konzentrationen der Zeiträume 1987 - 1990 und 1991-1994 miteinander, so ist ein Rückgang der Phosphatkonzentrationen zwischen 20 und 60 % zu vermerken. Für Nitrat-Stickstoff läßt sich derzeit kein abnehmender Trend feststellen, was auf einer im wesentlichen unveränderten Nitratbelastung aus diffusen Quellen beruht.

Weiterhin ist festzustellen, daß sich auch die Situation seit 1990 in den äußeren Küstengewässern leicht verbessert hat. Neben der reduzierten Phosphatfracht wirkte sich auch ein starker Zustrom salz- und sauerstoffreichen Nordseewassers positiv auf den ökologischen Zustand der Ostsee aus. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß die Planktonüberproduktion wieder etwas rückläufig ist und das Leben auf viele bisher tote Grundbereiche der Ostsee zurückgekehrt ist. Allerdings kann sich eine langfristige und nachhaltige Verbesserung nur ergeben, wenn alle Ostseeanrainer gemeinsam an einem Strang ziehen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern setzt sich deshalb für eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen der HELCOM ein.

5. Gewässerunterhaltung, Gewässerausbau

5.1 Zielsetzung

Wasserwirtschaft wird als „zielbewußte Ordnung aller menschlichen Eingriffe in das ober- und unterirdische Wasser bezüglich Menge, Güte und Ökologie“ definiert.

Nach traditioneller Lesart wurde die Wasserwirtschaft im Rahmen dieser Definition insbesondere als die Summe der Einwirkungen auf das Wasser verstanden, mit dem Ziel, das Wasser als Ressource zu nutzen, Gefahren, die vom Wasser ausgehen, abzuwehren oder Erschwernisse durch das Wasser in seinen vielfältigen Erscheinungsformen (u. a. für die Landwirtschaft) zu mildern oder zu beseitigen. In den letzten zehn Jahren hat sich aber das wasserwirtschaftliche Grundverständnis geändert. Anstelle des fast ausschließlich oder doch zumindest überwiegend ressourcenbezogenen Verständnisses von Wasserwirtschaft tritt ein Denkansatz, der zunehmend die Funktion des Wassers im Landschafts- und Naturhaushalt und der Gewässer als Lebensräume sowie als Basis für wasserwirtschaftliche Zielsetzungen betrachtet.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Konzeption rechtlicher Vorschriften wieder. Fließende Gewässer sind wesentliche Bestandteile von Natur und Landschaft. Daher müssen wasserbauliche Maßnahmen sowohl auf den Schutz natürlicher Bäche und Flüsse als auch auf die naturnahe Entwicklung heute noch gestörter Fließgewässer gerichtet sein. Diese wichtigen Aufgaben stehen gleichwertig neben den vielfältigen Anstrengungen zum Schutz unserer Gewässer vor Verunreinigungen.

Der Erlass über Gewässerunterhaltungs- und Gewässerpflegepläne für eine naturnahe Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern vom 6. September 1995 hat zur Verwirklichung dieser Zielvorstellungen beigetragen. Es wird die Aufgabe einer Richtlinie sein, eine inhaltliche Zielbestimmung einer naturnahen Unterhaltung und Gestaltung von Fließgewässern in Mecklenburg-Vorpommern vorzunehmen (siehe 5.6). Während früher wasserbauliche Maßnahmen insbesondere dem Schutz vor Hochwasser dienten bzw. den Nutzen der Gewässer der Landwirtschaft unterstellten, stehen seit einigen Jahren die Bemühungen um die naturnahe Umgestaltung von ökologisch bedenklichen Gewässern deutlich im Vordergrund. Überall im Lande konnten bereits viele kleine, aber auch größere Gewässer in ihrem ökologischen Zustand erheblich verbessert werden und der gleichzeitig erzielte Gewinn für das Landschaftsbild ist weithin sichtbar geworden. Dies gilt für Fließgewässer in ländlichen Räumen, aber ebenso für einige Gewässer in dichter besiedelten Bereichen, wo Umgestaltungsmaßnahmen nicht zuletzt der Verbesserung des Wohnumfeldes zugute kommen.

Ausbau und Unterhaltung von Fließgewässern dienen der Ordnung des Wasserhaushaltes und unterliegen, wie jede Einflußnahme auf Gewässer, dem allgemeinen Grundsatz der Wahrung des Wohles der Allgemeinheit. Der Begriff „des Wohles der Allgemeinheit“ umschließt auch den Gesichtspunkt, daß Gewässer wesentliche Bestandteile von Natur und Landschaft sind und dementsprechend behandelt werden müssen. Nach diesen Grundsätzen sind alle Maßnahmen an Gewässern hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, der Möglichkeit ihrer Durchführung sowie der sich daraus ergebenden Folgen auszurichten. Das bringen die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen an vielen Stellen deutlich zum Ausdruck.

Der Grundsatz der Wasserwirtschaft ist im § 1a WHG dargelegt. Der Absatz 1 lautet: *„Die Gewässer sind als Bestandteil des Naturhaushaltes und als **Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern**. Sie sind so zu bewirtschaften, daß sie dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen einzelner dienen und vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer **ökologischen Funktionen** unterbleiben.“*

Dies bedeutet, daß Gewässer so naturnah wie möglich zu erhalten und zu gestalten sind. *„Jedermann ist verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu verhüten, um eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers zu erzielen, um die **Leistungsfähigkeit des Wasserhaushaltes zu erhalten und um eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden**“ (Absatz 2).*

§ 2 Abs. 1 des 1. NatG M-V verbietet auf der Grundlage der rahmenrechtlichen Vorschrift des § 20c BNatSchG Maßnahmen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung von Mooren, Sümpfen, Röhrichtbeständen und Riede, seggen und binsenreichen Naßwiesen, Bruch-, Sumpf- und Auwälder sowie aufgelassene Kreidebrüche, Quellbereichen, naturnahen und unverbauten Bach- und Flußabschnitten, Altwässer, nicht ablaßbaren Teiche und stehenden Kleingewässer jeweils einschließlich der Ufervegetation, Verlandungsbereichen stehender Gewässer, offene Binnendünen, Zwergstrauch- und Wacholderheiden, Oser, Trocken- und Magerrasen, Streuwiesen, Gebüsche und Wälder trockenwarmer Standorte, Feldgehölze, natürliche Waldränder, Knicks und Feldhecken, Fels- und Steilküsten, Strandwälle, Dünen, Salzwiesen, marine Block- und Steingründe, offene natürliche Block- und Geröllhalden, Wattflächen, Bodden und Haffs führen. Vornehmste Aufgabe des Wasserbaus sollte es sein, bei allen seinen für die Sicherung der Landnutzung erforderlichen Vorhaben zugleich die ökologischen Bedingungen an den Wasserläufen zu verbessern und schließlich - als weitgestecktes Ziel - die Gewässer in einen naturnahen Zustand zu bringen, das heißt, die Renaturierung zu ermöglichen. Prinzipiell kann ein naturnaher Zustand sowohl über den Ausbau, als auch über die Unterhaltung erreicht werden. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserbeschaffenheit und zur Wiederherstellung naturnaher Abflüsse sowie oft auch Nutzungsänderungen in den Talauen erforderlich. Derartige Nutzungsänderungen haben aber erhebliche Auswirkungen auf die Bewirtschaftungsmöglichkeiten dieser Flächen und damit für die diese Flächen bewirtschaftenden Betriebe und den Wert der Flächen.

Im Rahmen der Gewässerunterhaltung ist die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse in der Regel nur in kleinen Schritten möglich. Sie ist auch dort möglich, wo das Gewässer intensivem Nutzungsdruck unterliegt, nicht an kostenträchtige Maßnahmen gebunden ist und birgt auch nicht die Gefahr von Planungsfehlern in sich. Sie erfordert aber, daß die allgemein anerkannten Regeln der Gewässerpflege berücksichtigt werden. Vielfach würde es genügen, die natürliche Weiterentwicklung des Gewässers zuzulassen.

Meistens wird es jedoch nötig sein, schon aus eigentumsrechtlichen Fragestellungen heraus, über Ausbaumaßnahmen den langfristigen Prozeß der Renaturierung einzuleiten.

Die zentrale Bestimmung über den Gewässerausbau, § 31 WHG, ist im Rahmen der 6. Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung und der Verbesserung der Hochwasservorsorge umfassend überarbeitet worden. Absatz 1 regelt programmatisch als wesentliches Ausbaukriterium im Interesse einer effektiven Hochwasservorsorge die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines naturnahen bzw. natürlichen Gewässerzustandes. Die ursprünglich sehr weitgehende Privilegierung der Wasserkraftnutzung in Satz 2 ist auf Einspruch des Bundesrates in die jetzige Kann-Regelung geändert worden, die den Wasserbehörden für den Einzelfall einen Abwägungsspielraum beläßt.

Absatz 2 enthält den bislang in Absatz 1 enthaltenen Grundsatz, daß Gewässerausbaumaßnahmen der vorherigen Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens bedürfen. Absatz 3 regelt die Voraussetzungen, unter denen ein Ausbau ohne vorherige Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens genehmigt werden kann.

Die Änderung des Grundverständnisses in der Wasserwirtschaft birgt auch Problemstellungen in sich. Neben der landwirtschaftlichen Bodennutzung ergeben sich Konfliktfelder mit dem Schiffsverkehr und seinen Anforderungen, mit dem Hochwasserschutz und der Wasserkraftnutzung.

Der Ausbau und die Unterhaltung von Gewässern obliegen als öffentlich-rechtliche Verpflichtung dem Land Mecklenburg-Vorpommern und den durch das Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG vom 12. Februar 1991, BGBl. I S. 405) sowie dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - AGWVG - vom 4. August 1992, GVOBl. M-V S. 459) gegründeten Wasser- und Bodenverbänden.

5.2 Abgrenzung zwischen Ausbau und Unterhaltung

Die Abgrenzung des Ausbaus zur Unterhaltung ist eindeutig, wenn es sich um die Herstellung oder Beseitigung eines Gewässers handelt. Im Einzelfall können Zweifel auftreten, ob es sich bei den Wasserbaumaßnahmen um eine wesentliche Umgestaltung des Gewässers handelt und somit also rechtlich eine Ausbaumaßnahme vorliegt. Eine wesentliche Umgestaltung als Kriterium des Ausbaus liegt jedenfalls dann vor, wenn das Gewässer in einer für den Wasserabfluß bedeutsamen Weise verändert oder in seiner Funktion im Naturhaushalt oder als Lebensraum erheblich beeinträchtigt wird (vgl. auch § 14 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 21. Juli 1998, GVOBl. M-V, S. 647). Eine Abgrenzung nach Handlungsmerkmalen, wie z. B. Einsatz von Maschinen, Bewegung großer Massen (Boden, Baustoffe) oder nach dem Kostenaufwand geht fehl, wenn sie allein am Mittel und nicht am Ergebnis orientiert ist. Das Pflanzen von Ufergehölzen und deren Erhaltung sind in der Regel als Unterhaltungsmaßnahmen anzusehen.

5.3 Ausbau

Wie schon erwähnt, bedarf die Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer (Ausbau) der vorherigen Durchführung eines Planfeststellungs- bzw. eines Plangenehmigungsverfahrens (§ 31 WHG). § 68 LWaG erklärt die Ausbaulast zu einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung. Weiterhin wird bestimmt, daß Gewässer nur so ausgebaut werden dürfen, daß natürliche Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren erhalten bleiben oder sich neu entwickeln können, sofern das Wohl der Allgemeinheit nicht etwas anderes erfordert. Dabei muß die Erhaltung und Verbesserung des Selbstreinigungsvermögens des Gewässers beachtet und in gegebenen Fällen eine Renaturierung gefördert werden.

Die Zulassung von Gewässerausbauten ist zu versagen, wenn von dem Ausbau eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit zu erwarten ist, die nicht durch Bedingungen und Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. In § 3 Abs. 2 LWaG wird konkretisiert, was bei der Beurteilung des Wohles der Allgemeinheit insbesondere zu berücksichtigen ist.

In § 61 Abs. 3 LWaG findet sich weiterhin eine Verpflichtung, nicht naturnah ausgebaute natürliche Gewässer in einem angemessenen Zeitraum wieder in einen naturnahen Zustand zurückzuführen, sofern nicht überwiegende Gründe des Wohles der Allgemeinheit dem entgegenstehen. Hierzu kann die Wasserbehörde Fristen bestimmen, innerhalb derer im Rahmen der Unterhaltungspflichten oder durch Ausbaumaßnahmen ein naturnaher Gewässerzustand herbeigeführt werden muß. Die finanziellen Voraussetzungen müssen ebenfalls gegeben sein.

Neben der hydraulischen Bemessung als Ausgangspunkt eines jeden Ausbauvorhabens muß auch eine Bestandsaufnahme und Bewertung des ökologischen Zustandes erfolgen und zwar sowohl des aquatischen als auch des amphibischen und des terrestrischen Bereiches. In die Bewertungen sind auch Kriterien wie Natürlichkeit, Vielfalt, Wiederherstellbarkeit, Seltenheit und Schönheit mit einzubeziehen.

Um die gewünschten Verbesserungen zugunsten von Naturhaushalt und Landschaftsbild vornehmen zu können, bedarf es eines genügend großen Raumes, durch den das Gewässer in naturnaher Weise geführt werden kann. Solch ein Raum läßt sich nur gewinnen, wenn ein dem Gewässer angemessener Uferstreifen aus der intensiven Nutzung herausgenommen und als Wald oder Wiese genutzt wird oder der natürlichen Sukzession überlassen bleibt.

§ 81 LWaG stellt die Ufer der Gewässer unter einem besonderen Schutz. Als Uferbereich gilt die an die Gewässer angrenzende Fläche in einer Breite von 7 m jeweils landseits der Böschungskante. In diesem definierten Uferbereich darf Grünland nicht in Ackerland umgewandelt werden, hier gibt es Einschränkungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Verbote für den Umgang, Aufbringen, Lagern und Ablagern von wassergefährdenden Stoffen. Diese Regelung erleichtert künftig durchzuführende Renaturierungsmaßnahmen.

5.4 Gewässerunterhaltung

Die Unterhaltung eines Gewässers ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung und umfaßt die Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustandes für den Wasserabfluß. Bei der Unterhaltung ist den Belangen des Naturhaushaltes Rechnung zu tragen; Bild und Erholungswert der Gewässerlandschaft sind zu berücksichtigen (§ 28 Abs. 1 WHG). *Die Unterhaltung dient zur Erhaltung des natürlichen Erscheinungsbildes und der natürlichen Funktion der Gewässer und ihrer Ufer sowie der Altarme. Dazu gehören insbesondere die Erhaltung und, wo diese nicht vorhanden ist, nach Möglichkeit die Ersatzpflanzung einer standortgerechten Ufervegetation* (§ 61 Abs. 2 LWaG).

Zur Gewässerunterhaltung gehört auch:

1. Das Gewässerbett für den Wasserabfluß zu erhalten, zu räumen und zu reinigen.
2. Die Ufer zu gestalten, zu schützen und für den Wasserabfluß freizuhalten.
3. Das Selbstreinigungsvermögen der Gewässer zu erhalten und zu fördern.
4. Die Belange des Natur- und Umweltschutzes und den Erholungswert zu berücksichtigen.
5. Feste Stoffe aus dem Gewässer oder von seinen Ufern zu entfernen, soweit es im öffentlichen Interesse erforderlich ist (§ 62 Abs. 1 LWaG).

Die Teilaufgabe der Gewässerunterhaltung, das natürliche Erscheinungsbild und die ökologischen Funktionen des Gewässers zu erhalten, ist dem klassischen Ziel der Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustandes für den Wasserabfluß gleichgestellt (§§ 61, 62 LWaG). So ist die Möglichkeit eröffnet und zugleich die Aufgabe gestellt, im Rahmen der Unterhaltung durch Handeln oder Unterlassen Gewässer in einen naturnahen Zustand zurückzuführen.

Im Zuge der Gewässerunterhaltung sind viele Maßnahmen geeignet, die Gewässer ökologisch zu verbessern. Dazu ist es erforderlich, die Uferstreifen weitgehend von der intensiven Nutzung auszuschließen (§ 81 Abs. 3 LWaG).

5.5 Renaturierung von Gewässern in Mecklenburg-Vorpommern

Veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft seit 1990 im Land Mecklenburg-Vorpommern veränderten an einigen Stellen auch die Ansprüche in bezug auf Be- und Entwässerung. Dies ermöglichte neue Zielstellungen in der Unterhaltung und beim Ausbau (Rückbau) von oberirdischen Gewässern, die die Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes auch berücksichtigt hat.

Die nachfolgend erläuterten Maßnahmen zeigen deutlich, daß sich die Ausrichtung der Gewässerbewirtschaftung und des Ausbaus (Rückbau) wesentlich geändert hat.

Sahen die früheren Maßnahmen der Wasserwirtschaft in der ehemaligen DDR und in den Altbundesländern die Sicherung einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen mit künstlicher Entwässerung selbst auf kritischen Standorten vor, liegt heute der Schwerpunkt bei den Rückbaumaßnahmen, die sich auf die Anhebung des Grundwasserstandes, wobei die Wiedervernässung der Niedermoorstandorte zukünftig besondere Beachtung erfahren wird, konzentrieren. Die ausschließlich der Entwässerung gewidmeten Anlagen zur Schaffung einer auf Ertragsmaximierung ausgerichteten Produktion auf den Flächen und die für die rein maschinentechnische Unterhaltung trassierten Gräben sind und waren naturfremd ohne Gewässerrandstreifen und ohne das natürliche Entwicklungspotential einer möglichen Meandrierung (= richtungswechselnder, nicht begradigter Flußlauf). Wo mit den Nutzern der anliegenden Flächen kurzfristig ein Konsens zur Veränderung der Wasserstände gefunden wurde, konnte der Rückbau zu einem naturnäheren Zustand in Gewässern I. sowie II. Ordnung (365 km) bereits erfolgen. Für die Verbesserung der Gewässerökologie wurden ca. 50 Umbauten von Wehren und Sohlabstürzen zu Schußstrecken mit entsprechenden Fischaufstiegsmöglichkeiten geschaffen.

Die erfolgte Öffnung von verrohrten Gewässerstrecken auf einer Länge von ca. 130 km gibt dem oberirdischen Gewässer die Möglichkeit, die Korrespondenz mit dem ersten Grundwasserhorizont wieder herzustellen.

Infolge der intensiven Entwässerung haben sich die Moore heute in weiten Bereichen zu Problemstandorten für die Landnutzung und Wasserwirtschaft entwickelt, so daß ihre weitere intensive Nutzung aus ökologischer, volkswirtschaftlicher sowie wasserwirtschaftlicher Sicht nicht mehr tragbar ist. Die bisher aufgehobenen intensiven Nutzungen im Niedermoor auf ca. 10.300 ha, was ca. 3,4 % der genutzten Moorflächen entspricht, einschließlich der Stilllegung von 48 Schöpfwerken zum derzeitigen Zeitpunkt, ist ein Schritt in die richtige Richtung zur verstärkten Moorschonung im Land Mecklenburg-Vorpommern.

5.6 Gewässerunterhaltungsrichtlinie / Unterhaltungs- und Pflegepläne

Das Wasserhaushaltsgesetz gibt den wasserrechtlichen Handlungsrahmen auch für die Gewässerunterhaltung vor. Ziel ist die Herstellung eines möglichst natürlichen Wasserregimes. Dabei entstehen verschiedene Zielkonflikte, wie u.a. die Forderung nach Hochwasserschutz, guter Abfluß des Wassers, Schiffbarkeit von Gewässern, Renaturierung von Gewässern, Wiedervernässung von Moorkörpern und die Funktion als Vorfluter. Insbesondere die letztgenannte Funktion eines Gewässers, die auch bei Hochwasserereignissen möglichst ohne größere Schäden „funktionieren“ muß, führt sowohl beim Gewässerausbau als auch bei der Unterhaltung zu Mißverständnissen zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft.

§ 61 Abs. 1 LWaG ermächtigt die oberste Wasserbehörde, Richtlinien über die Grundsätze für die Unterhaltung der Gewässer zu erlassen. Zur Zeit ist eine derartige Richtlinie in Arbeit, die voraussichtlich am Ende des Jahres 1998 nach Abstimmung mit dem für den Naturschutz zuständigen Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz erlassen werden soll. Diese Richtlinie wird sich dann an alle wenden, die für den Schutz der Gewässer Verantwortung tragen. Sie soll sicherstellen, daß die Integration technischer, ökologischer und landschaftspflegerischer Gesichtspunkte bei der Unterhaltung der Fließgewässer gelingt. Sie wird nicht nur für Maßnahmen gelten, die der Vorflutregelung dient, sondern auch für solche, die ausschließlich eine Verbesserung ökologisch unbefriedigender Verhältnisse bezwecken.

Mit Erlaß vom 06.09.1995 für eine naturnahe Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern wurde auf der Grundlage der §§ 1a, 28 WHG und der §§ 61 und 62 LWaG für alle Gewässer die Erarbeitung von Gewässerunterhaltungsplänen und in besonderen Fällen die Erarbeitung von Gewässerpflegeplänen vorgeschrieben. Der Erlaß gilt sowohl für die Gewässer I. Ordnung (außer Bundeswasserstraßen) als auch für die Gewässer II. Ordnung, die gemäß § 48 Abs. 1 LWaG festgelegt wurden. Danach sind Gewässerunterhaltungs- und Gewässerpflegepläne vom jeweiligen Träger der Gewässerunterhaltungslast zu erstellen. Für ökologisch besonders wertvolle Gewässer bzw. Gewässerstrecken sind Gewässerpflegepläne mit dem Ziel der Erreichung von mehr Naturnähe zu erstellen.

Die Unterhaltung der Fließgewässer ist eine gesetzliche öffentliche Verpflichtung. Die Vernachlässigung dieser Verpflichtung kann Schadensersatzansprüche gegen den Träger der Unterhaltungslast auslösen. Um die Wirkung von Unterhaltungsmaßnahmen beurteilen zu können, ist es daher zweckmäßig, einen Unterhaltungsplan aufzustellen. In diesem werden die Unterhaltungsmaßnahmen beschrieben. Dabei sind gegebenenfalls die Hinweise der bei vorangegangenen Ausbaumaßnahmen aufgestellten Pflege- und Entwicklungspläne zu beachten. Der Unterhaltungsplan dient der Abstimmung zwischen dem Unterhaltungspflichtigen und der zuständigen Wasserbehörde. Der Unterhaltungsplan ist in schriftlicher Form zu erstellen und sollte mindestens folgende Angaben enthalten:

- eindeutige Beschreibung der Örtlichkeit der vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen,
- Darstellung des Zustandes des Gewässers und der Notwendigkeit der Maßnahme,
- Erläuterung der vorgesehenen Unterhaltungsarbeiten,
- Zeitraum der Ausführung.

Der Unterhaltungsplan muß eine sichere Beurteilung der Gewässerunterhaltung nach Notwendigkeit, Art, Umfang und Zeitpunkt ermöglichen. Die Unterhaltungs- sowie Pflegepläne sind mit den Naturschutzbehörden abzustimmen.

Gewässerpflegepläne werden für Gewässer mit besonders schützenswerten ökologischen Bereichen erstellt, die sensibel auf Eingriffe reagieren. Neben den inhaltlichen Festlegungen der Unterhaltungspläne enthalten die Gewässerpflegepläne zusätzliche Vorschriften für die einzusetzende Technik, enge zeitliche Begrenzungen für die Ausführung und unter Umständen auch die Aussparung ganzer Gewässerabschnitte aus der jährlichen Unterhaltung.

5.7 Die Wasser- und Bodenverbände (WBV)

Durch das Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG) vom 4. August 1992 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 31 WBV gegründet.

Die Bildung der Verbände entspricht den Gewässereinzugsgebieten und ist flächendeckend für das ganze Land erfolgt mit der Maßgabe, die Gewässerunterhaltung der durch das Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) bestimmten Gewässer II. Ordnung einschließlich der dazu gehörenden wasserwirtschaftlichen Anlagen abzusichern. Mitglieder der Verbände sind:

1. die Gemeinden für die der Grundsteuerpflicht unterliegen den Flächen,
2. Eigentümer von Grundstücken, die der Steuerpflicht nicht unterliegen.

Mit der Veränderung der Staatsgrenzen zu Niedersachsen und Brandenburg durch den Abschluß der Staatsverträge reduzierte sich die Anzahl auf 29 WBV, die sich in dem bereits mit Wirkung vom 3. Dezember 1991 gegründeten Landesverband der WBV Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen haben. Es handelt sich um leistungsfähige WBV in einer überschaubaren Anzahl, die bisher ihren Anforderungen auch im Hinblick auf die landespezifischen Besonderheiten (z. B. geringe Bevölkerungsdichte) gerecht geworden sind.

§ 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz) - AGWVG M-V vom 4. August 1992 (GVOBl. M-V S. 459), geändert durch Gesetz vom 22. August 1996 (GVOBl. M-V S. 354) legt als Aufsichtsbehörden zum einen die oberste Wasserbehörde als Oberste Aufsichtsbehörde und zum anderen die Landräte und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte als untere Aufsichtsbehörde fest. Wenn sich das Gebiet eines Wasser- und Bodenverbandes über die Grenze eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt erstreckt, so ist die Oberste Aufsichtsbehörde oder ein von ihr bestimmter Landrat oder Oberbürgermeister Aufsichtsbehörde über den Verband, soweit besondere gesetzliche Regelungen nicht bestehen.

Neben den Unterhaltungsmaßnahmen auf der Grundlage von Gewässerunterhaltungs- bzw. Gewässerpflegeplänen sind die Verbände auch für die Sicherung der Unterhaltung der Deiche an und den Betrieb und Bedienung der Schöpfwerke in Gewässern II. Ordnung zuständig. Sie sind berechtigt, Fördermittel des Landes zu erhalten und diese neben den Mitteln aus der Hebung anteilig einzusetzen. Derzeitig werden von den Verbänden ca. 28.600 km Gewässer, 650 km Deiche, 4.700 Wehre und Staue sowie 525 Schöpfwerke unterhalten bzw. bedient.

Generell ist festzustellen, daß sich die Einteilungen bzw. Zuordnungen der Gewässer und Anlagen entsprechend dem Landeswassergesetz bewährt haben und keiner wesentlichen Veränderung bei der Novellierung bedürfen. Neben der Sicherung der Unterhaltungslast treten auch die Verbände vereinzelt als Träger von Vorhaben erfolgreich auf, die den Rückbau von Entwässerungsanlagen bzw. die technische Verbesserung der Anlagen beinhalten.

Ohne die im Land installierte Verbandsstruktur wäre die flächendeckende Unterhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen im Land nicht möglich, zumal die Gewässer II. Ordnung die Landschaft wesentlich prägen und den Gesamtwasserhaushalt beeinflussen.

5.8 Hochwasserschutz Binnenland

Die Sicherung des Hochwasserabflusses, die dem Wohl der Allgemeinheit dient, wird in § 71 LWaG zur öffentlichen Aufgabe erklärt und konkretisiert damit den in § 1 a WHG formulierten Auftrag zur Gewässerbewirtschaftung zum Schutz der Bürger vor Hochwassergefahren. Daraus ergibt sich allerdings kein Anspruch des einzelnen Bürgers auf Hochwasserschutz.

Die Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung von Deichen und anderen Anlagen zur Sicherung des Hochwasserabflusses ist in § 73 LWaG geregelt. Danach ist das Land für die wichtigsten großräumigen Hochwasserschutzsysteme an den Binnengewässern (z. B. Elbe, Sude, Löcknitz und Peene) zuständig. Die entsprechenden Deiche sind in der Anlage 2 zu § 73 Abs. 1 LWaG aufgeführt. Hinsichtlich aller übrigen Hochwasserschutzanlagen an den Binnengewässern wurde die Zuständigkeit für Bau und Unterhaltung dieser Anlagen den Wasser- und Bodenverbänden zugewiesen. Von der in § 73 Abs. 1 Ziff. 1 LWaG enthaltenen Option, die in der o. g. Anlage 2 aufgeführten Hochwasserschutzanlagen auf gesetzlicher Grundlage zu gründende Deichverbände zu übertragen, wurde bisher kein Gebrauch gemacht. Hierzu besteht auch in absehbarer Zeit kein Bedarf, da die Durchführung, insbesondere der Bau, aber auch die Unterhaltung der z. T. sehr komplexen Hochwasserschutzanlagen hohes Fachwissen und eine gut organisierte Bauverwaltung benötigt. Die derzeitige Aufgabenerledigung dieser für den Bürger wichtigen Daseinsvorsorge durch die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur hat sich sehr gut bewährt und sollte zumindest so lange organisatorisch nicht geändert werden, bis die Hochwassersysteme so weit ausgebaut sind, daß sie dem jeweiligen Bemessungshochwasser standhalten können. Sofern das geplante Investitionsvolumen keine Kürzung erfährt, wird dieses Ziel an den Binnengewässern voraussichtlich in ca. 10 Jahren erreicht sein.

Die jüngsten Hochwasserereignisse an der Oder und die nachfolgenden Analysen der Ursachen lassen klar erkennen, daß vergleichbare Ereignisse auch in unserem Lande an der Elbe möglich sind. Am Pegel Dömitz z. B. beträgt die bisher gemessene maximale Wasserspiegelschwankung 748 cm. Rund 15.000 Menschen wären betroffen, wenn ein vergleichbares Hochwasserereignis die Elbe heimsucht. 15.000 persönliche Katastrophen verbunden nicht nur mit erheblichen materiellen Auswirkungen, sondern vor allem auch mit einem Vertrauensverlust in die Sicherheit der eigenen Lebensumstände wären die Folge.

Das Vertrauen in die Sicherheit ist ein sehr hohes Gut, dessen Bedrohung unabhängig von der tatsächlichen Gefährdung und teilweise mehr noch als der eigentliche Schaden selbst, die Lebensqualität beeinträchtigen kann. Vom Staat wird erwartet, dem Sicherheitsanspruch der Bürger nachzukommen und die Hochwassergefahren abzuwehren. Der Staat sollte Antwort geben, inwieweit er diesem Anspruch Rechnung tragen kann. Die finanziellen Anstrengungen des Landes zur Verstärkung der vorhandenen Deiche im Bereich der Elbe und ihrer Rückstaugebiete an den Flüssen Sude, Schaale, Boize, Löcknitz und Elde sind erheblich. Rund 30 Mio. DM hat das Land im Zeitraum 1992 bis 1996 für Hochwasserschutzmaßnahmen in dieser Region investiert. Weitere rund 30 Mio. DM werden bis zum Abschluß der Maßnahmen für diese Region noch benötigt. Dieses wird allerdings nur dann die Hochwassersicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern erhöhen, wenn das Land Niedersachsen seinen Verpflichtungen im Bereich des ehemals zum Land Mecklenburg-Vorpommern gehörenden Amtes Neuhaus ebenfalls nachkommt.

Das vorhandene gesetzliche Instrumentarium des Landeswassergesetzes zur Sicherung des Hochwasserabflusses wird als ausreichend und angemessen erachtet. Die in § 72 Abs. 5 LWaG vorhandene Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung über die Bedeutung und Aufgabe von Deichen muß in möglichst kurzer Frist umgesetzt werden. Die auch in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen und Forderungen nach einer möglichst naturnahen Elbtalaue lassen häufig vergessen, daß die in diese Diskussion mit einbezogenen Hochwasserschutzanlagen ausschließlich zum Schutz der Bevölkerung errichtet wurden und auch dementsprechend zu unterhalten sind. So positiv und belebend sich mit Bäumen und Büschen bewachsene Deiche auch auf das Landschaftsbild auswirken mögen, im Hochwasserfall erweisen sich derartige Doppelnutzungen als lebensbedrohliche Unterlassung bei der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen. Eine Verordnung gemäß § 72 Abs. 5 LWaG wird hier den vor Ort verantwortlichen Behörden die Argumentation und damit die Aufgabenerfüllung erheblich erleichtern, denn nur funktionsfähige gut unterhaltene Hochwasserschutzanlagen können, wie die Erfahrung lehrt, extremen Belastungen auf Dauer widerstehen.

Die Maßnahmen zum Hochwasserschutz insbesondere an der Elbe werden in unserem Land, da das Land sich in einer Unterlieger-Position befindet, immer nur passiven Charakter haben. Die zu Recht geforderten aktiven Maßnahmen zur Minderung von Hochwassergefahren wie Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten, Gewässerrenaturierung, Entsiegelung, Versickerung, standortgerechte Land- und Forstwirtschaft, Wasserrückhaltung sowie der Erhalt und die Förderung von Kleinstrukturen sind Maßnahmen, die zwar hier im Lande umgesetzt werden, die aber kaum Einfluß auf das Abflußgeschehen eines großen Stromes wie die Elbe im Unterlauf haben. Derartige Maßnahmen werden nur dann Wirkung zeigen, wenn sie auch konsequent im Oberlauf künftiges wasserwirtschaftliches Handeln bestimmen. Bei den hier in der Elbe auftretenden möglichen hohen Abflüssen von rund 4000 m³/s (Boizenburg) gilt es, das Wasser möglichst schadensfrei durch das durch Deiche begrenzte Hochwasser-Abflußprofil in Richtung Nordsee abzuführen. Mit der Schaffung von Retentionsräumen oder Zurückverlegung von Elbdeichen ist hier im Land keine höhere Sicherheit mehr zu erreichen. Eine Verbesserung des Hochwasserschutzes hier im Lande kann nur durch die Erhöhung und Verstärkung der Elbdeiche und Deiche im Rückstaugebiet, also durch technischen Hochwasserschutz, erreicht werden.

Dabei muß immer bedacht werden, daß technischer Hochwasserschutz keine absolute Sicherheitsgarantie geben kann. Es bleibt die Hochwassergefahr jenseits des Bemessungsfalles. Die Auseinandersetzung mit diesem Restrisiko bleibt in der Verantwortung des Nutzers am Gewässer. Alternativen zum technischen Hochwasserschutz gibt es, wie dargelegt, nicht und der auch vom Sparen angeregte Gedanke, Hochwasserprobleme könnten allein durch Handeln anderswo gelöst werden, könnte fatale Folgen für die Betroffenen haben.

5.9 Wasserkraftanlagen

Die Wasserkraftnutzung ist seit mehr als 2000 Jahren bekannt. Die Energiegewinnung aus Wasserkraft hat ihren Ursprung bei den alten Mühlrädern. Die Geburtsstunde der modernen Wasserkraftnutzung schlug gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts und es entstanden auch hier im Lande die ersten Schluß- und Speicherkraftwerke. Die Wasserkraft hat unter den regenerativen Energieträgern den höchsten Stellenwert. Im Vergleich zu den meisten anderen Stromerzeugungsarten ist ihre Wirtschaftlichkeit und ihre rasche Verfügbarkeit unbestritten. Dagegen wird ihre Umweltfreundlichkeit und damit ihre Akzeptanz zunehmend kritischer hinterfragt. Mecklenburg-Vorpommern ist kein klassisches Land der Wasserkraftanlagen, da es auf der Wasserscheide zwischen Nord- und Ostsee liegt und aufgrund der topographischen Verhältnisse nur über ein entsprechend geringes Wasserdargebot verfügt. Das im Lande vorhandene Potential von ca. 20 Gigawattstunden im Jahr (GWh/a) wird gegenwärtig nur zu 14 % genutzt. Die in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzten Wasserkraftanlagen sind in der Regel Laufwasserkraftwerke. Die Forderungen nach einem weiteren Ausbau zur Nutzung des vorhandenen Potentials an Wehren und Abstürzen ist nicht unproblematisch, da das Interesse der Nutzer dieser Anlagen auf ein möglichst hohes Wasserdargebot gerichtet ist, das Interesse des Gewässerschutzes dagegen auf möglichst naturnahe Abflußverhältnisse. Aufeinander abgestimmte Lösungen sollten zum Ausgleich des Interessenkonfliktes zwischen der für sich betrachteten umweltfreundlichen Energiegewinnung aus Wasser auf der einen Seite und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Ökosystem Fließgewässer auf der anderen Seite angestrebt werden.

Das wasserrechtliche Instrumentarium zur Genehmigung von Wasserkraftanlagen ist vorhanden. Aufgrund des unbestreitbar vorhandenen sachlich begründeten Interessenkonfliktes zwischen Ökologie und Ökonomie ist eine wasserrechtliche Privilegierung für Wasserkraftanlagen nicht empfehlenswert. Nicht das vorhandene wasserrechtliche Instrumentarium, sondern das geographisch bedingte geringe Potential ist der bedeutsamste Grund für die untergeordnete Rolle der Wasserkraft im Verhältnis zu anderen regenerativen Energiequellen hier im Lande.

5.10 Renaturierung von Niedermooren

Fast sämtliche Talniederungen in Mecklenburg-Vorpommern werden von Durchströmungsmooren ausgefüllt, welche bedingt durch den Wasserüberschuß entstanden sind. Ständig werden diese vom Grundwasserstrom von den Talhängen durchströmt. Solche Flußtalmoore sind insbesondere im nördlichen und östlichen Teil unseres Landes landschaftsprägend. Rund 300.000 ha, fast 14 % der Landesfläche, stellen Moore dar. Die verschiedenen Moortypen sind Lebensstätten für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Moore sind durch ihre enge Beziehung zum Wasserhaushalt geprägt. Das Wasserspeichervermögen verzögert den Abfluß, gleicht Hochwasserabflüsse aus und stellt einen Stoffspeicher für C (=Kohlenstoff) - und N (=Stickstoff) -Verbindungen dar.

Die Entwässerung der Moore ist die Voraussetzung für deren Nutzung. Damit wird der Stoff- und Wasserhaushalt nachhaltig und zum Teil irreversibel verändert. Jede Wasserabsenkung im Moorkörper setzt Stoffe frei, trägt zur Moordegradierung bei und hat ein Wasserdefizit in der natürlichen Wasserbilanz des Jahres zur Folge.

Die Wiedervernässung von Niedermoorflächen kann in erheblichem Maße zur Reduktion klimarelevanter Emissionen führen.

Auf die Darstellung eines entsprechenden Maßnahmevorschlages im Klimaschutzkonzept Mecklenburg-Vorpommern wurde verzichtet, da die Datenlage für eine Bilanzierung über den Zeitraum bis zum Jahre 2010 noch mit Unsicherheiten behaftet ist.

Grundlegend bleibt allerdings festzustellen, daß intakte Moore circa ein Drittel weniger klimarelevante Gase freisetzen als stark entwässerte Moore.

Ein langfristig übergreifendes Konzept zum Schutz und zur Wiederherstellung von Niedermooren bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Begleitung hinsichtlich der genannten Emissionsentwicklung wird daher unter dem Bezug auf die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Minimierung und Vermeidung von Treibhausgasen ausdrücklich befürwortet.

Der rapide Abbau des Moorkörpers mit den aufgezeigten Wirkungen beweist, daß die intensive Moornutzung begrenzt bzw. endlich ist. Nach der vorliegenden besorgniserregenden Analyse zu den Auswirkungen der intensiven Nutzungen des Moores ist nach der Nutzungsveränderung die Wiedervernässung der Moore der erste und richtige Schritt zur Renaturierung, der sich aber auch wieder über Jahrhunderte hinziehen wird. Bei einem gesunden Moor ist ein Moorwachstum von 1 mm/a zu erwarten. Moore sind in der Regel zwischen 30 und 60 cm gesackt. 1 bis 2 cm Moor wurden bei intensiver Nutzung im Jahr verbraucht.

Allein diese Tatsache zwingt die Landesregierung, Schritte zum Moorschutz, der nur über die Vernässung erreicht wird, einzuleiten. Vor diesem Hintergrund und der Bedeutung der Flußtalmoore für den Landschaftsraum der großen zusammenhängenden Moore wurde das EU-LIFE-Projekt „Flußtalmoorrenaturierung Mittlere Trebel“ durch die Wasserwirtschaftsverwaltung im Zusammenwirken mit der Naturschutzverwaltung durchgeführt.

5.11 Das EU-LIFE-Projekt „Flußtalmoorrenaturierung Mittlere Trebel“

Als Projektgebiet wurde das Trebeltal bei Tribsees ausgewählt. Es umfaßt die Polder Eichenthal (752 ha) und Bassendorf (630 ha) mit einer Moormächtigkeit bis zu 9 m und einer Ausdehnung in der Talbreite bis 2 km sowie einer Länge von ca. 8 km.

In diesen Poldern wurde die alte meandrierende Trebel vom Durchfluß durch den Bau eines Randkanals abgeschnitten. Die Fließstrecke verkürzt sich in diesem Abschnitt von 12,3 km (Trebel) auf 7,0 km (Kanalstrecke).

Gegen das Hochwasser wurden damals großflächige Eindeichungen vorgenommen. Eine intensive Entwässerung erfolgte über 2 Schöpfwerke in den Trebelkanal. Das zuströmende Hangwasser wurde durch Vorfluter um die Polder herumgeleitet. Dies waren die Voraussetzungen, um die Polderflächen als Grünland nutzen zu können.

Das Ergebnis einer 30jährigen intensiven Entwässerung und entsprechenden landwirtschaftlichen Nutzung in den Poldern waren Sackungen von 4 bis 6 Dezimeter mit den Folgen erheblicher Nährstofffreisetzungen und damit einer erheblichen Gewässerbelastung der Trebel. Hinzu kamen, wie bei allen Moorentwässerungen mit einhergehender Mineralisierung des Moorkörpers, nicht unerhebliche Emissionen von CO₂ und weiteren klimarelevanten Gasen (z. B. Lachgas). In Anbetracht des noch weitestgehend unzerstörten Moorkörpers und der Tatsache, daß dieses Gebiet als EU-Vogelschutzgebiet den Vorgaben, insbesondere dem Verschlechterungsverbot des Artikel 6 Abs. 2 der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/93 EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, Abl. EG Nr. L 206, S.7) unterliegt, und in Hinblick auf die vergleichsweise geringen landwirtschaftlichen Erträge, die nur auf Kosten erheblicher Gewässer- und Klimabeeinträchtigungen erwirtschaftet werden konnten, und nicht zuletzt der hohen Schöpfwerkskosten, reifte der Gedanke, die Machbarkeit einer Renaturierung, zumindest einzelner Polder, ingenieurmäßig untersuchen zu lassen. Antragsteller bei der EU und Projektträger war das Landesamt für Umwelt und Natur. Als dann seitens der EU, allerdings befristet für 2 Jahre, eine 75 %ige Förderung dieses Vorhaben bewilligt wurde, konnte dieses ehrgeizige Projekt nach Abstimmung mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz mit folgenden Zielen in Angriff genommen werden:

- Verbesserung der Gewässergüte der Trebel,
- Verbesserung des Wasserhaushaltes und Schaffung von Überflutungsflächen zur Retention,
- Verminderung der fortschreitenden Degradierung,
- Verringerung der globalen Klimabelastung,
- ökologische Aufwertung des Moores,
- nachhaltige Sicherung des Lebensraumes für gefährdete Arten,
- langfristige Sicherung einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung.

Die Umsetzung dieses Projektes mit eingreifenden Maßnahmen auf den Wasserhaushalt erforderte ein Planfeststellungsverfahren nach § 31 WHG i.V. mit § 72 Abs. 1 LWaG.

Im Rahmen der Planfeststellung waren folgende Maßnahmen zu regeln:

- Aufhebung der künstlichen Vorflut,
- Schaffung eines Gewässers (Öffnung von 13 km verlandetem Altlauf der Trebel und Wiedereinbindung in das Fließgeschehen),
- Rückbau von Polderdeichen,
- Verfüllung von zahlreichen Binnenvorflutern,
- Errichtung eines Wehres im Trebelkanal zur Umleitung des Wassers in den Trebelaltlauf,
- Bau von 2 landwirtschaftlichen Wegebrücken.

Mit der praktischen Durchführung dieses ehrgeizigen Vorhabens (Planung, Bauleitung, Flächenerwerb, Verhandlungen über Entschädigungen und Durchführung des Anhörungstermines) wurde das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Stralsund durch das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt beauftragt. Die Vorbereitung des Planfeststellungsbeschlusses erfolgte in kürzester Frist in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Stralsund und dem Landesamt für Umwelt und Natur, Abt. Wasserwirtschaft und Naturschutz. Um dieses bedeutsame Projekt innerhalb der von der EU vorgegebenen kurzen Frist von 2 Jahren, einschließlich aller öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, realisieren zu können, wurde im Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Stralsund im April 1995 ein Projektbüro eingerichtet. Aufgrund des beispiellosen Engagements aller Beteiligten konnte der Planfeststellungsbeschluß am 25.03.1996 durch das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt als Planfeststellungsbehörde unterzeichnet und öffentlich bekannt gemacht werden. Da keine Rechtsmittel gegen diesen Planfeststellungsbeschluß eingelegt wurden, wurde er einen Monat später bestandskräftig. Es folgten Ausschreibung, Prüfung der Angebote und Vergabe mit anschließender Baudurchführung. Am 1.11.1996 konnte Frau Ministerin Kleedehn die Bundesumweltministerin Frau Dr. Merkel über die größte Moorrenaturierung in Europa vor Ort informieren. Wenig später, am 21.11.1996, erfolgte auch unter Beteiligung von Vertretern der EU in einem feierlichen Rahmen der Wiederanschluß der Trebel an das ursprüngliche Flußbett. Die Gesamtkosten dieses Projektes betragen rund 13 Mio. DM, hiervon wurden 9,7 Mio. DM von der EU im Rahmen des LIFE-Programmes bereitgestellt. Die Kofinanzierung nahm das Land Mecklenburg-Vorpommern vor.

Mit dem Projekt wird beispielhaft demonstriert, wie in den Flußtalmooren Mecklenburg-Vorpommerns eine zukünftige moorschonende Nutzung in Zusammenarbeit zwischen Naturschutz- und Wasserwirtschaftsbehörden sowie unter Berücksichtigung der Interessen der Flächeneigentümer und Nutzer eingeleitet werden kann.

5.12 Überschwemmungsgebiete

Die Hochwasserereignisse am Rhein zu den Jahreswenden 1993/94 hatten im politischen Raum zu Forderungen nach gesetzgeberischen Konsequenzen geführt. Diese richteten sich an das Bau-, Planungs- und Bodenschutzrecht, aber vornehmlich auch an das Wasserrecht. Die allgemeine Sorgfaltspflicht in § 1a Abs. 2 WHG, die jedermann bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen obliegt, ist um eine individuelle Verpflichtung erweitert worden: Danach ist alles zu vermeiden, was zu einer Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses führen kann.

In der seit dem 19. November 1996 geltenden Fassung des Wasserhaushaltsgesetzes werden die Länder erstmalig verpflichtet, Überschwemmungsgebiete an Flüssen festzusetzen. So weit wie möglich sollen dabei ehemalige Überschwemmungsgebiete wiedergewonnen werden. Erstmals wird im Wasserhaushaltsgesetz ausdrücklich die Verpflichtung verankert, Gewässer grundsätzlich in einen naturnahen Zustand zurückzuführen. In keinem Fall dürfen durch einen Gewässerausbau die Hochwassergefahren verschärft, insbesondere natürliche Rückhalteflächen - vor allem in den Auen - zerstört werden. Die Niederschläge sollen jedoch schon möglichst in der Fläche zurückgehalten werden. Daher müssen die Bodenversiegelung begrenzt, die ortsnahe Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser gefördert und die Überschwemmungsgebiete von der Bebauung freigehalten werden.

Die grundlegende Vorschrift zu den Überschwemmungsgebieten, § 32 WHG, ist umfassend neu gestaltet und gegenüber der zu knappen und inhaltlich lückenhaften alten Fassung präzisiert und erweitert worden. Absatz 1 enthält zunächst in Satz 1 eine Definition des Begriffs „Überschwemmungsgebiete“, die neben den Überschwemmungs- bzw. Abflußflächen jetzt auch die Retentionsräume ausdrücklich mit einbezieht. Damit folgt das Wasserhaushaltsgesetz der in der Praxis bereits seit längerem herrschenden Auffassung von der Zugehörigkeit auch dieser Flächen zum Überschwemmungsgebiet.

Der in Satz 2 enthaltenen Ermächtigung an die Länder zur Festsetzung der Überschwemmungsgebiete liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Ursache von Überschwemmungen neben den klimatischen Ereignissen hauptsächlich in dem Siedlungsdruck und in abflußbeschleunigenden menschlichen Eingriffen zu suchen ist. Deshalb legt der Gesetzgeber in dieser Regelung ein besonderes Gewicht auf die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Gewässerstrukturen (Nr. 1) und die Verhinderung erosionsfördernder Eingriffe (Nr. 2). Mit der Rückgewinnung von natürlichen Rückhalteflächen (Nr. 3) besteht die verbesserte Möglichkeit, „zu klein“ festgesetzte Gebiete nachträglich zu erweitern und hierdurch eventuell erforderliche Ausbaumaßnahmen im Unterlauf von Gewässern zur Abflußerhöhung zu vermeiden, soweit dies erforderlich ist. Die bisherigen Regelungen in § 32 WHG waren insoweit nicht ausreichend.

Von der Kompetenz in § 78 Abs. 1 S. 2 LWaG zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten ist bisher kein Gebrauch gemacht worden, da die Überschwemmungsgebiete in Mecklenburg-Vorpommern noch nach den Vorschriften des Wassergesetzes der DDR (§ 36) festgelegt worden sind und gemäß § 136 LWaG als bestehen bleibend fortgeführt werden. Alle DDR-Schutzgebietsausweisungen sollen auf ihre weiterbestehende Notwendigkeit überprüft werden. Soweit ihre Notwendigkeit bejaht wird, werden sie an geltendes Recht innerhalb der nächsten 12 Jahre angepaßt. Aufgrund der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes muß geprüft werden, ob weitere Überschwemmungsgebiete auszuweisen sind.

6. Küstenschutz

6.1 Die Küstenschutzanlagen

6.1.1 Ausgangslage

In § 83 LWaG ist die Pflicht des Landes zur Sicherung der im Zusammenhang bebauten Gebiete vor Sturmfluten und Küstenrückgang geregelt. Damit hat das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht den gesamten Aufgabenbereich des zu DDR-Zeiten von der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung wahrgenommenen Küstenschutzes übernommen, Es mußte im Jahr 1991 ein erhebliches Defizit auf diesem Gebiet festgestellt werden. Dieses läßt sich in drei Kategorien einteilen:

1. Fehlende Schutzanlagen für gefährdete Küstenorte,
2. zu schwach bemessene Schutzanlagen,
3. Sanierungsbedürftige Schutzanlagen.

6.1.2 Handlungsschwerpunkte

6.1.2.1 Küstenschutzarbeiten zur Sicherung der Außenküste

Im Generalplan Küstenschutz, vorgelegt Ende 1994, wurden die dringlichsten Küstenschutzmaßnahmen, deren Realisierung zum Abbau des Defizites mittelfristig erforderlich ist, zusammengestellt. An der Umsetzung wird derzeit intensiv gearbeitet. Durch die Auswirkungen der Sturmflut vom November 1995 haben sich die Prioritäten etwas verschoben. Vordringlich ist gegenwärtig die Schaffung eines leistungsfähigen Küstenschutzsystems an der Außenküste. Die dort in erster Linie den Küstenschutz gewährleistenden Sturmflutschuttdünen waren im November 1995 besonders beansprucht worden, was zu einer weit über dem Durchschnitt liegenden Sedimentumlagerung aus den Dünen führte. Künstliche Sandaufspülungen zur Dünenverstärkung stellen daher z. Z. einen Schwerpunkt dar.

Einen zweiten Schwerpunkt stellt die Erneuerung der durch Schiffsbohrwurmbefall zerstörten Buhensysteme dar, die Grundvoraussetzung für die Lagestabilität des aufgespülten Dünenmaterials sind.

Infolge der an über 70 % der Außenküste vorherrschenden Rückgangstendenz, d. h. permanenter Sedimentmangel, der zur Schwächung der Dünen führt, sind hier ständige Küstenschutzarbeiten zur Erhaltung der Dünenleistungsfähigkeit in Form von periodischen Sandaufspülungen erforderlich. Trotzdem läßt sich ein Zurückweichen der Küste nicht vollständig unterbinden. Dem muß durch schrittweise Rückverlagerung der Dünen Rechnung getragen werden (nähere Erläuterungen dazu befinden sich im Umweltbericht - Jahrgang 1995, S.41 ff. und Jahrgang 1996 S.67 ff. -). Dadurch entsteht Flächenbedarf, der zu Konflikten mit Nutzungen des Menschen - insbesondere störende Bebauung - oder mit Naturschutzinteressen - Zerstörung geschützter Biotope - führt. Andererseits ist nur durch schrittweise Rückverlagerung der Dünen der Erhalt einer natürlich geprägten, dynamischen Küstenlandschaft möglich. Das Verteidigen starrer Linien führt zur Verfelsung der Küste, ohne langfristig den gewünschten Erfolg zu garantieren. Zur Wahrnehmung des landesplanerischen Koordinierungsauftrages entsprechend dem Landesplanungsgesetz M-V wird die Landesplanungsbehörde bei raumrelevanten Planungen und Küstenschutzmaßnahmen beteiligt.

6.1.2.2 Deichbauten zum Schutz überflutungsgefährdeter Orte

Neben den Küstenschutzarbeiten zur Sicherung der Außenküste sind Deichbauten zum Schutz überflutungsgefährdeter Orte an den Bodden und Haffen erforderlich. Die im Jahre 1991 vorhandenen Deiche besaßen in keinem Falle die erforderlichen Ausbauparameter. Ihre Trassen wurden in der Vergangenheit so gewählt, daß neben dem Schutz für die jeweilige Ortschaft gleichzeitig eine möglichst große Fläche für intensive landwirtschaftliche Nutzung eingedeicht wurde. Die Deiche befinden sich daher direkt an den Ufern und weisen große Längen auf. Derartige Trassen eignen sich kaum für Deichverstärkungen entsprechend dem amtlichen Bemessungswasserstand, da der damit verbundene Ausbauaufwand nur für den Schutz von Ortschaften sinnvoll ist. Der Schutz der Küsten ist eine öffentliche Aufgabe, die keinen Rechtsanspruch Dritter begründet. Gemäß § 83 Abs. 1 Satz 3 LWaG erstreckt sich die Pflicht zur Sicherung der Küsten auf den Schutz von im Zusammenhang bebauten Gebieten. Dies hat zur Folge, daß für den Schutz der Ortschaften separate Deiche gebaut werden, die möglichst kurz sind und möglichst dicht vor der jeweils zu schützenden Ortschaft liegen, da dadurch die wellendämpfende Funktion des Deichvorlandes besser genutzt werden kann.

§ 83 Abs. 3 Satz 1 LWaG besagt, daß sich die Aufgabe zur Durchführung des Küstenschutzes nicht auf den Bau, die Unterhaltung und Wiederherstellung von Deichen, die ausschließlich dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen gegen Hochwasser und Sturmflut dienen, erstreckt. Im Ergebnis werden künftig einzelne bisher vom Land unterhaltene Deiche an die bestehenden Wasser- und Bodenverbände abzugeben sein, da sie nach der gesonderten Sicherung der Ortschaften nur noch dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen dienen.

6.1.2.3 Sturmflutschutz der Küstenstädte

Auch die Sicherung der Küstenstädte vor Sturmfluten fällt unter die Landespflicht. Die für das Land flächendeckend durchgeführte Gefährdungsanalyse weist gerade hier das größte Schadenspotential aus. Daher werden z. Z. auch Möglichkeiten für den Sturmflutschutz der Städte Wismar, Rostock, Barth und Greifswald untersucht. Es ist aber festzustellen, daß bereits bei der Vorbereitung der aus diesen Untersuchungen resultierenden Maßnahmen erhebliche Probleme auftreten werden. Da die erforderlichen Sturmflutschutzmaßnahmen im engen städtischen Raum einen großen Flächenbedarf haben werden, bestehen erhebliche Konflikte mit kommunalen Nutzungsinteressen. Gerade die intensive Entwicklung der städtischen Infrastruktur führt zu sich ständig verändernden Rahmenbedingungen, die eine längerfristig angelegte Sturmflutschutzplanung kaum zulassen. Die separate Planung des Sturmflutschutzes auf Landesbehördenebene, losgelöst von den sonstigen städtischen Planungen, hat sich als sehr nachteilig erwiesen, da sie einen praktisch kaum realisierbaren Abstimmungsaufwand erfordert.

Als weiteres Problem kommt hinzu, daß die Realisierung des Sturmflutschutzes für die Küstenstädte Investitionen erfordert, die die gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt bei weitem übersteigen.

6.1.3 Die Bildung von Küstenschutzverbänden

Die Durchführung des Küstenschutzes durch die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur als Funktionsnachfolger der Wasserwirtschaftsdirektionen der ehemaligen DDR als bisher für diese Aufgaben Verpflichtete hat sich als sehr praktikabel erwiesen und macht die Bildung von Küstenschutzverbänden derzeit nicht erforderlich. Auf die Regelung des § 83 Abs. 2 LWaG, die die Errichtung von Küstenschutzverbänden vorsieht, sollte aber nicht verzichtet werden, denn wenn in besonderen Fällen Küstenschutzaufgaben weder dem Land noch den Wasser- und Bodenverbänden zugeordnet werden können, kann auf sie zurückgegriffen werden.

So zwingt z. B. der Verlauf von Straßen und Bahnlinien innerhalb von Poldern nicht zur Übernahme der zugehörigen Deiche in die Landeszuständigkeit. Meist existierten die Straße bzw. der Bahndamm bereits vor dem Deichbau und dieser wurde auch später nicht durchgeführt, um die Verkehrsanlagen zu schützen. Die Träger der Straßenbaulast bzw. der Deutschen Bahn AG für die Schienenwege sind vielmehr für den Schutz ihrer Anlagen eigenverantwortlich und müssen bereits bei der Projektierung darauf geachtet haben, daß die Anlagen bei gelegentlichen Überflutungen weitestgehend schadlos bleiben. Prinzipiell ist auch die Ausweitung der Schutzfunktion vorhandener Deiche oder der Bau neuer Schutzanlagen für Verkehrsanlagen möglich. Dabei muß aber erstrangig das Schadenspotential in Relation zu den erforderlichen Schutzaufwendungen gesehen werden. Sind Schutzanlagen sinnvoll, bietet sich für diese Fälle die Gründung von Küstenschutzverbänden an.

6.1.4 Der Schutz landwirtschaftlicher Flächen gegen Hochwasser und Sturmflut

Die Übertragung der Aufgabe des Bauens, der Unterhaltung und Wiederherstellung von Deichen, die nur dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen dienen, auf die Wasser- und Bodenverbände hat sich als richtig erwiesen. Die insbesondere nach der Sturmflut vom November 1995 gelegentlich gestellte Forderung, auch diese Deiche in Landeszuständigkeit zu übernehmen, kann nicht zur Problemlösung beitragen, denn diese Anlagen könnten, da sie nicht dem Schutz von Leben und Sachgütern dienen, nur die geringste Priorität erhalten. Maßnahmen an diesen Deichen könnten daher erst dann in eine Fortschreibung des Generalplanes Küstenschutz aufgenommen werden, wenn alle Defizite beim Schutz der im Zusammenhang bebauten Gebiete abgearbeitet sind.

Zudem läßt sich durch die geltende Zuordnung eine leichtere Umsetzung der HELCOM Empfehlung 16/3 (Bundesanzeiger 1996 vom 17. September 1996 Nr. 175a) erreichen. Gemäß dieser Empfehlung sind Küstengebiete außerhalb von Ansiedlungen, die episodischen Überflutungen ausgesetzt waren, bevor sie nur zur Bodennutzung eingedeicht wurden, wann immer möglich durch die Entfernung von Deichen oder deren Verlegung weiter landeinwärts wieder in Küstenfeuchtgebiete umzuwandeln. Nur wenn die Bevorteilten auch an den Kosten für den Bau und die Unterhaltung der Deiche beteiligt werden, besteht Interesse an ökonomisch sinnvollen Vorhaben.

6.2 Bauen an der Küste

Nach § 136 Abs. 1 S. 1 LWaG bleiben die auf der Grundlage des Wassergesetzes der ehemaligen DDR festgelegten Küstenschutzgebiete bestehen. Sie sind von besonderer Bedeutung für die Gewährleistung des Küstenschutzes, denn die in ihnen geltenden Verbote beziehen auch Ortsinnenbereiche ein, wodurch die Belange des Küstenschutzes in diesen Gebieten ausreichend berücksichtigt werden können.

Außerhalb der Küstenschutzgebiete ist die Durchsetzung der Bauverbote schwieriger.

Die praktische Umsetzung der Bauverbotstatbestände des § 89 LWaG an der Küste hat sich als problematisch erwiesen. Da für jedermann gemäß § 89 Abs. 3 S. 1 LWaG Ausnahmen zulässig sind, wenn sie mit den Belangen des Küstenschutzes vereinbart werden können, ist in jedem Fall eine entsprechende Prüfung erforderlich. Da die Belange des Küstenschutzes jedoch sehr weitreichend sein können, insbesondere gilt es mittel- bis langfristige Tendenzen der Küstenentwicklung zu beachten, kommt es regelmäßig zu Konflikten mit den Antragstellern.

Eine Einflußnahme auf das Baugeschehen ist insbesondere an Steilküstenabschnitten problematisch, da diese im allgemeinen keinem Küstenschutzerfordernis unterliegen. Belange des Küstenschutzes werden daher zum Zeitpunkt des Baubeginnes nicht berührt. Infolge der Rückgangstendenz geraten die Baukörper aber mittel- bzw. langfristig in den Abbruchbereich des Steilufers. Erst von der dann zum Schutze der Bebauung geforderten Festlegung des Steilufers werden Belange des Küstenschutzes direkt betroffen. Da das Material aus den Steilküsten zum Aufbau der Dünen an den Flachküsten unbedingt benötigt wird, führt jede Unterbindung der Sedimentschüttung zur Verschlechterung der Sedimentbilanz an den Flachküsten. Außerdem bleiben lokale Steiluferfestlegungen nie ohne nachteilige Folgen für die angrenzenden Küstenabschnitte. Steiluferfestlegungen, die nicht dem Schutz von Ortschaften dienen, widersprechen außerdem den Empfehlungen der HELCOM 16/3 (Erhalt der natürlichen Küstendynamik). Notwendige Regelungen über die Belange des Küstenschutzes hinaus konnten über das Bauverbot des § 7 Abs. 1 des 1. NatG M-V sichergestellt werden. Dementsprechend ist in dem Landesnaturschutzgesetz die Bestimmung übernommen worden (vgl. § 19 Abs. 1 Satz 2 LNatG).

Die Vorgabe der HELCOM-Empfehlungen 15/1 umsetzend, wird darüber hinaus der bisherige Küstenschutzstreifen von 200 Metern landwärts im selben Umfang seewärts erweitert. Entsprechendes gilt damit auch für die Genehmigung von Anlagen an der Küste (§ 86 LWaG).

6.3 Novellierungsbedarf

6.3.1 Die Dünen als Element des Küstenschutzes

Da der Küstenschutz der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegt und der Bund bisher von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch gemacht hat, hat die vollständige Regelung im Landeswassergesetz zu erfolgen. Dieses trägt in seiner bisherigen Fassung den Besonderheiten der Küste Mecklenburg-Vorpommerns und den daraus resultierenden Anforderungen an den Küstenschutz noch nicht genügend Rechnung.

Das wesentliche Element des Küstenschutzes an unseren rückgängigen Flachküsten sind die Sturmflutschutzdünen. Ihnen gebührt daher eine besondere Behandlung. Die künstlich geschaffenen Sturmflutschutzdünen bedürfen als „Bauwerke zum Zwecke des Küstenschutzes“ einer ständigen Unterhaltung und künstlichen Sedimentzuführung. Nur die Sturmflutschutzdünen mit natürlicher Ausprägung sind als Dünen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes zu qualifizieren (vgl. auch Nr. 5.3 der Anlage 1 zu § 20 Abs. 1 LNatG). Von entscheidender Bedeutung wird es sein, daß es künftig möglich ist, die Zulässigkeit der Enteignung festzustellen, wenn Dünen infolge der allgemeinen Rückgangstendenz eines Küstenabschnittes landwärts verstärkt werden müssen. Diese Möglichkeit besteht derzeit nicht, da Dünen weder unter fachlichen noch rechtlichen Aspekten im Landeswassergesetz einem Deich gleichgestellt werden. Aber nur für das Errichten, Beseitigen oder wesentliche Umgestalten von Deichen kann gegenwärtig enteignet werden. Insofern muß das Landeswassergesetz ergänzt werden. Direkt damit in Verbindung steht das Erfordernis, auch künftig Gebiete festsetzen zu können, die von besonderer Bedeutung für die perspektivische Gewährleistung des Küstenschutzes sind. D. h. es sollten nicht nur die vorhandenen Küstenschutzgebiete weiterbestehen, sondern auch die Möglichkeit gegeben sein, neue Küstenschutzgebiete festzusetzen bzw. bestehende Gebiete zu verändern.

Ähnlich wie bei den Deichen gibt es auch Dünen, die eine Schutzfunktion haben, aber nicht der Sicherung von Ortsinnenbereichen dienen. Für diese gibt es zur Zeit keine Zuständigkeitsregelung. Die Übertragung an die Wasser- und Bodenverbände oder die Gründung von Küstenschutzverbänden für diese Aufgaben wäre sinnvoll.

6.3.2 Zuständigkeiten

Im Rahmen der Novelle des Landeswassergesetzes soll eine Überprüfung der Aufgabenzuordnung für die Zuständigkeiten im Bereich des Küstenschutzes erfolgen. Denkbar wäre es, um sowohl die Probleme bei der Vorbereitung der Sturmflutschutzmaßnahmen für die Küstenstädte als auch die dafür erforderlichen Haushaltsmittel deutlich zu verringern, daß den Städten für diese Aufgabe die Zuständigkeit übertragen würde und sie an den Kosten der Vorbereitung und Realisierung der Maßnahmen beteiligt werden. Das Land könnte sich künftig nur noch für die bereits vorhandenen Küstenschutzanlagen und alle damit in Zusammenhang stehenden Verpflichtungen zuständig erklären. Die Entscheidung über den Neubau von Küstenschutzanlagen für bisher vollständig ungeschützte Siedlungen könnte den jeweiligen Kommunen überlassen werden. Dies würde in der Praxis bedeuten, daß das Land für den überregionale Bedeutung besitzenden Küstenschutz an der Außenküste vollständig zuständig ist und an den Bodden und Haffen die Neuorganisation der bestehenden Deichsysteme, d. h. die Verstärkung in Verbindung mit Deichtrassenverkürzung und Rückverlegung, übernimmt.

6.3.3 Anpassungsbedarf von Wasser- und Naturschutzrecht

Es ist zu prüfen, inwieweit ein Anpassungsbedarf von § 89 LWaG an § 19 LNatG besteht. Dabei ist insbesondere die Harmonisierung der unterschiedlichen Reichweiten des Gewässerschutzstreifens und der Ausnahmetatbestände für das Bauverbot anzustreben.

7. Abwasserbeseitigung

7.1 Erreichter Stand der Abwasserbeseitigung

Zum Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit der Landesregierung im Oktober 1990 waren auf dem Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Abwasserbeseitigung erhebliche Defizite zu verzeichnen. Von den 1991 vorhandenen 360 öffentlichen Kläranlagen hatten zwar die meisten de facto eine biologische Reinigungsstufe, jedoch war der tatsächliche Reinigungsgrad überwiegend gering. Ganze sechs Anlagen verfügten über eine weitergehende Abwasserbehandlung mit Nährstoffreduzierung und erfüllten die gesetzlichen Mindestanforderungen. Der Anschlußgrad an öffentliche Kläranlagen betrug im Landesdurchschnitt rund 64 %, im ländlichen Raum sogar nur rund 23 % der Bevölkerung. Die Abwasserbeseitigung entsprach damit größtenteils nicht den in der Bundesrepublik und im internationalen Recht geltenden Anforderungen. Eine fortgesetzte Duldung dieses Zustandes war unmöglich. Es mußten Voraussetzungen für die Verbesserung der Gewässerbeschaffenheit, für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung des Landes und eine qualitätsgerechte Trinkwasserversorgung der Bevölkerung geschaffen werden. Öffentliche Kanalisationen und Kläranlagen zu bauen, war dringend erforderlich. Das Parlament und die Landesregierung waren sich daher in beiden Legislaturperioden einig, daß eine ordnungsgemäße Abwasserreinigung eine wichtige Voraussetzung für jede weitere Entwicklung des Landes darstellt.

Um die abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften bei der Erfüllung der sehr kosten-trächtigen Pflichtaufgabe der Abwasserbeseitigung zu unterstützen und zur Senkung von Gebühren und Beiträgen für die Bürger beizutragen, stellte das Parlament durch die Verabschiedung der Haushaltsgesetze erhebliche Fördermittel zum Bau von öffentlichen Abwasseranlagen zur Verfügung. Ein Blick auf die Fördermittelstatistik zeigt, daß allein das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt in den vergangenen Jahren insgesamt rund 1 Milliarde DM an Fördermitteln ausgereicht hat. Dahinter stehen über 1.000 siedlungswasserwirtschaftliche Einzelmaßnahmen. Nimmt man die Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch das Wirtschaftsministerium des Landes noch hinzu, dürften so insgesamt, einschließlich des Eigenanteiles der Abwasserbeseitigungspflichtigen, rund 3 Milliarden DM in den technischen Gewässerschutz investiert worden sein.

Vordringlicher Handlungsbedarf bestand zunächst bei den größeren Städten bzw. Kläranlagen. Diese waren Schwerpunkte der Gewässerbelastung und mußten umgehend saniert werden. Von den etwa 240 öffentlichen Kläranlagen unterschiedlicher Größe, die seit 1990 neu errichtet oder wesentlich erweitert wurden, ist die Mehrzahl im ländlichen Raum entstanden. Drei Viertel aller neuen Anlagen sind kleine Kläranlagen (weniger als 2.000 Einwohnerwerte). Auf dem Lande sind überwiegend natürlich belüftete Abwasserteiche gewählt worden. Einfache, robuste und wartungsarme Reinigungsverfahren sind auch künftig für den ländlichen Raum angezeigt.

Der Anschlußgrad der Bevölkerung an öffentliche Kläranlagen beträgt gegenwärtig im Landesdurchschnitt ca. 75 %, der an öffentliche Kanalisationen ca. 76 %. Während 1990 noch die Abwässer von 40 % der Bevölkerung über rein mechanisch arbeitende Kläranlagen entsorgt wurden, gibt es solche Anlagen heute praktisch nicht mehr. Ganze 4 % der Einwohner waren 1990 an Kläranlagen mit einer Nährstoffeliminierung angeschlossen, heute sind es fast 70 %.

Mit den Kläranlagen Rostock, Stralsund und Greifswald sind nicht nur drei der größten Anlagen im Lande ausgebaut worden, sondern zugleich Schwerpunkte der Belastung der Ostsee beseitigt worden, die auch im Rahmen des Helsinki - Abkommens internationale Bedeutung hatten. Mittlerweile ist es ebenso selbstverständlich, daß die Landeshauptstadt Schwerin eine - im übrigen voll ausgelastete - moderne Kläranlage hat, deren Abwässer nicht mehr in den Schweriner See eingeleitet werden. Entlang der Elde sind in Plau, Lübz, Parchim, Neustadt-Glewe, Eldena, Neu Kaliß und Grabow eine ganze Reihe von Kläranlagen entstanden oder im Bau, die die Elde zu einem Musterbeispiel für den Zusammenhang von Abwasserreinigung und Erholung unserer Gewässer werden ließen und lassen. Die Kläranlage Hagenow entlastet seit 1995 die Schmaar, eines der bislang schmutzigsten Fließgewässer Westmecklenburgs. Gleiches läßt sich von der Kläranlage Wolgast an der Ostziese oder für Grimmen an der Trebel für den vorpommerschen Raum sagen. Diese Aufzählung könnte noch durch zahlreiche weitere Beispiele fortgesetzt werden und in ihr würden schließlich fast alle wichtigen Fließ- und Küstengewässer des Landes wiederzufinden sein. Erwähnenswert ist, daß ein erster konkreter Schritt grenzüberschreitender deutsch-polnischer kommunaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung getan wurde. Im September 1997 ist das Klärwerk in Swinemünde offiziell in Betrieb genommen worden. In dieser Kläranlage wird auch das Abwasser der drei Usedomer Seebäder Heringsdorf, Ahlbeck und Bansin gereinigt.

7.2 Ergebnisse im Gewässerschutz durch den Ausbau der Abwasserbeseitigung

Als Folge des Baus moderner Kläranlagen sind im Vergleich zu den 80er Jahren in einer Vielzahl von Gewässern deutliche Verbesserungen der Beschaffenheit nachweisbar. Die Lasteinträge aus kommunalen Kläranlagen konnten für organische, sauerstoffzehrende Stoffe und Stickstoff in etwa halbiert werden. Der Eintrag von Phosphor ging sogar noch stärker zurück.

Besonders die Wasserbeschaffenheit der Fließgewässer hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Dies trifft in erster Linie auf die Sauerstoffverhältnisse und die organische Belastung zu. Die Klassifizierung nach diesem Merkmalskomplex belegt, daß im Jahre 1996 61 % der untersuchten Gewässer diesbezüglich praktisch keine Gütedefizite aufwiesen und hier eines der wichtigsten Ziele der Gewässerschutzpolitik des Landes, mindestens die Güteklasse 2 in den Fließgewässern zu erzielen, erreicht worden ist. Hauptursachen hierfür sind die deutlich verbesserte Abwasserbehandlung und ein Rückgang des Eintrages von Nährstoffen in die Gewässer. Ebenso erfreulich ist der Rückgang der Phosphatkonzentrationen in den Fließgewässern, der hauptsächlich auf eine verringerte Phosphatbelastung aus den Kläranlagen zurückzuführen ist. Die Belastung der Ostsee aus dem Einzugsgebiet Mecklenburg-Vorpommerns über die Zuflüsse hat sich seit 1991 dadurch stark reduziert. Bei den Stickstoffverbindungen steht einer abnehmenden Tendenz der Ammoniumkonzentrationen ein Anstieg der Nitratkonzentrationen gegenüber. Anders als Ammonium und Phosphat gelangt Nitrat hauptsächlich diffus über Drainagen in die Gewässer. Dennoch muß zusammenfassend festgestellt werden, daß trotz der erheblichen Anstrengungen im Gewässerschutz relativ unbeeinflusste Fließgewässer mit nur naturbedingten Nährstoffkonzentrationen in Mecklenburg-Vorpommern nahezu nicht anzutreffen sind. Am deutlichsten werden die Zielvorgaben für Nitrat und Gesamt-Stickstoff überschritten.

Stehende Gewässer reagieren auf die Verminderung der Belastungen in ihrem Einzugsgebiet wesentlich langsamer als Fließgewässer, da sie weitgehend geschlossene Systeme sind und sich in ihnen über lange Zeiträume Stoffe anhäufen können. Einmal eingetragene Nährstoffe zum Beispiel können unter bestimmten Bedingungen ständig erneut in den Nährstoffkreislauf einbezogen werden und stehen für die Bioproduktion zur Verfügung. Aus diesem Grunde sind ähnlich positive Entwicklungen in der Wasserbeschaffenheit der Seen und übrigen Standgewässer bisher noch die Ausnahme. Ähnlich wie in den Seen ist auch in vielen inneren Küstengewässern die Eutrophierung weit fortgeschritten.

Die hier nur skizzenhaft dargelegten Verbesserungen der Gewässergüte können nicht dahingehend interpretiert werden, daß nunmehr die Abwasserbeseitigung im Lande als gelöstes Problem betrachtet wird und somit weniger Aufmerksamkeit und Förderung vertretbar wäre. Die spektakulären Verunreinigungsquellen sind im wesentlichen beseitigt. Die künftigen Aufgaben sind weniger augenscheinlich, jedoch ebenso wichtig. Insbesondere der Aufbau einer effizienten Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Hier müssen die Ortshygiene und der Gewässerschutz auch kleinerer Vorfluter weiter verbessert werden. Neben der bedarfsgerechten Erweiterung der Klärkapazität wird es in den kommenden Jahren zu den vordringlichen Aufgaben gehören, die Auslastung der vorhandenen Kläranlagen durch die vorgesehenen Anschlüsse zu erhöhen. Bereits jetzt wird eine Verschiebung der Schwerpunkte vom Ausbau der Kläranlagen zur Erweiterung der Ortsnetze deutlich, wie sie sich auch in den entsprechenden Anteilen der Förderung im Abwasserbereich widerspiegelt. Parallel zu den erforderlichen Erweiterungen des Kanalnetzes wird es darüber hinaus erforderlich werden, bestehende Kanalnetze zu sanieren. Ein besonderer Schwerpunkt des zukünftigen Gewässerschutzes muß darüber hinaus eine umfassende Reduzierung des Nährstoffeintrages in die Gewässer sein. Die Einhaltung der Zielvorgaben für die Nährstoffe wird sich allein durch die Beseitigung der Punktquellen nicht realisieren lassen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine Reihe sehr sensibler Gewässer, die auf anthropogene Belastungen sehr empfindlich reagieren. Oftmals sind es gleichzeitig die für Freizeit, Erholung, Fischerei und weitere Nutzungen besonders interessanten Gewässer. Sie nachhaltig zu schützen und in ihrer Funktion zu erhalten, ist eine Aufgabe der kommenden Jahre. Bei dem dazu erforderlichen Ausbau der Abwasserbeseitigung dürfen die Kommunen und die abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften nicht alleine gelassen werden. Neben der Gewährung von Fördermitteln wird die Landesregierung über seine Fachverwaltungen Einfluß auf den Ausbau einer technisch einwandfreien und für die Bürger und Unternehmen kostengünstigen Abwasserbeseitigung nehmen.

7.3 Die Abwasserbeseitigung als kommunale Aufgabe

Auf der Grundlage des § 18a Abs. 2 WHG in seiner beim Inkrafttreten des Landeswassergesetzes gültigen Fassung und im Einklang mit der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) hat das Land die auch in allen anderen Bundesländern übliche Regelung getroffen, daß grundsätzlich den Gemeinden die Abwasserbeseitigung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung obliegt (§ 40 Abs. 1 LWaG). Die Abwasserbeseitigung gehört wie die Sicherung der Trinkwasserversorgung (§ 43 LWaG) zu den Aufgaben der Gemeinden im eigenen Wirkungskreis gemäß § 2 Abs. 2 KV M-V. Sie umfaßt grundsätzlich das gesamte Zuständigkeitsgebiet der Körperschaft und alle Arten von Abwasser. Ausnahmen von der Beseitigungspflicht nennt § 40 Abs. 3 LWaG. Innerhalb der bestehenden wasserrechtlichen und sonstigen übergreifenden Vorgaben haben die Körperschaften ein eigenes Organisationsermessen.

Die Abwasserentsorgung stellt ein besonderes Problem dar. In einem beträchtlichen Teil der Gemeinden und Verbände wurde die kommunale Pflichtaufgabe Abwasserbeseitigung rechtzeitig und unter Kontrolle von Fachbehörden mit dem Ziel in Angriff genommen, mit einem verträglichen Kostenaufwand eine Gesundung der Gewässer zu erreichen und gute Voraussetzungen für die Entwicklung in den Gemeinden zu schaffen.

Allerdings ist von der Landesregierung auch festgestellt worden, daß eine Reihe von kommunalen Körperschaften nicht in der Lage ist, eine leistungsfähige und umweltgerechte Abwasserwirtschaft zu betreiben und zugleich sozialverträgliche Abgaben für die Bürger zu ermöglichen (Unterrichtung der Landesregierung „Konzept zur Unterstützung der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften“, LT-Drs. 2/1717, S. 3).

„Allen Beteiligten ist bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung durchaus bewußt, daß sich der tatsächliche und prognostizierte Gebührenanstieg für die Abwasserentsorgung zu einem ernstzunehmenden Problem entwickelt hat und dringender Handlungsbedarf besteht“ (Unterrichtung der Landesregierung „Konzept zur Unterstützung der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften“, a. a. O. S. 4).

Auch das Entleeren und das Transportieren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes sowie des in abflußlosen Gruben anfallenden Grubeninhaltes fällt unter die Beseitigungspflicht der Gemeinden. Damit war zunächst eine Grundvoraussetzung geschaffen, daß auch in dem überwiegend ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen zahlreichen grundstücksbezogenen Kleinkläranlagen eine ordnungsgemäße Abfuhr und in der Regel auch eine ordnungsgemäße Mitbehandlung der Schlämme und Grubeninhalte in leistungsfähigen Kläranlagen unter Obhut der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften durchgesetzt werden konnte. Es gibt aber immer noch einige Gemeinden und Verbände, die diese Aufgabe nicht wahrnehmen und auf die Aufgabenerfüllung durch die Bürger vertrauen, indem sie diese selbst ein Entsorgungsunternehmen beauftragen lassen. Das aber entspricht nicht der gewollten Zuordnung dieser Aufgaben zu den öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Landesregierung wird daher zukünftig noch intensiver als bisher darauf hinwirken, daß die abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften ihren gesetzlichen Verpflichtungen aus § 40 LWaG in vollem Umfang nachkommen.

7.4 Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Einschaltung Dritter zur Erfüllung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung

Die den Städten und Gemeinden mit der Regelung des § 40 Abs. 4 LWaG eröffneten Möglichkeit der Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Einschaltung von Dritten zur Durchführung der Abwasserbeseitigung wurde sehr häufig genutzt. Gegenwärtig wird in Mecklenburg-Vorpommern die Abwasserbeseitigungspflicht von über 40 Zweckverbänden sowie einem Wasserverband gemäß Wasserverbandsgesetz (WVG) wahrgenommen. Ihnen gehört die Mehrzahl der Gemeinden an. Einige Städte und Gemeinden nehmen die Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahr.

Vielfach ist auch die Aufgabenerledigung (Betriebsführung) auf Dritte übertragen worden. Zahlreiche Verbände und Gemeinden bedienen sich privater Wirtschaftsunternehmen oder Betriebsführungsgesellschaften, deren Gesellschaftsanteile sie selbst vollständig oder mehrheitlich halten. Die Erfahrungen im Lande zeigen, daß sich mit den bisherigen gesetzlichen Regelungen hinreichende Möglichkeiten für die Beteiligung privater Unternehmen eröffnen, technischen und kaufmännischen Sachverstand einzubringen. Es gibt sehr viele Beispiele für die Beteiligung privater Unternehmen, die bereits die technische und/oder kaufmännische Betriebsführung für die Verbände und Gemeinden übernommen haben. Zum Teil tätigen sie selbst Investitionen. Für viele Verbände mit besonderen Schwierigkeiten hat sich das Einholen von externem Sachverstand bereits positiv bemerkbar gemacht. Weitere Körperschaften werden in absehbarer Zeit diesen Beispielen folgen.

7.5 Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf private Dritte

§ 18a Abs. 2a WHG ermächtigt die Länder, unter bestimmten Voraussetzungen die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf private Dritte zu regeln. Aus rechtlicher Sicht ergeben sich im Hinblick auf die Umsetzung nicht wenige Problemstellungen, die einer justitiablen Lösung zuzuführen sind.

Die neue Regelung lehnt sich an das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes an. Die öffentliche Abwasserbeseitigung mit ihrer speziellen Indirekteinleiterproblematik weist jedoch gegenüber der Abfallentsorgung Besonderheiten auf, die einer Übernahme der zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz entwickelten Rechtssätze entgegenstehen dürften.

Die rechtlichen Fragestellungen bei der Umsetzung der Ermächtigung in § 18a Abs. 2a WHG konzentrieren sich im wesentlichen auf die Eigentumsübertragung an den Anlagen und den Übergang von dinglichen Leitungsrechten, die Ausgestaltung des Anschluß- und Benutzungszwanges als zivilrechtlichen Kontrahierungszwang, die Auswirkungen auf die Bauleitplanung hinsichtlich eines Übergangs der Erschließungspflicht auf den Privaten (Beschneidung der Planungshoheit wegen Abhängigkeit von dem Erschließungswillen des Privaten) sowie auf die Entwicklung von Regelungen zur Vermeidung von finanziellen Schäden bei den Kommunen im Falle eines Rückfalls der Anlagen (und damit die Wiederbegründung der originären Abwasserbeseitigungspflicht) bei einer Insolvenz des Privaten.

7.6 Die Erstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten

In Ausübung und zugleich als Grundlage für die weitere Wahrnehmung der Abwasserbeseitigungspflicht wurden die abwasserbeseitigungspflichtigen Gemeinden und Verbände auf der Grundlage des § 40 LWaG durch Erlaß vom 22.12.1994 aufgefordert, ein Abwasserbeseitigungskonzept für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu erstellen und in diesem darzulegen,

- wie der gesetzlichen Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung nachgekommen werden soll,
- wie die vorgegebenen Gewässerschutzziele in angemessener Zeit erreicht werden,
- wie der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Planung und Durchführung der Baumaßnahmen beachtet wird.

Gleichzeitig sollen die Abwasserbeseitigungskonzepte die entwässerungstechnischen Grundlagen für die Bauleitplanung in den Gemeinden schaffen und den Wasserbehörden durch fachtechnisch nachvollziehbare Darstellungen der Gesamtmaßnahme qualifizierte Entscheidungen nach dem Wasserrecht und die Förderung abwassertechnischer Maßnahmen ermöglichen. Durch die Abwasserbeseitigungskonzepte sollen die Körperschaften ihre betrieblichen Planungen mit den wasserbehördlichen Vorgaben in Einklang bringen.

In den Konzepten waren insbesondere auch solche Gebiete auszuweisen, in denen in absehbarer Zeit keine öffentlichen Abwasseranlagen errichtet werden. Aufgrund der geringen Besiedlungsdichte unseres Landes kann als grobe Zielvorgabe eine Entsorgung der Abwässer von etwa 80 % der Bevölkerung über öffentliche Abwasserentsorgungssysteme angenommen werden. 20 % der Bevölkerung werden auch in Zukunft ihr Abwasser über Kleinkläranlagen (die in den meisten Fällen nachzurüsten sind) behandeln, das heißt, in etwa der Hälfte aller Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern wird es auch langfristig keine öffentlichen Abwasseranlagen geben. Dezentrale Abwasseranlagen können für bestimmte Einsatzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern eine dauerhafte Lösung darstellen. Durch die 6. Novelle des WHG hat der Bundesgesetzgeber in § 18a Abs. 1 Satz 2 WHG inzwischen klargestellt, daß auch die Beseitigung von häuslichem Abwasser über dezentrale Anlagen dem Wohl der Allgemeinheit entsprechen kann.

Die Kommunen müssen im Rahmen ihrer Abwasserbeseitigungspflicht prüfen, in welchen Gebieten sie die Abwasserentsorgung der Grundstücke durch den Anschluß an öffentliche Anlagen sicherstellen wollen oder wo auf Dauer die Behandlung des Abwassers in Kleinkläranlagen erfolgen soll. Bei der Prüfung der Konzepte waren die Fach- und Wasserbehörden aufgefordert, hierauf besonderen Wert zu legen.

Dezentrale Abwasserbeseitigung ist dann zu wählen und zuzulassen, wenn

- die Übernahme des Abwassers durch den Beseitigungspflichtigen wegen eines zu hohen finanziellen oder technischen Aufwandes unangemessen ist,
- auf Dauer wasserwirtschaftliche und hygienische Belange nicht entgegenstehen,
- das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird,
- die Abwasseranlagen unter Berücksichtigung des Abwasserbeseitigungskonzeptes entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet und betrieben werden und
- die ordnungsgemäße Wartung sichergestellt ist, das heißt, daß in der Regel ein Wartungsvertrag mit einem geeigneten Unternehmer abgeschlossen wird.

Voraussetzung ist gemäß § 40 Abs. 3 Nr. 7 LWaG eine wasserbehördliche Entscheidung auf Antrag der beseitigungspflichtigen Körperschaft. Damit ist sichergestellt, daß übergreifende wasserwirtschaftliche Belange berücksichtigt werden. Grundlage der Entscheidung der Wasserbehörde können darüber hinaus konzeptionelle Arbeiten oder weitergehende Planungen der Körperschaften sein. Nur auf dieser Grundlage wird die zuständige Wasserbehörde über die Abwasserbeseitigung sachgerecht entscheiden können. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit wird bei der Entscheidung über die Form der Abwasserbeseitigung jeweils für den konkreten Einzelfall beziehungsweise gebietsbezogen durchzuführen sein.

Das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt hat vor kurzem die Richtlinien zur Förderung von Kleinkläranlagen vom 15. Juli 1998 (Amtsblatt M-V 1998, S. 980) veröffentlicht. Gefördert wird mit einem Volumen von zwei Millionen DM nicht eine sogenannte Grundausstattung, sondern der darüber hinausgehende biologische Teil der Kleinkläranlage. Das Programm soll eine Laufzeit von mehreren Jahren haben und eine möglichst große Zahl von Interessenten landesweit erreichen.

7.7 Kostendämpfung im Abwasserbereich

Hinsichtlich der Abwasserbeseitigung bestimmt das Bundesrecht, daß Abwasser so zu beseitigen ist, daß das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird (§ 18a Abs. 1 WHG). Abwasseranlagen sind so zu errichten und zu betreiben, daß die geltenden Anforderungen an das Einleiten von Abwasser, insbesondere die Anforderungen nach § 7a WHG eingehalten werden; im übrigen gelten die allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 18b Abs. 1 WHG in Verbindung mit § 37 LWaG).

Die jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik werden vom Deutschen Institut für Normung (DIN) und von wissenschaftlich-technischen Vereinigungen [zum Beispiel Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW), Abwassertechnische Vereinigung (ATV)] zu Regelwerken zusammengefaßt. Hierbei wirken der Bund und die Länder fachlich mit. Diese Fachnormen sind für die Sicherung wasserwirtschaftlicher, siedlungshygienischer und verbraucherschützender Belange unabdingbar. Sie tragen grundsätzlich zu einer Verwaltungsvereinfachung bei. Die Wasserbehörden brauchen dabei nicht in jedem Einzelfall die allgemein anerkannten Regeln der Technik neu zu bestimmen.

Die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgabe der Abwasserbeseitigung ist für die Gemeinden mit hohen Kosten verbunden. Es ist bekannt, daß die Standards für die Abwasserableitung und -reinigung in Deutschland ein hohes Niveau haben. Für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung waren erhebliche Investitionen erforderlich, aus denen sich grundsätzlich auch hohe Beiträge und Gebühren ergeben.

Im Zwischenbericht zur Auswertung von Gutachten über abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften auf der Grundlage des Berichts zur Abwasserentsorgung im M-V unter besonderer Berücksichtigung der Auslastung vorhandener Anlagen, der Förderpraxis und der gegenwärtigen Gebührenentwicklung (Unterrichtung durch die Landesregierung, LT-Drs. 2/1499 S. 3 ff.) wurden die Ursachen für die Schwierigkeiten der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften anhand von 13 untersuchten Körperschaften dargestellt.

So wurde festgestellt, daß die Erwartungen der Gemeinden und Zweckverbände hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbebetrieben und des durchschnittlichen Wasserverbrauchs nicht in vollem Umfang eingetreten sind, weshalb derzeit teilweise noch ungenutzte Kapazitäten bei Kläranlagen vorliegen oder die starken saisonalen Schwankungen der Belastungen in Fremdenverkehrsgebieten nur in Spitzenzeiten zu einer weitgehenden Auslastung führen. Die überwiegende Zahl der untersuchten abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften hatte in der Vergangenheit noch kein umfassendes detailliertes Abwasserbeseitigungskonzept, welches es ermöglicht hätte, die Auswirkungen von einzelnen Entscheidungen mit der notwendigen Genauigkeit und Sicherheit zu überblicken (vgl. zu den im Hinblick auf die Abwasserbeseitigungskonzepte im einzelnen ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung, Abschnitt 7.6).

Kostengünstige Sonderbauweisen und besondere Einsparpotentiale insbesondere im ländlichen Raum wurden noch zu wenig genutzt, obwohl die technischen Fachbehörden auf Grundlage eines Erlasses des Umweltministeriums vom 22.6.1992 verstärkt auf die Nutzung dieser Einsparpotentiale hingewirkt haben.

In fast allen Fällen waren zu hohe Betriebskosten infolge unzulänglicher Organisation und unnötiger Personalkosten festzustellen.

Überdurchschnittlich hohe Gebühren waren dort zu registrieren, wo auf die Erhebung von Anschlußbeiträgen zunächst wegen rechtsfehlerhafter Beitragssatzungen oder aus anderen Gründen verzichtet wurde.

Der Anschluß- und Benutzungszwang wurde in Teilen nur zögerlich durchgesetzt.

Abschreibungen wurden oft nach der in technischen Regelwerken genannten kürzest möglichen Nutzungsdauer kalkuliert. Den dafür genannten Gründen (z. B. aggressive Abwässer) mangelt es häufig an der Plausibilität.

In der Übergangszeit der Bildung von Zweckverbänden, die die hoheitliche Pflicht der Abwasserbeseitigung nach ihrer Gründung übernahmen, wurden begonnene gemeindliche Planungen weiter verfolgt. In dieser Phase ergingen auch noch Zuwendungsbescheide an Gemeinden, die dann später einen Zwangspunkt in der Wirtschaftsplanung bzw. Jahresrechnung der Zweckverbände darstellten. Dadurch wurde die Verbandsplanung vorgeprägt und die Gebühren- und Beitragsgestaltung belastet. In einigen Fällen hat es den Rechtsfrieden zwischen Zweckverband und Mitgliedsgemeinden gestört und komplizierte Rechtsfragen im Verhältnis zu den betroffenen Einwohnern erzeugt.

Neben diesen schon erwähnten Aspekten, die die hohen Gebühren im wesentlichen mit begründeten, waren weitere Faktoren bestimmend für den Willen einiger Kommunen, aus den Zweckverbänden wieder auszutreten.

Die unter erheblichem Zeitdruck erfolgte Gründung der Zweckverbände, die Prioritätensetzung für die abwassertechnische Erschließung im Zweckverbandsgebiet, die einzelne Kommunen über Jahre von der Entwicklung einer modernen Infrastruktur abkoppelt und letztlich auch die Weigerung, eine Solidargebühr zu zahlen, stellen gewichtige Faktoren dar, die den Austrittswillen bestimmen.

Zur Bewältigung der genannten Probleme sind verschiedene Maßnahmen von der Landesregierung eingeleitet worden:

Die Länder haben in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlich-technischen Vereinigungen in der Vergangenheit das technische Regelwerk nach entbehrlichen, kostenintensiven Standards untersucht. Erste Ergebnisse, insbesondere zum Bauen im ländlichen Raum liegen mittlerweile vor. Die Beseitigungspflichtigen sind verstärkt bemüht, neue, kostensparende Technologien einzusetzen. Ohne Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wird heute kein Vorhaben mehr begonnen.

Im Abschlußbericht zur Verwendung der 20 Mio. DM aus dem Soforthilfeprogramm zur Unterstützung abwasserbeseitigungspflichtiger Körperschaften, den gebührenrelevanten Komponenten und weiteren Maßnahmen zur Konsolidierung der Aufgabenträger (LT-Drs. 2/3747 S.14 ff.) sind Schwerpunktmaßnahmen genannt, mit denen eine ausgewogene Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und angemessener Lastenabwälzung erreicht werden soll.

Zu diesen Schwerpunktmaßnahmen gehören die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG), die differenzierte Ausnutzung gebührengünstiger Abschreibungsvarianten, die Vervollständigung der Kundenübersichten, die Regelung der Fäkalschlamm Entsorgung, die Vervollständigung der Erfassung des Altanlagenbestandes, die Erhöhung des Anschlußgrades, die Überprüfung der bestehenden Verträge, der Abbau von Forderungsrückständen, die Überprüfung der Investitionskredite, die Gebührengestaltung und die Regelung der auf ungenutzte Kapazitäten entfallenden Kosten.

Der Bericht vom 27.4.1998 spricht am Ende die Erwartung aus, daß die Realisierung einer Vielzahl von Maßnahmen erwarten läßt, daß in Zukunft eine spürbare Verbesserung bei der Kostendeckung von Aufgabenträgern zu erreichen sein wird, wobei aber auch der zeitliche Vorlauf nicht vergessen werden darf.

7.8 Der Anpassungsbedarf bei vorhandenen Gewässerbenutzungen und Abwasseranlagen an geltendes Recht

§ 7a WHG beinhaltet die Anforderungen an das Einleiten von Abwasser. Nach § 13 Abs. 1 LWaG sind vorhandene Gewässerbenutzungen und Abwasseranlagen, die nicht den Anforderungen dieses Gesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes, der nach diesen Gesetzen erlassenen Rechtsvorschriften, zwischenstaatlichen Vereinbarungen, bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften sowie den Festlegungen in Bewirtschaftungsplänen, Reinhaltetechniken und sonstigen wasserwirtschaftlichen Plänen entsprechen, innerhalb angemessener Frist anzupassen oder einzustellen.

Im Hinblick auf die von den unteren Wasserbehörden auf der Grundlage des § 7a WHG in Verbindung mit § 13 LWaG durchzusetzenden Anpassungsmaßnahmen bei vorhandenen Gewässerbenutzungen und Abwasseranlagen wird eingeschätzt, daß die größeren kommunalen Abwassereinleitungen über an geltendes Recht angepaßte wasserrechtliche Bescheide verfügen. Zum Teil sind die Anlagen auch bereits an die jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik angepaßt worden. Einige Anlagen sind aber auch noch entsprechend den in den Bescheiden enthaltenen Auflagen und Fristen zu sanieren.

Die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden sind derzeit hauptsächlich im Bereich der grundstücksbezogenen Kleinkläranlagen tätig. Hier gibt es einen überaus großen Nachholbedarf, der u. a. durch eine sehr zeitaufwendige Erst- und Zustandserfassung der Anlagen bedingt ist.

Bei der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Sanierung und die vorzugebenden Sanierungsfristen sollen die Abwasserbeseitigungskonzepte eine Hilfestellung für die Wasserbehörden sein. Der Erlaß „Abwasserbeseitigung über nicht kanalisationsgebundene Grundstücksentwässerungsanlagen - Kleinkläranlagen“ (KKA) vom 31.07.1996 und die Verwaltungsvorschrift über allgemein anerkannte Regeln der Technik für die Abwasserbehandlung mittels Kleinkläranlagen (Kleinkläranlagen-Verwaltungsvorschrift - KKA-VwV) vom 07.12.1993 des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt geben ergänzend zum Landeswassergesetz Hinweise zur Anpassung dieser Anlagen.

7.9 Umsetzung und Vollzug der Richtlinie des Rates 91/271/EWG über die Behandlung kommunaler Abwässer

Gemäß § 2 LWaG sind zwischenstaatliche Vereinbarungen oder bindende Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft von den Wasserbehörden bei ihren Entscheidungen zu beachten. Hierdurch konnte sichergestellt werden, daß trotz der damals noch ausstehenden Umsetzung der Richtlinie durch eine entsprechende Verordnung die materiellen Anforderungen der Richtlinie bei allen Entscheidungen der Wasserbehörden bereits berücksichtigt worden sind. Inzwischen ist die Verordnung über die Behandlung von Kommunalem Abwasser vom 15. Dezember 1997 (GVOBl. M-V 1998 S. 25), die der Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser dient, in Kraft getreten.

Die Maßnahmen zum Vollzug der Richtlinie sind bereits weit fortgeschritten. In den Geltungsbereich der Richtlinie fallen in Mecklenburg-Vorpommern 46 Kläranlagen mit mehr als 10.000 Einwohnerwerten (EW). Soweit heute absehbar, werden diese bis Ende 1998 im wesentlichen entsprechend den Anforderungen der Richtlinie ausgebaut sein. 31 Anlagen (67 %) sind bereits fertiggestellt, 9 befinden sich noch im Bau. Für die verbleibenden 6 Anlagen wird der Ausbau gegenwärtig vorbereitet. Sie werden sich bei Fristablauf Ende 1998 noch im Bau befinden, so daß gegebenenfalls im Einzelfall bei der Kommission Anträge auf Verlängerung der Ausbaufrist gestellt werden müßten.

Kläranlagen mit mehr als 2.000 EW sind zu über 80 % bereits entsprechend den Anforderungen der Richtlinie ausgebaut beziehungsweise sind im Bau, so daß insgesamt über 90 % der in Frage kommenden Einleitungen dieser Größenordnung im wesentlichen abgearbeitet sind. Der übrige Teil ist meist in Planung und wird bis spätestens Ende 2005 folgen. Hinsichtlich der von der Richtlinie vorgegebenen Fristen, innerhalb derer die Anforderungen umzusetzen sind, gibt es für Mecklenburg-Vorpommern nicht die Probleme wie in den anderen neuen Ländern. Das ergibt sich aus der relativ geringen Anzahl der relevanten Einleitungen und der bereits weitgehend erfolgten Erfüllung. Vielfach sind hier auch ganz andere Zwänge als die Richtlinie selbst maßgebend, nämlich insbesondere die Entwicklungsaussichten der Gemeinden, die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sowie die Entwicklung des Fremdenverkehrs oder des Wohnungsbaues.

Bezüglich der Kanalisationen wird davon ausgegangen, daß die Gemeinden > 10.000 EW bereits über richtlinienkonforme Kanalisationen verfügen. Die Anschlußgrade an die öffentliche Kanalisation liegen in der Regel weit über 80 %. Damit kann der Forderung der Richtlinie, Kanalisationen müßten den Anforderungen an die Abwasserreinigung Rechnung tragen, grundsätzlich entsprochen werden. Von den Gemeinden > 2.000 EW ist ein großer Teil zumindest teilweise kanalisiert. Auch hier kann im wesentlichen von richtlinienkonformen Kanalisationen bzw. deren Errichtung innerhalb der nächsten 10 Jahre ausgegangen werden.

Die meisten Ausbaumaßnahmen sind im übrigen nicht ursächlich auf Anforderungen aus der Richtlinie zurückzuführen, sondern auch erforderlich, wenn nur nationale Anforderungen zu Grunde gelegt werden.

Ferner fallen drei Industriebetriebe unter die in der Richtlinie genannten Branchen. Hier sind die der Richtlinie entsprechenden wasserrechtlichen Bescheide erteilt worden.

7.10 Genehmigung des Baus, der wesentlichen Änderung und der Stilllegung von Abwasseranlagen

Bewährt hat sich im Grundsatz der § 38 LWaG, wonach der Bau, die wesentliche Änderung und die Stilllegung von Abwasseranlagen der Genehmigung durch die zuständige Wasserbehörde bedürfen. Die frühzeitige Einschaltung der Wasserbehörden, insbesondere der StÄUN als Genehmigungs- bzw. technische Fachbehörden, hat letztendlich dazu geführt, daß „erstaunlich geringe Fehlerquoten zu verzeichnen waren und grundlegende Fehlentwicklungen nicht eingetreten sind“ (Auszug aus der Unterrichtung der Landesregierung - Bericht zur Situation der Abwasserentsorgung in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der Auslastung vorhandener Anlagen, der Förderpraxis und der Ursachen der gegenwärtigen Gebührensituation; Landtagsdrucksache 2/425 vom 29.05.1995).

Welcher enorme Arbeitsaufwand mit dem Vollzug dieser Regelung verbunden ist, verdeutlicht alleine die Zahl von über 220 seit 1990 in Mecklenburg-Vorpommern neu errichteter öffentlicher Kläranlagen.

Einige Interpretationsschwierigkeiten traten im Zusammenhang mit der Zuständigkeit der Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte bzw. der StÄUN zur Erteilung der Genehmigung bei Vorliegen bzw. Nichtvorliegen einer bestandskräftigen Erlaubnis auf (§ 38 Abs. 4 LWaG). Mit mehreren Erlassen wurde die Zuständigkeitsregelung eingehend interpretiert, eine eindeutige Regelung wird bei der Novellierung des LWaG erfolgen. Auch die anfänglich vorhandenen vereinzelt Schwierigkeiten bei Erteilung des Einvernehmens durch die Bauaufsichtsbehörden, die diese beim Erlassen der wasser- und bauaufsichtlichen Genehmigungen durch die Wasserbehörden hatten, haben sich gelegt. Bei der Novellierung des Landeswassergesetzes wird jedoch noch klarer als bisher herausgearbeitet werden, welche Belange, wie z. B. der Denkmalschutz oder der Naturschutz, bei der Entscheidung über einen Antrag zu berücksichtigen sind.

Die Möglichkeit der Erteilung einer Bauartzulassung für serienmäßig hergestellte Abwasseranlagen durch die oberste Wasserbehörde wurde bisher nicht in Anspruch genommen. Einige Hersteller haben aufgrund des mit dem Verfahren verbundenen Aufwandes im Verhältnis zu der von ihnen gefertigten Stückzahl bisher von einem Antrag Abstand genommen. Die Möglichkeit sollte aber, wie auch in den Landeswassergesetzen der anderen Bundesländer vorgesehen, aufrechterhalten bleiben, weil sie in einigen Fällen zur Verwaltungsvereinfachung beitragen könnte.

Die Vollzugspraxis hat gezeigt, daß es über die in § 38 Abs. 1 LWaG genannten genehmigungsfreien Anlagen hinaus weitere Anwendungsfälle gibt, bei denen aufgrund der Geringfügigkeit bzw. der klaren Normenregelung und Eigenverantwortung der Anlagenhersteller von einem Genehmigungserfordernis zukünftig abgesehen werden kann. Das kann angesichts der geringen Personalausstattung auch zu einer Arbeitsentlastung der unteren Wasserbehörden beitragen.

Gemäß § 18c WHG bedürfen der Bau und der Betrieb sowie die wesentliche Änderung einer Abwasserbehandlungsanlage, die für organisch belastetes Abwasser von mehr als 3000 kg/d BSB₅ (Biochemischer Sauerstoffbedarf roh, abgestellt auf 5 Tage) oder für anorganisch belastetes Abwasser von mehr als 1500 Kubikmeter Abwasser in zwei Stunden (ausgenommen Kühlwasser) ausgelegt ist, einer behördlichen Zulassung. Die Zulassung kann nur in einem Verfahren erteilt werden, das den Anforderungen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung entspricht.

Im Vollzug hat sich gezeigt, daß die bisherigen Genehmigungsverfahren zum Bau und Betrieb der Kläranlagen Rostock, Wismar, Stralsund und Neubrandenburg in einem wesentlich kürzeren Zeitraum abgeschlossen werden konnten als vergleichbare Verfahren in den alten Bundesländern.

Da das förmliche Verwaltungsverfahren jedoch nicht die Konzentrationswirkung entfaltet wie ein Planfeststellungsverfahren, müssen die Antragsteller in Mecklenburg-Vorpommern neben dem Antrag bei der Wasserbehörde auf wasser- und baurechtliche Genehmigung unter Umständen gleichzeitig einen Antrag z. B. bei der Immissionsschutzbehörde zur Genehmigung des Blockheizkraftwerkes, welches im Zusammenhang mit der Schlammbehandlung errichtet wird, stellen. Für den Antragsteller kann dieses somit einen erhöhten Aufwand darstellen. Im Zusammenhang mit der Novellierung des LWaG ist daher zu prüfen, ob im Sinne der Antragsteller und in Angleichung an Forderungen anderer Bundesländer zukünftig ein Planfeststellungsverfahren vorzusehen ist.

7.11 Der Vollzug der Indirekteinleiterverordnung

Auf der Grundlage des § 7a WHG haben die Länder sicherzustellen, daß bei der Einleitung bestimmter Stoffe in öffentliche Abwasseranlagen die gleichen Anforderungen eingehalten werden wie bei der direkten Einleitung in ein Gewässer. Mit der auf der Grundlage des § 42 LWaG erlassenen Indirekteinleiterverordnung wurden analog den Regelungen der meisten anderen Bundesländer die jeweiligen Abwässer, die nur mit Genehmigung der unteren Wasserbehörden in öffentliche Abwasseranlagen eingeleitet werden dürfen, näher bestimmt.

Eine Umfrage bei den unteren Wasserbehörden hat ergeben, daß bis zum 31.12.1995 - und damit bereits 1 $\frac{1}{2}$ Jahre nach Inkrafttreten des Genehmigungserfordernisses - 877 Indirekteinleitergenehmigungen erteilt wurden und sich weitere 333 Vorgänge in der Bearbeitung befanden. Die Einleitungen betrafen dabei vor allem mineralöhlhaltiges Abwasser und Abwasser aus Zahnarztpraxen. Mehrere Landräte in ihrer Funktion als untere Wasserbehörden haben bei der Umfrage allerdings erklärt, daß sie bis zu dem Stichtag aufgrund der vorhandenen Personalstärke über noch keinen Antrag entscheiden konnten. Auswirkungen auf vorhandene Indirekteinleiter hat dieses zwar nicht, da diese Einleitungen mit Antragstellung bis zur Entscheidung über den Antrag als genehmigt gelten. Dieser Zustand ist aus Gewässerschutzgründen jedoch nicht zu akzeptieren.

Mit dem Vollzug der Indirekteinleiterverordnung, d. h. der Genehmigung der Einleitung und deren Überwachung, war es möglich, entscheidend auf die Durchsetzung von Maßnahmen nach dem Stand der Technik bei den Indirekteinleitern Einfluß zu nehmen und somit den Eintrag von wassergefährdenden Stoffen, wie z. B. Schwermetalle und Öle, in das öffentliche Kanalnetz, über die öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen in die Gewässer und nicht zuletzt auch in den Klärschlamm dieser Anlagen zu reduzieren.

Novellierungsbedarf besteht sowohl bei der Formulierung des § 42 LWaG als auch bei der Indirekteinleiterverordnung aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen durch die 6. Novelle des WHG. Die landesrechtlichen Vorschriften sind hier der geänderten Rechtssystematik des § 7a WHG anzupassen. Dieses wird jedoch nicht zu einer Reduzierung des Umfanges der genehmigungspflichtigen Einleitungen führen. Die grundsätzliche Genehmigungspflicht ist weiterhin erforderlich.

7.12 Der Vollzug der Selbstüberwachungsverordnung (SÜVO M-V)

Gemäß § 41 Abs. 1 LWaG i. V. m. § 2 SÜVO M-V vom 9. Juli 1993 (GVOBl. M-V S. 774) haben Betreiber von Abwasseranlagen diese dahingehend zu überwachen, daß sie ordnungsgemäß betrieben und unterhalten werden sowie den mit einem wasserrechtlichen Bescheid vorgeschriebenen Wirkungsgrad erzielen. Die hierzu erforderlichen Messungen und Untersuchungen sowie Zustands- und Funktionskontrollen werden mit der SÜVO konkret vorgegeben. Der Betreiber kann aus den Ergebnissen seiner Selbstüberwachung klare Rückschlüsse auf den Betrieb seiner Abwasseranlage ziehen und sofern erforderlich, daraus auch notwendige Maßnahmen zur technologischen, organisatorischen oder baulichen Änderung ableiten. Die Wasserbehörden, die sich die Ergebnisse der Eigenüberwachung ebenfalls regelmäßig vorlegen lassen, können aufgrund der wesentlich größeren Datendichte ergänzend zu den Ergebnissen der behördlichen Überwachung ebenfalls gesicherte Rückschlüsse auf einen ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage ziehen.

Die SÜVO M-V verlangt vom Betreiber einer Abwasseranlage auch, die Dichtigkeit der Abwasserkanäle und -leitungen einschließlich der Schachtbauwerke regelmäßig entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu überprüfen. Diese Forderung basiert einerseits auf der Notwendigkeit, Gefährdungen für das Grundwasser zu vermeiden, und andererseits darauf, den Zufluß von störendem Fremdwasser zu minimieren. Die Betreiber sollten sich ferner einen detaillierten Überblick über die in ihrem Eigentum stehenden Anlagen verschaffen. Gerade letzteres hatte auch hinsichtlich der Kommunalisierung der Abwasserbeseitigung in Mecklenburg-Vorpommern große Bedeutung, da sehr viele abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften erstmals Anlagevermögen übernahmen. Eine technisch und wirtschaftlich fundierte Strategie zur Schadensbeseitigung ist nur auf der Grundlage einer umfassenden Bestandserfassung möglich. Danach können Schäden erfaßt, bewertet und klassifiziert werden.

Das Ziel der SÜVO M-V ist es nicht, innerhalb von 5 bzw. 7 Jahren das gesamte öffentliche und nichtöffentliche Kanalnetz einer Dichtigkeitsprüfung nach einschlägiger Norm zu unterstellen. Vielmehr stand bei der ursprünglichen Verordnungskonzeption im Vordergrund, daß sich die Betreiber in einem angemessenen Zeitraum einen möglichst umfassenden Überblick über ihre Anlagen und deren Zustand verschaffen.

Dies ist bei einer Novellierung der SÜVO M-V eindeutig klarzustellen. Ferner hat sich beim Vollzug der Selbstüberwachungsverordnung gezeigt, daß die darin enthaltenen konkreten Vorgaben für die unterschiedlichen Anlagengrößen zu präzisieren sind. Eine Überarbeitung der Selbstüberwachungsverordnung ist daher vorgesehen.

7.13 Die Gewässeraufsicht

Gemäß § 90 Abs. 1 LWaG haben die Wasserbehörden im Rahmen der Gewässeraufsicht die Gewässerbenutzungen zu überwachen und sicherzustellen, daß die nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Landeswassergesetz bestehenden und begründeten Verpflichtungen erfüllt werden und vermeidbare Beeinträchtigungen unterbleiben. Diese regelmäßig durchzuführenden Abwasseruntersuchungen dienen der Kontrolle der Einhaltung der Anforderungen des wasserrechtlichen Erlaubnisbescheides, in dem neben den zu untersuchenden Parametern u. a. auch Festlegungen zur Probenahmehäufigkeit enthalten sind.

Um hinsichtlich der Überwachung der Abwassereinleiter einen landeseinheitlichen Vollzug zu gewährleisten, hat die oberste Wasserbehörde mit mehreren Erlassen an die Wasserbehörden, zuletzt am 23.02.1996, entsprechende Vorgaben zur Häufigkeit und zum Umfang der behördlichen Überwachung von kommunalen Kläranlagen gemacht. Der Erlaß beschränkt den behördlichen Untersuchungsumfang auf das erforderliche Mindestmaß. So besteht z. B. die Möglichkeit der Verringerung der Untersuchungshäufigkeit bei kleinen Kläranlagen und bei nachgewiesener Unterschreitung der Schwellenwerte nach dem Abwasserabgabengesetz. Andererseits kann die Wasserbehörde im Einzelfall oder aus besonderem Anlaß häufiger Untersuchungen vornehmen. Bei industriellen und gewerblichen Einleitungen besteht die Vorgabe, deren Überwachung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Da die behördliche Überwachung bereits weitgehend minimiert wurde, sind weitere Reduzierungen in diesem Bereich nicht möglich und wären den Zielen des Gewässerschutzes nicht zuträglich. Künftig soll verstärkt die Selbstüberwachung in die behördliche Überwachung einbezogen werden.

8. Flächendeckender Grundwasserschutz, Wasserschutzgebiete, Trinkwasserversorgung

8.1 Grundsätzliches zum Grundwasserschutz

Grundwasser ist unabhängig von den Interessen der Wasserversorgung ein unverzichtbares Element des Naturhaushaltes. Es ist ein Teil im Wasserkreislauf von Niederschlag, Abfluß und Verdunstung, so daß Grundwasserbelastungen auch die Oberflächengewässer beeinträchtigen können. Es genügt deshalb nicht, Grundwasserschutzmaßnahmen ausschließlich an den Bedürfnissen der Trinkwasserversorgung auszurichten

Vielmehr ist Grundwasserschutz flächendeckend und vorsorgend zu betreiben, um auch künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Das Grundwasser hat auch wichtige ökologische Funktionen. Die Auswirkungen sind häufig ungeklärt.

Grundwasserverunreinigungen sind Langzeitschäden, die, wenn überhaupt, nur in sehr langen Zeiträumen mit erheblichem technischen und finanziellen Aufwand zu beseitigen sind. Sie werden in der Regel spät erkannt, breiten sich mit den natürlichen Grundwasserströmen aus und sind nicht unmittelbar sichtbar.

Das Grundwasser muß deshalb durch Vorsorgemaßnahmen vor schädlichen Stoffeinträgen, deren Auswirkungen häufig schwerwiegender als in Oberflächengewässern sind, geschützt werden. Der im deutschen Wasserrecht verankerte Besorgnisgrundsatz erfordert einen flächendeckenden am Vorsorgeprinzip orientierten Schutz des Grundwassers. Vorsorgeprinzip heißt hierbei, daß Schutzmaßnahmen auch dann zu ergreifen sind, wenn die schädlichen Auswirkungen wissenschaftlich noch nicht vollständig nachgewiesen sind. Bereits entfernte Wahrscheinlichkeiten für eine Beeinträchtigung des Grundwassers genügen für die Begründung der Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen.

Grundwasser ist gegen eine Verunreinigung von der Oberfläche her (z. B. durch Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen und andere zeitliche begrenzte Einwirkungen) im Regelfall relativ geschützt. Als ein Gefährdungspotential des Grundwassers ist die Einwirkung von Produktionsmitteln, die bei einer landwirtschaftlichen Bodennutzung regelmäßig und großflächig aber auch in Haus- und Kleingärten und auf anderen Flächen eingesetzt werden, mit den dabei entstehenden Stoffeinträgen zu beurteilen, die bereits in Teilbereichen zu Beeinträchtigungen des Grundwassers geführt haben. Insbesondere Stickstoff und Pflanzenschutzmittel sowie ihre Abbauprodukte stellen zur Zeit ein Belastungspotential dar. Diese Gefährdung ist flächendeckend gegeben. Eine weitere flächenhafte Gefährdung stellen die atmosphärischen Belastungen dar, die vor allem in kalkarmen Böden zu einer fortschreitenden Grundwasserversauerung und einer Auswaschung unerwünschter Stoffe ins Grundwasser führen.

Neben der flächendeckenden Gefährdung des Grundwassers durch diffuse Verunreinigungen ist auch anderen Gefährdungen, wie z. B. von Verkehrswegen oder Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen, entgegenzuwirken. Altlasten enthalten lokal ein erhebliches Gefährdungspotential für das Grundwasser.

Durch eine entsprechende Anlagenkonzeption ist es hinsichtlich der Lagerung und des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen möglich, ein so hohes Maß an Sicherheit zu erreichen, daß das Gefährdungspotential für das Grundwasser aus diesen Anlagen entscheidend reduziert werden kann.

Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung sind in Trinkwassereinzugsgebieten weitergehende Maßnahmen durch Ausweisung von Wasserschutzgebieten getroffen worden. Hierdurch sollen Restrisiken für das Grundwasser weiter vermindert bzw. durch Verbote bestimmter Handlungen ganz ausgeschlossen werden.

Die mengenmäßige Grundwasserbewirtschaftung muß den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entsprechen, d. h. die Grundwasserneubildung und der Grundwasserbedarf im Naturhaushalt müssen berücksichtigt werden. Eine qualitative Bewirtschaftung des Grundwassers ist nicht zulässig. Wirksame Voraussetzung für einen umfassenden und flächendeckenden Grundwasserschutz ist ein ausreichender Schutz des Bodens.

Die landwirtschaftliche Bodennutzung hat so zu erfolgen, daß der Nährstoffeintrag in das Grundwasser so weit wie möglich minimiert wird und Pflanzenschutzmittel keine schädlichen Auswirkungen auf das Grundwasser haben.

Die Grundsätze der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung besagen, daß die Düngung nach Art und Menge auf die Sicherung des Nährstoffbedarfes der Pflanze unter Beachtung der im Boden verfügbaren Nährstoffe auszurichten ist und die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendig Maß beschränkt wird.

Das bedeutet, daß die Anwendungsbestimmungen bei den Düngungs- und Pflanzenschutzmaßnahmen korrekt eingehalten werden müssen, die Aufwandmengen nicht überschritten werden dürfen und die Ausbringungsgeräte technisch so beschaffen sein müssen, daß eine Ausbringung sachgerecht erfolgen kann.

Technische Anlagen, von denen Gefahren für das Grundwasser ausgehen, d. h. Anlagen in denen wassergefährdende Stoffe hergestellt, verwendet, gelagert oder befördert werden, Abwasserkanäle und Abfallanlagen müssen so gestaltet werden, daß eine Gefährdung des Grundwassers durch ihren Betrieb nicht zu besorgen ist (Besorgnisgrundsatz).

Grundwasserverunreinigungen an punktuellen Quellen sind möglichst zu sanieren. Eine regelmäßige systematische Grundwasserüberwachung ist unverzichtbar. Nur so können Grundwassergefährdungen und vorhandene Grundwasserverunreinigungen rechtzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Deshalb müssen Vermeidungsstrategien, rechtzeitiges Erkennen möglicher Gefahrenquellen und deren Beseitigung das Handeln beim Grundwasserschutz bestimmen.

8.2 Grundwassermeßnetz

Unerläßliche Voraussetzung für die Früherkennung von negativen Entwicklungen der Grundwasserbeschaffenheit und damit für die rechtzeitige Einleitung von Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung einer für die Trinkwasserversorgung erforderlichen Rohwassergüte sowie zur regelmäßigen Überwachung der Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen ist die systematische Erfassung und Überwachung der Grundwasserbeschaffenheit. Auf der Grundlage eines einheitlichen Konzeptes des Umweltbundesamtes für die neuen Bundesländer wurden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt 82 Grundwassermeßstellen, die bereits vor 1989 errichtet wurden, nach einer Funktions- und Dichtigkeitsprüfung für das Grundwasserbeschaffenheitsmeßnetz ausgewählt.

Dieses Basisnetz wird im Endausbau für repräsentative Aussagen zur natürlichen Grundwasserbeschaffenheit der verschiedenen Grundwasserlandschaften, auch unter Berücksichtigung der Grundwasserneubildungsverhältnisse und der flächennutzungsbezogenen Einordnung der Meßstellen, etwa 60 Standorte in den tieferen abgedeckten und ca. 90 Standorte in den oberen unabgedeckten Bereichen umfassen (Verhältnis derzeit: 50 % tiefere und 50 % obere Horizonte).

Entsprechend dem Rahmenkonzept der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) gehören zur Erfassung und Überwachung der Grundwasserbeschaffenheit neben dem Basisnetz zur allgemeinen Erfassung der Beschaffenheitsdaten auch anlagenbezogene Meßnetze und Emittentenmeßstellen.

Es ist vorgesehen, von der Verordnungsermächtigung des § 46 Abs. 2 LWaG Gebrauch zu machen und die Wasserversorgungsunternehmen zur Errichtung von Rohwasser- und Vorfeldmeßstellen zu verpflichten. Eine noch festzulegende Zahl von Meßstellen aus den Bereichen Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sowie Altlasten und Deponien soll das Beschaffenheitsmeßnetz komplettieren.

Eine ausführliche Darstellung der Grundwasserbeschaffenheitssituation erfolgte erstmals mit dem Gewässergütebericht 1993. Nach dem Gewässergütebericht 1994 war die Aussage möglich, daß 65 % der Meßstellen unbelastetes Grundwasser verzeichneten und somit die natürliche Beschaffenheit widerspiegeln.

An 25 % der Meßstellen waren deutlich anthropogen bedingte Erhöhungen der Wasserinhaltsstoffe zu verzeichnen, die überwiegend auf landwirtschaftlichen Einflüssen beruhen.

Mecklenburg-Vorpommern war 1995 mit einem eigenen Nitratbericht an der Darstellung der Gesamtsituation in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Sechs Meßstellen sind derzeit in das EU-Meßnetz Nitrat einbezogen.

Der Bericht der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser zur Belastungssituation des Grundwassers mit Pflanzenschutzmitteln liegt vor.

Grundsätzlich sind die bisher zur Auswertung zur Verfügung stehenden Meßreihen für repräsentative Aussagen zu Trends in der Grundwasserbeschaffenheit noch nicht aussagefähig genug. Deshalb wird der Ausbau des Grundwasserbeschaffenheitsmeßnetzes weitergeführt und zwar verstärkt auf die Beobachtung des oberflächennahen Grundwasserhorizontes ausgerichtet.

8.3 Trinkwasserversorgung, Trinkwasserschutzgebiete

8.3.1 Grundsatz

Das Grundwasser bedarf eines hohen Schutzniveaus, weil zum einen Einträge über extrem lange Zeit darin verbleiben und flächenhaft nicht mehr sanierungsfähig sind, des weiteren Grundwasser im Vergleich zu Oberflächenwasser nur eine geringe biologische Aktivität aufweist, dem Boden nicht die mechanischen Filter- und Rückhaltefunktionen zukommen, die ihm früher zugeschrieben wurden, und zum anderen aus Grundwasser mit einfachen Aufbereitungsschritten oder direkt ein Lebensmittel, nämlich Trinkwasser, erzeugt wird.

8.3.2 Die Entwicklung der Trinkwasserversorgung in Mecklenburg-Vorpommern

Gegenwärtig werden 85 % des Trinkwasserbedarfes des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Grundwasser abgedeckt, die restlichen 15 % entfallen auf das Oberflächenwasser der Warnow für die Stadt Rostock.

Zusätzlich zu den rechtlichen Anforderungen, die allgemein für den Grundwasserschutz gelten, können in Wassergewinnungsgebieten für die Trinkwasserversorgung weitergehende Maßnahmen durch die Festsetzung von Wasserschutzgebieten ergriffen werden. Diese Festsetzung ist lediglich ein Instrument, Restrisiken für das Grundwasser in den Trinkwassergewinnungsgebieten weiter zu vermindern oder durch Verbote bestimmte Handlungen ganz auszuschließen.

Die Übernahme der nach dem Wasserrecht der ehemaligen DDR beschlossenen rd. 1200 Trinkwasserschutzgebiete in das Landesrecht (§ 136 Abs. 1 LWaG) war eine der wichtigsten Entscheidungen für die weitere Sicherung der Rohwasserdarangebote für die Trinkwasserversorgung. Auf dieser Grundlage ist es möglich, schrittweise die notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die geltenden Regelwerke vorzunehmen. Alle DDR-Trinkwasserschutzgebietsausweisungen sollen auf ihre weiterbestehende Notwendigkeit überprüft werden. Soweit ihre Notwendigkeit befürwortet wird, werden sie an das geltende Recht innerhalb der nächsten 12 Jahre angepaßt.

Zwischenzeitlich wurden ca. 130 Wasserschutzgebiete aufgehoben, da die zugehörigen Wasserversorgungsanlagen aus betriebswirtschaftlichen bzw. qualitativen Gründen außer Betrieb genommen bzw. zu Brauchwasseranlagen umfunktioniert wurden.

Zur Sicherung von Planungen für Vorhaben der Wassergewinnung (z. B. Festsetzung von Wasserschutzgebieten, aber auch bei anderen wasserwirtschaftlichen Planungen) enthält das Wasserhaushaltsgesetz mit § 36a Abs. 1 WHG eine Vorschrift, die es ermöglicht, durch Rechtsverordnung für vorgesehene Wassergewinnungsgebiete Veränderungssperren auszusprechen. Diese Vorschrift gibt die Möglichkeit, z. B. bei geplanten Wasserschutzgebieten schon im Planungsstadium sicherzustellen, daß die Durchführung der Vorhaben nicht durch Veränderungen auf den für die Vorhaben benötigten Grundstücksflächen gestört oder vereitelt werden können. In diesem Planungsstadium wird aufgrund der Raumrelevanz auch die Landesplanungsbehörde informiert, um konkurrierende Nutzungsansprüche zu vermeiden.

Im Hinblick auf die erforderlichen Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung in Wasserschutzgebieten werden seit 1996 im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt sowie dem Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz Landwirte beraten, die in Wasserschutzgebieten wirtschaften.

Ziel dieser Beratungen ist es, im Rahmen einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Wasserversorgungsunternehmen die Belange der Wasserwirtschaft und der Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt des Gewässerschutzes und der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung in Einklang zu bringen.

Damit kann auch eine einheitliche Basis für die Ermittlung von wirtschaftlichen Nachteilen der Landwirte und mögliche Ausgleichszahlungen nach § 19 WHG und § 19 LWaG geschaffen werden. Die Beratung wird von der LMS Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern Schleswig-Holstein GmbH mit Sitz in Bad Doberan durchgeführt. Die anteilige Finanzierung der Beratungen durch das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt erfolgt aus dem Wasserentnahmeentgelt, das das Land von den Gewässerbenutzern auf der Grundlage der §§ 16 ff LWaG erhebt.

Obwohl die Trinkwasser - Schutzzonenkommissionen aus dem Wasserrecht der DDR nicht in das Landesrecht übernommen wurden, sind diese Gremien von der überwiegenden Zahl der Landräte bzw. Oberbürgermeister beibehalten worden. Insbesondere bei Entscheidungen nach § 136 Abs. 2 LWaG (Ausnahmeregelungen bei Nutzungsbeschränkungen und Verboten in Trinkwasserschutzgebieten) wurden die zuständigen Wasserbehörden bei der Entscheidungsfindung durch die Kommissionen sehr effektiv beraten.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Arbeit dieser Gremien in zahlreichen Wasserbehörden wird geprüft, ob eine wasserrechtliche Regelung über ihre beratende Funktion bei der Novellierung des LWaG erfolgen soll.

Im Zusammenhang mit Abschnitt 7 des Landeswassergesetzes - Wasserversorgung - ist zu bemerken, daß der 1994 herausgegebene Generalplan Trinkwasserversorgung die Entwicklung bis zur Gegenwart aufzeigt, den erreichten Stand analysiert und zu dem Ergebnis kommt, daß ausreichende Trinkwasservorräte vorhanden sind und es großräumig gesehen keine Versorgungsprobleme gibt, jedoch noch vielfältige Aufgaben zu lösen sind.

Auch die vom Bundesminister der Gesundheit 1990 für die neuen Länder gebildete Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser“ stellt in ihrem Abschlußbericht vom Dezember 1996 fest, daß die Trinkwasserversorgung in den neuen Ländern eine mit den alten Ländern vergleichbare hohe Qualität erreicht hat und damit der Vollzug der Trinkwasserverordnung gewährleistet ist.

Die aus gleichem Anlaß gebildete Landesarbeitsgruppe „Trinkwasser“, die aus Vertretern von drei Landesministerien beziehungsweise deren nachgeordneten Behörden, den Gesundheitsämtern, den Wasserversorgungsunternehmen und den Landesgruppen Nordost des Bundesverbandes des deutschen Gas- und Wasserfaches e.V. (BGW) sowie des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) besteht, unterstützte durch eine Prioritätensetzung den erforderlichen Nachholbedarf bei der Sanierung der Trinkwasserversorgung wesentlich. Dabei ging es um die Einordnung von notwendigen Sanierungsmaßnahmen nach der Dringlichkeit infolge von gesundheitsrelevanten Grenzwertüberschreitungen wie z. B. bei Pflanzenschutzmitteln, Nitraten und anderen Parametern.

Möglich war dieses in Mecklenburg-Vorpommern u.a. durch die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen, für die Bund und Land im Zeitraum 1991 - 1996 rund 132 Mio. DM Fördermittel aus verschiedenen Förderprogrammen zur Verfügung stellten.

Bei einem durchschnittlichen Fördersatz von 50 % wurden insgesamt Investitionen in Höhe von 260 Mio. DM ausgelöst. Erreicht wurde damit u.a. eine Erhöhung des Anschlußgrades der Einwohner an die öffentliche Wasserversorgung von 94,6 % auf 98,5 % sowie eine Verbesserung der Versorgungssicherheit und Trinkwasserqualität für rd. 145.000 Einwohner überwiegend im ländlichen Bereich.

8.3.3 Wassersparen

Der sparsame Umgang mit Wasser ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen notwendig und deshalb auch in § 44 LWaG verankert.

Die Möglichkeiten des sparsamen Umganges mit Wasser sind für alle Bereiche aufgezeigt.

Der weiterhin anhaltende Rückgang im Wasserverbrauch belegt, daß die Kunden aus Kosten- und Umweltschutzgründen sparsam mit Wasser umgehen. Doch Wassersparen bringt auch Probleme.

Der seit 1990 anhaltende starke Rückgang im Wasserverbrauch, der nicht nur durch Sparmaßnahmen entstanden ist, sondern insbesondere auch durch die Stilllegung bzw. den Rückgang der Produktion in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sowie durch den Abzug der GUS - Streitkräfte bedingt ist, bringt sowohl technische als auch qualitative Probleme in der Trinkwasserversorgung sowie in der Abwasserentsorgung mit sich und wirkt sich somit auf Gebühren und Preise aus.

Durch lange Verweilzeiten des Trinkwassers im Netz verschlechtert sich die Qualität.

Rohrnetzspülungen oder Veränderungen am Leitungsnetz, aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Haltbarkeit des Trinkwassers, d. h. Chlorung mit allen bekannten Nachteilen und Gefahren, sind erforderlich, um eine gute Trinkwasserqualität beim Endverbraucher zu gewährleisten.

Trotz der verminderten Wasserabnahme durch die Verbraucher sind die ökologischen Auswirkungen nicht in jedem Falle positiv, denn die zusätzlichen Spülwassermengen in den Wasserversorgungsnetzen und vielfach auch in den Abwasserkanälen verringern nur bedingt die Wasserentnahme, die ja mit dem Wassersparen angestrebt wird.

Trotz geringerem Abwasseranfall bleiben die Fracht und damit der Behandlungsaufwand gleich.

Es muß ein ökologisches Optimum gefunden werden, das eine Minimierung des Eingriffes in den Naturhaushalt, des Energieverbrauches und des Stoffumsatzes gewährleistet.

Große Auswirkungen hat der rückläufige Wasserverbrauch auf Preise und Gebühren. Bei geringerem Wasserverbrauch werden nur die variablen Kosten niedriger, die fixen Kosten aber bleiben gleich. Wenn die entstehenden Kosten nicht mehr gedeckt sind, ist eine Preis- und Gebührenerhebung unumgänglich.

Aufgrund des anhaltenden Rückganges des Wasserverbrauchs und der bereits in § 3 Abs. 2 Ziffer 4 LWaG enthaltenen Regelung, daß Wasser so sparsam zu verwenden ist, wie dieses bei Anwendung der hierfür in Betracht kommenden Einrichtungen, Anlagen und Verfahren möglich ist, kann auf § 44 LWaG im Rahmen der Deregulierung verzichtet werden.

8.3.4 Fernwasserversorgung

Zu § 45 LWaG - Fernwasserversorgung - liegen bisher keine Erfahrungen vor. Die Regelung sollte aber im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Trinkwasserversorgung in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben, da Überleitungen von Überschußgebieten in Mangelgebiete denkbar sind und nach wie vor eine Nutzung von Oberflächenwasser für die Hansestadt Rostock aufgrund der vielfältigen Gefährdungspotentiale bedenklich ist.

Der Rückgang des Trinkwasserverbrauchs in Rostock (1989: ca. 105.000 m³/d; 1997: < 40.000 m³/d) läßt jedoch Zweifel aufkommen, ob die Fernwasserversorgung aus dem Bereich der Oberseen wirtschaftlich noch vertretbar ist.

Der Bau, die wesentliche Änderung und Stilllegung von Wasserversorgungsanlagen bedarf gem. § 38 LWaG einer wasserbehördlichen Genehmigung. In Anbetracht der als dringend notwendig erkannten Deregulierung auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns wurde auch die Notwendigkeit dieses Genehmigungsvorbehaltes diskutiert. Aus den Erfahrungen der StÄUN im Umgang mit § 38 LWaG - Genehmigung - wird deutlich, daß diese Vorschrift sich auch bei der Anwendung auf den Bau, die wesentliche Änderung und Stilllegung von Wasserversorgungsanlagen bewährt hat.

Deshalb wird eine Herauslösung der Wasserversorgungsanlagen aus dem § 38 LWaG bei der Novellierung des LWaG sehr sorgfältig zu prüfen sein. Mehr als bei Abwasseranlagen sind es gesundheitliche Belange, die bei wasserwirtschaftlich - technischer Betrachtung in besonderer Weise relevant sind und maßgeblich Planung, Bau und Kosten derartiger Anlagen beeinflussen müssen.

8.4 Wasserentnahmeentgelt

Ebenso wie die Abwasserabgabe dient das Wasserentnahmeentgelt (§§ 16 - 18 LWaG) als ökonomischer Hebel zur Erreichung ökologischer Ziele. Während die Abwasserabgabe die Eigeninitiative der privaten und öffentlichen Abwasserproduzenten zur Vermeidung oder Verminderung ihrer Schadstoffeinleitungen fördern und auf diese Weise mit ökonomischen Mitteln das Verursacherprinzip im Gewässerschutz stärker als bisher durchsetzen will, zielt das Wasserentnahmeentgelt auf die sparsame Verwendung von Wasser, auf die notwendige Beschränkung der Gewinnung und seines Verbrauchs ab. Die Erhebung vom Wasserentnahmeentgelt fällt nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 07. November 1995 (BVerfGE 93, 319 ff.), ergangen zur Rechtslage in den Ländern Hessen und Baden - Württemberg, nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes in die Zuständigkeit der Länder. Auf den schonenden Umgang mit der knappen und lebensnotwendigen Ressource Wasser durch Erhebung von Nutzungsentgelten einzuwirken sei zulässig, sofern, so das Gericht, solche Abgaben nicht gegen die Begrenzungs- und Schutzfunktion der bundesstaatlichen Finanzverfassung verstoßen. Von daher darf das Land Mecklenburg-Vorpommern zu Recht gemäß den §§ 16 ff LWaG ein Wasserentnahmeentgelt erheben.

Mit Datum vom 23.05.1995 entschied das Verwaltungsgericht Schwerin, das Wasserentnahmeentgelt könne erst erhoben werden, wenn von der Verordnungsermächtigung des § 16 Abs. 4 LWaG Gebrauch gemacht werde. § 16 Abs. 3 LWaG stelle für sich allein noch keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage dar. Zwar setze § 16 Abs. 3 Satz 2 LWaG den Regelsatz für das Wasserentnahmeentgelt auf 0,035 DM/m³ fest, dieser Regelsatz stelle aber keine Ermächtigungsgrundlage für den Erlaß eines Entgeltbescheides dar, vielmehr konkretisiere diese Regelung lediglich die Verordnungsermächtigung in § 16 Abs. 4 LWaG und diene dazu, die Höhe des Entgeltes einzuschränken. Da aber von der Verordnungsermächtigung bisher noch kein Gebrauch gemacht worden sei, fehle es für die Erhebung eines Wasserentnahmeentgeltes an einer Ermächtigungsgrundlage.

Obwohl das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Schwerin nicht teilte, wurde die Verordnung über das Entgelt für Wasserentnahmen (Wasserentnahmeentgeltverordnung - WaEntgVO M-V) vom 13. Dezember 1996 im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium sowie dem Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz rückwirkend zum 1. Januar 1993 erlassen. Sie enthält differenzierte Abgabesätze für unterschiedliche Gewässerbenutzungen und erlaubt es, den seinerzeit vor dem Verwaltungsgericht Schwerin obsiegenden Kläger neu zu veranlassen, wie auch die in diesem Bereich gegen Festsetzungsbescheide erhobenen 75 Widersprüche in ihrer Mehrzahl zurückzuweisen. Im Rahmen der Novellierung des Landeswassergesetzes sollen auch die Regelungen der §§ 16 - 18 LWaG überprüft werden. In Folge dessen wird auch die Wasserentnahmeentgeltverordnung in Hinblick auf die Entgeltgestaltung sowie anderer Bemessungskriterien zu überprüfen sein.

Für Wasserentnahmen in der Zeit vor dem Inkrafttreten des Landeswassergesetzes ist nach den einschlägigen Vorschriften des DDR-Wassergesetzes (§§ 20 DDR-WG, 4 Abs. 1 der 2. DVO/DDR-WG) ein Wassernutzungsentgelt erhoben worden. Das Obergerverwaltungsgericht Greifswald hat mit Urteil vom 13.6.1997 (6 L 90/95) entschieden, daß es für die Erhebung eines Wassernutzungsentgelts für die Zeit nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3.10.1990 an einer Rechtsgrundlage gefehlt habe, weil die in Rede stehenden Vorschriften des DDR-Wassergesetzes und die dazu erlassenen Durchführungs- und sonstigen Folgebestimmungen nicht wirksam nach Artikel 9 Abs. 1 des Einigungsvertrages übergeleitet worden seien. Die Liste der Wassernutzungsentgelte, die die konkrete Höhe der Abgabe festlegte, sei nämlich nicht in einer dem Rechtsstaatsprinzip genügenden Weise veröffentlicht worden. Ihre Heranziehung als Teil der Rechtsgrundlage der Festsetzungsbescheide sei deshalb grundgesetzwidrig. Darüber hinaus gehörten u.a. „private Gewerbetreibende“, mithin nach dem Verständnis des Gerichts auch juristische Personen oder Personenmehrheiten des Privatrechts, nach der erwähnten Liste nicht zum Kreis der Entgeltspflichtigen, so daß nicht nur das klagende Unternehmen im entscheidenden Fall, sondern die nach dem 3.10.1990 überwiegend in privater Rechtsform geführten Wasserversorgungsunternehmen nicht entgeltspflichtig wären. Bereits unter Berufung auf das erstinstanzlich vom Verwaltungsgericht Schwerin mit dem gleichen Tenor ergangene Urteil vom 23.3.1995 (4 A 1266/94) hatten einige Wasserentnehmer, die zuvor nach dem DDR-Wasserrecht bestandskräftig zum Wassernutzungsentgelt veranlagt worden waren, die Rücknahme der Festsetzungsbescheide bzw. das Wiederaufgreifen des Verwaltungsverfahrens beantragt. Gegen die die Anträge zurückweisenden Bescheide der unteren Wasserbehörden ist in einem Fall nach erfolglosem Vorverfahren Klage erhoben worden. Sollte am Ende das Land rechtskräftig zur Rückzahlung der vereinnahmten Entgelte verurteilt werden, wäre dies besonders schmerzlich, weil die zugeflossenen Gelder bereits zweckgerichtet eingesetzt worden sind.

8.5 Gewinnung von Bodenschätzen und Grundwasserschutz

Die Sand- und Kiesgewinnung ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in unserem Lande und wirtschaftliches Rückgrad einer funktionsfähigen Bauindustrie. Doch neben zahlreichen anderen Nutzungsansprüchen ist gerade die Sand- und Kiesgewinnung aus wasserwirtschaftlicher Sicht nicht unproblematisch. Hier muß dem Schutz des Grundwassers schon aufgrund der nicht ersetzbaren Rolle bei der Trinkwasserversorgung gegenüber konkurrierenden Interessen höchste Priorität eingeräumt werden.

Aus diesem Grund sind gesetzliche Regelungen getroffen worden, damit die wasserwirtschaftlichen Belange bei Entscheidungen der Bergbehörde beim Sand- und Kiesabbau berücksichtigt werden. So sind Entscheidungen der Bergbehörden gemäß § 14 Abs. 2 und 3 WHG und § 33 Abs. 4 LWaG und § 109 LWaG im Einvernehmen mit den zuständigen Wasserbehörden zu treffen.

Zahlreiche Beispiele belegen allerdings die Notwendigkeit ergänzender Regelungen bei der Novellierung des LWaG. Ein Landesabgrabungsgesetz ist bisher nicht in Kraft getreten.

Regelungsbedarf hat sich durch die Festlegung des § 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen vom 15. April 1996 (BGBl. I S. 602) ergeben, wonach die in Anlage I Kapitel V Sachgebiet D Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a des Einigungsvertrages aufgeführten Maßgaben nicht mehr anzuwenden sind.

Bis dahin galt:

Mineralische Rohstoffe im Sinne des § 3 des Berggesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Mai 1969 (Gbl. I Nr. 5 S. 29) und der zu dessen Durchführung erlassenen Vorschriften sind bergfreie Bodenschätze im Sinne des § 3 Abs. 3 Bundesberggesetz (BBergG). Geologische Formationen und Gesteine der Erdkruste, die sich zur unterirdischen behälterlosen Speicherung eignen, gelten als bergfreie Bodenschätze im Sinne des § 3 Abs. 3 BBergG. Die anderen mineralischen Rohstoffe im Sinne des § 2 des Berggesetzes der Deutschen Demokratischen Republik sind grundeigene Bodenschätze im Sinne des § 3 Abs. 4 BBergG.

Jedoch bleiben bestehende Bergbauberechtigungen auf bisher nur im Beitrittsgebiet bergfreie Bodenschätze unberührt. Deshalb werden Abgrabungen von Bodenschätzen, die als sogenannte Grundeigentümerbodenschätze bisher vom Geltungsbereich des Bundesberggesetzes (BBergG) erfaßt wurden, von diesem jetzt ausgenommen. Das führt dazu, daß Betriebe, die diese oberflächennahen Bodenschätze gewinnen, keiner einheitlichen Genehmigung und Aufsicht mehr unterliegen, da die Bodenschätze zwar früher als grundeigen im Sinne von § 3 Abs. 4 BBergG galten, nun aber mangels der erforderlichen Eignung nicht mehr vom Geltungsbereich des Bundesberggesetzes erfaßt werden.

Die Fachgesetze enthalten zwar jeweils eigene Genehmigungs- oder Anzeigerfordernisse für derartige Vorhaben, aber die derzeit zur Verfügung stehenden gesetzlichen Instrumentarien (z. B. Baugenehmigung oder Anzeige nach § 33 LWaG) sind nicht ausreichend, um einen kontrollierten Abbau von Bodenschätzen im Hinblick auf den Umweltschutz, insbesondere den Grundwasserschutz zu gewährleisten.

In Anbetracht der Tatsache, daß es sich um den Abbau von Kies, Sanden, Mergel, Lehm, Kalkstein, Torf und Mudde sowie sonstiger mineralischer Vorkommen und Ablagerungen handelt, die nicht vom Regelungsbereich des Bundesberggesetzes erfaßt werden, muß von einer beträchtlichen Anzahl von Vorhaben ausgegangen werden, die geeignet sind, Menge und Qualität des Grundwassers zu beeinträchtigen. Da die derzeitige Rechtslage den umfassenden Grundwasserschutz nicht gewährleistet, ist eine Novellierung der Grundwasserschutzvorschriften geboten.

Dabei wird insbesondere die Aufnahme eines wasserrechtlichen Genehmigungstatbestandes für Arbeiten, bei denen so tief in den Boden eingedrungen wird, daß unmittelbar oder mittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt werden kann, ebenso zu prüfen sein wie die Normierung von speziellen Maßnahmen, die zum Schutz des Grundwassers erforderlich sind.

Grundsätzlich muß der Trinkwassergewinnung der Vorrang gegenüber dem Abbau von Sand und Kies eingeräumt werden, wenn die verschiedenen Interessen nicht in Einklang zu bringen sind.

9. Wassergefährdende Stoffe

Durch die konsequente Umsetzung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung-VAwS) hat sich die Vorsorge für das Grundwasser vor Verschmutzungen aus Punktquellen deutlich verbessert. Es wurden mehr als 90 % aller Anlagen durch die unteren Wasserbehörden erfaßt, das sind rund 40.000 Einzelanlagen. Von diesen Anlagen wurden 89 % nach 1991 errichtet.

Dabei stellen Tankstellen und insbesondere private Ölheizungsanlagen die häufigsten Anlagenformen dar.

Die Umrüstfristen für alte Anlagen sind am 30.06.1997 ausgelaufen. Nur in begründeten Einzelfällen werden für eine kurze Übergangszeit noch Anlagen nach altem Standard betrieben.

Bei der Aufgabe von Anlagenstandorten durch den Betreiber rückte die Altlastenproblematik in den Vordergrund. Die Standorte von stillgelegten Anlagen waren in der Regel kontaminiert und müssen mit hohem Aufwand saniert werden.

Beispielhaft sind da Standorte wie der Flugplatz Lärz, das Holzimprägnierwerk Graal-Müritz oder die Teerfabrik Rostock zu nennen.

Genehmigungen zum Betrieb von Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden von wassergefährdenden Stoffen, wie Beizereien, Galvaniken oder Betrieben der chemischen Industrie, wurden nur vereinzelt erteilt. Bei diesen komplexen Anlagen sorgen neben dem Wasserrecht vor allem das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Landesbauordnung und das Gerätesicherheitsgesetz für einen sicheren und umweltfreundlichen Betrieb.

Die Überwachung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfolgt durch Sachverständigen-Organisationen, die nach der Zulassung durch die oberste Wasserbehörde eines Bundeslandes bundesweit tätig werden können. Durch das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt wurden bisher zwei Organisationen zugelassen, der TÜV Nord e. V. und die Technische Organisation von Sachverständigen e. V. - TOS. Neben Vertretern dieser beiden Sachverständigen-Organisationen sind auch Sachverständige der DEKRA in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte sind gemäß § 108 Nr. 2b) LWaG als zuständige Behörde verpflichtet, die nach § 23 VAwS prüfpflichtigen Anlagen auf Einhaltung der Prüfpflicht zu überwachen und gegebenenfalls tätig zu werden. Zur effizienten Umsetzung dieser Aufgaben wurden diese unteren Wasserbehörden einheitlich mit geeigneter Hard- und Software ausgestattet.

Ein Sonderbereich, der auch durch die VAwS erfaßt wird, ist die Lagerung von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften (JGS-Anlagen). Durch die Aufnahme dieses Sonderbereichs wird mit der VAwS ein Teil der EU-Nitratrichtlinie umgesetzt.

In landwirtschaftlichen Betrieben konnten vorhandene Lagerbehälter für Jauche, Gülle oder Silagesickersäften noch nicht durchgängig den neuen Anforderungen angepaßt werden. Insbesondere reicht die Lagerkapazität nicht immer aus, um die Zeit zu überbrücken, in der das Ausbringen von Jauche und Gülle untersagt ist.

In den letzten vier Jahren wurden in den Neubau bzw. in die Modernisierung von JGS-Anlagen rund 10 Millionen DM investiert, ein Zeichen für die ständige Verbesserung des Anlagenstandards.

Hierfür wurden von seiten des Ministeriums für Landwirtschaft und Naturschutz Fördermittel in Höhe von 2,4 Mio. DM zielgerichtet in den Jahren 1995 bis 1997 ausgereicht. Darüber hinaus ist generell die Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Tierhaltungsanlagen an die Voraussetzung gebunden, daß nach Beendigung der Investition Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger (insbesondere Gülle) für einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten vorhanden sind, wobei die Errichtung der Lagerkapazitäten selbst in das förderfähige Investitionsvolumen einbezogen wird.

Trotz stetiger Verbesserung der Bedingungen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen findet die Unfallprävention besondere Beachtung.

Bei den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte wie auch bei den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur für den Bereich der Ostsee als zuständige untere Wasserbehörden wurden für die schnelle Einleitung von Bekämpfungsmaßnahmen ständige Rufbereitschaftsdienste eingerichtet. In Warn- und Alarmplänen sind die erforderlichen Regelungen für die Unfallbekämpfung dargestellt.

Bei Unfallübungen in den Landkreisen und den kreisfreien Städten konnte der hohe Stand in der Ausbildung von zuständigen Behörden wie auch das Funktionieren der Meldewege nachgewiesen werden.

Für den Bereich der Ostsee innerhalb der 12 Seemeilen - Zone sind die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur für Vorsorgemaßnahmen und für Anordnungen zur Verhinderung bzw. der Begrenzung von Meeresverschmutzungen zuständig.

Erforderliche Anordnungen sind in der Regel durch Fehlbedienungen der Schiffstechnik oder durch das unzulässige Ablassen von Ölrückständen oder von Tankreinigungswasser aus Schiffen in die See begründet.

Durch das antreibende Öl können die Strände erheblich verunreinigt und sowohl Flora als auch Fauna im Küstenbereich geschädigt werden.

Durch die Luftüberwachung des Bundes wird durchschnittlich jede Woche eine Ölverschmutzung in der Ostsee entdeckt. Nur in 10 % der Fälle konnten die Verursacher ermittelt werden.

Mit der Verbesserung der Aufklärungstechnik sowie einer Erhöhung der Flugstunden sollen hier in den nächsten Jahren höhere Aufklärungsquoten erreicht werden.

Die Gefahren aus der Schifffahrt, insbesondere Folgen von Kollisionen oder Festlaufen von Tankern sind trotz verbesserter Navigationsmöglichkeiten, Lotsenpflicht oder moderner Bauweise der Schiffe nicht auszuschließen und erfordern deshalb umfangreiche Vorsorgemaßnahmen.

Die Verkehrsrouten aus dem Nord-Ostseekanal bzw. dem Großen Belt in die Baltischen Länder verlaufen teilweise in einer Entfernung von nur 15 km entlang der Mecklenburg-Vorpommerschen Küste. Jährlich werden hier ca. 50 Mio. t Ölprodukte mit Tankern, die eine Größe bis zu 200 000 t Bruttoregisterzahlen erreichen, transportiert. (Zum Vergleich: In Rostock werden lediglich 1,8 Mio. t pro Jahr Ölprodukte umgeschlagen.)

Die Schifffahrtswege werden von immer größeren und schnelleren Fähren gekreuzt, was zu einer Erhöhung der Kollisionsgefahr in den letzten Jahren führte.

Die erforderlichen Maßnahmen gegen diese Gefährdungen kann ein Bundesland nicht allein realisieren. Deshalb wurde für den Schutz der Küstengewässer zwischen dem Bund und allen Küstenländern eine Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Mai 1995 unterzeichnet. Dieses Übereinkommen ist die Grundlage für die Beschaffung von Ölwehrgeschützen und Schiffen sowie bei der gemeinsamen Bekämpfung von größeren Havarien. In den Häfen Rostock und Stralsund wurden Unfallbekämpfungsstandorte eingerichtet, in denen die Mehrzahl der einzusetzenden Technik stationiert ist.

Zu der Bekämpfungstechnik gehören unter anderem zwei Landungsboote als Transportsysteme für flache und unzugängliche Küstenbereiche, 2 Tankschiffe mit Ölsperren und Ölaufnahmesystemen, 4 Ersteinsatzcontainer, 1.200 m aufblasbare Ölsperren, 2 Häggluns-Geländetransportfahrzeuge, Dickstoffpumpen, Hochdruckreiniger und weiteres diverses Gerät.

Daneben wurden 15 freiwillige Feuerwehren in einem Abstand von 20 bis 30 km entlang der Ostseeküste sowie 8 Wehren an Binnengewässern zur Bekämpfung von kleineren Unfällen ausgerüstet. Insgesamt wurden durch dieses Programm 18 Ölwehrgeschützenanhänger, 15 Arbeitsboote, 4 Ölsperrenanhänger und 2 Ölsperrencontainer bereitgestellt.

Für die Ölunfallvorsorge wurden in den letzten Jahren jährlich ca. 3 Mio. DM bereitgestellt.

10. Wasserwirtschaftliche Planung

Der Generalplan Trinkwasserversorgung ist nach wie vor die flächendeckende Zielplanung bis zum Jahre 2005 und stellt die Leitlinie für die Einzelplanung der Wasserversorgung dar.

Die Zielvorstellungen hinsichtlich der Reduzierung des Bestandes an verschlissenen Anlagen (seit 1990: 440 Wasserwerke) und die Sicherung der Versorgung aus leistungsfähigen Werken mit stabilen und qualitativ einwandfreien Dargeboten wurden planmäßig umgesetzt und werden weiter fortgeführt.

Eine Überarbeitung bzw. Laufendhaltung des Generalplanes ist eingeleitet und ist insbesondere im Hinblick auf den weiteren Rückgang des Trinkwasserverbrauchs notwendig.

Überarbeitetes Zahlenmaterial wird zum Ende des Jahres 1998 vorliegen.

Bereits im Bericht der Landesregierung über den Vollzug des Landeswassergesetzes vom September 1994 wurde darauf hingewiesen, daß der Generalplan Abwasserbeseitigung M-V in Bearbeitung ist. Aufgrund der umfangreichen Datenerhebung und des aus Kostengründen bedingten Verzichts auf externe Büros kam es zu Zeitverzögerungen bei der Bearbeitung. Bedingt durch die Verwaltungsreform und die schnell fortschreitende Entwicklung der technischen Planungen wurde der Planentwurf bei Fertigstellung bereits wieder überarbeitungsbedürftig, weshalb zunächst auf eine Veröffentlichung verzichtet wurde. Mit der Vorlage der Abwasserbeseitigungskonzepte der entsorgungspflichtigen Körperschaften steht nunmehr eine wesentlich größere und gesichertere Datendichte zur Bearbeitung des Generalplanes Abwasserbeseitigung zur Verfügung. Zur Zeit prüfen die Fachbehörden die Konzepte und stellen deren Ergebnisse sowie die aus speziellen Vorplanungsarbeiten gewonnenen Erkenntnisse für einen weiteren Entwurf des Generalplans zusammen.

Dieser wird neben der Darstellung des Sachstandes auf der Grundlage der Ausgangssituation und der Entwicklung in den vergangenen Jahren die wesentlichen Vorgaben für die noch zu realisierenden Aufgaben, also die abwassertechnischen Zielstellungen aus gegenwärtiger Sicht, enthalten. Die Erarbeitung des Generalplanes soll bis zum Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Die Veröffentlichung ist im nächsten Jahr vorgesehen.

11. Meeresumweltschutz

Mit der Ausweitung des Hoheitsgebietes auf die 12 Seemeilen-Zone sowie der Übertragung des Geltungsbereiches der HELCOM (1992) von der hohen See auch auf die äußeren und inneren Küstengewässer ergibt sich ein höherer Beteiligungsbedarf des Landes Mecklenburg-Vorpommern an internationalen und nationalen Aufgaben und Gremien der Gewässergüteüberwachung und seiner Administration. Als Beispiele seien hier die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr/Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt bezüglich der Arbeiten im Rahmen von HELCOM/ Environment Committee (EC-Monitoring) und Technical Committee (TC-Pollution Load) genannt. Die Umsetzung der HELCOM-Empfehlungen wird in Zukunft eine Ausweitung des Küstengewässermonitorings (HELCOM/EC-MON/COMBINE-Coastal Monitoring Programme) erforderlich machen. Der Bund und die Küstenländer werden ihre Anstrengungen im Rahmen des neuen Bund-Länder-Meßprogramms (BLMP) koordinieren. Weitere wichtige Problembereiche des Meeresumweltschutzes sind der maritime Kiesabbau sowie die Verklappung von Baggergut, die im Rahmen einer Richtlinie nach Fertigstellung einer Empfehlung des Bund-Länder-Arbeitskreises Baggergut/Küste (BLABAK) geregelt werden soll.

Es ist zu prüfen, ob der Kiesabbau als eigener Genehmigungstatbestand im Landeswassergesetz geregelt werden sollte. Diese Art des Abbaus kann zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Wasserkörpers sowie des Meeresbodens mit seinen Organismen führen (z. B. Trübungsfahnen). Oftmals werden großräumige Unterwasserwüsten hinterlassen. Derartige Einflüsse sollten minimiert werden. Auch muß die bisherige Zusammenarbeit mit dem Bergamt verbessert werden, die jeweiligen Beteiligungsrechte der Behörden in den einzelnen Verfahren sind zu wahren.

Des weiteren ist ein Erlaß zur Fischmast in Netzkäfigen in den Küstengewässern in Vorbereitung.

IV. Novellierung des Landeswassergesetzes - Zusammenfassung und Ausblick

Das Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das nunmehr seit fünf Jahren in Kraft ist, hat sich im Vollzug grundsätzlich bewährt. Dieses belegt auch der Anteil der auf die wasserrechtlichen Entscheidungen entfallenden Widerspruchsverfahren, der sich im Berichtszeitraum auf weniger als 3 % belief.

Hervorzuheben ist, daß im Zusammenhang mit der erforderlichen Umsetzung von EG-Richtlinien durch den Landesgesetzgeber die Ermächtigungsgrundlage in § 2 LWaG aktuelle Bedeutung erlangt hat. Während in einigen Alt - Bundesländern die Ermächtigungsgrundlage in den Landeswassergesetzen fehlte, konnte in Mecklenburg-Vorpommern auf den Umsetzungsbedarf schnell reagiert werden. So wurde die EG-Richtlinie 75/440 EWG durch die Verordnung über die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern zum Zwecke der Trinkwasserversorgung vom 24. April 1997 (GVOBl. S. 195) bereits umgesetzt. Die Umsetzung der EG-Richtlinien 75/659/EWG zur Qualität von Süßwasser, das schutz- oder besserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten und 79/923/EWG zu Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer sowie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser ist erfolgt, so daß Mecklenburg-Vorpommern die bezeichneten Richtlinien in einer den Anforderungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes entsprechenden Weise umgesetzt hat.

Gleichwohl besteht Novellierungsbedarf im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgten Änderungen in der bundesgesetzlichen Rahmenregelung, dem Wasserhaushaltsgesetz und den dazu getroffenen Ausführungsbestimmungen sowie im Hinblick auf die Deregulierungsvorgaben der Landesregierung. Die Empfehlungen der Deregulierungskommission zum Landeswassergesetz, die dem Landtag mit dem Tätigkeitsbericht zu den Verhandlungen und Ergebnissen der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern (Unterrichtung vom 25. Mai 1996 LT-Drs. 2/1611, S. 49) mitgeteilt wurden, werden bei der anstehenden Novellierung als Eckpunkte berücksichtigt.

Vorrangige Aufgabe und Zielstellung der Novellierung des Landeswassergesetzes wird daher die landesrechtliche Umsetzung von Bundesrecht unter weitestgehender Ausschöpfung des bundesrechtlichen Rahmens in Verbindung mit einer vertretbaren, anwenderfreundlichen Verschlankung des Gesetzes sein. Im einzelnen wird eine Verbesserung der Lesbarkeit und der Verständlichkeit des Gesetzestextes sowie eine Neugliederung der Vorschriften einschließlich neuer Formulierungen sich überlagernder Paragraphen angestrebt. Den gewonnenen Vollzugserfahrungen soll durch die Aufnahme von Definitionen und Änderungen von Zulassungsvorschriften Rechnung getragen werden.

Zur Umsetzung der 6. Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes werden die folgenden Überprüfungen notwendig sein:

- die Festschreibung der neuen Mindestanforderungen nach §§ 7a Abs. 1 und 2, 18 WHG für wasserwirtschaftliche Anlagen,
- die Umsetzung des § 18 a Abs. 1 Satz 2 WHG (Beseitigung von häuslichem Abwasser durch dezentrale Anlagen im Rahmen von Abwasserbeseitigungskonzepten der Beseitigungspflichtigen), um eine praxisgerechte Durchführung der Abwasserbeseitigung, die mit den Belangen des Gewässerschutzes vereinbar ist, zu erreichen,
- die Überarbeitung der auf der Grundlage des § 7a Abs. 4 WHG i. V. m. § 42 LWaG erlassenen Indirekteinleiterverordnung im Hinblick auf die geänderten Rahmenbedingungen in § 7a WHG und die neue Abwasserverordnung des Bundes nach § 7a Abs. 3 WHG,
- die Anpassung des § 38 LWaG an den geänderten § 18c WHG (Zulassung von Abwasserbehandlungsanlagen),
- die Neuregelung des § 2 LWaG im Hinblick auf die Ausführung und landesrechtliche Ergänzung der durch Rechtsverordnungen des Bundes umgesetzten supra- und internationalen Anforderungen (§§ 6a und 7a WHG),
- die Überarbeitung der Vorschriften über die Gewässerunterhaltung aufgrund der neuen Akzentuierung in § 1a Abs. 1 Satz 1 WHG (Förderung der Eigendynamik der Gewässer),
- die Anpassung der Verfahrensregelungen beim Ausbau an die §§ 31 und 9a WHG i. V. m. dem UVPG,
- die Umsetzung der in § 31 Abs. 1 WHG enthaltenen Renaturierungsverpflichtung für die Träger der öffentlichen Ausbaulast,
- die Anpassung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) M-V an die Regelungen zu § 19g WHG,
- die Umsetzung von § 32 Abs. 1 WHG durch landesrechtliche Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren sowie die Änderung der Verfahrensvorschriften über Ausgleichszahlungen.

Weitere Überlegungen werden sein:

- die Streichung des § 44 LWaG,
- die Einführung eines wasserrechtlichen Genehmigungstatbestandes für Kiesgewinnung,
- die Neufassung des Abschnittes Küstenschutz im LWaG,
- die Überarbeitung der Vorschriften über die Gewässerunterhaltung.

§ 1a WHG in der Fassung der 6. Novelle des WHG konkretisiert die Staatszielbestimmung Umweltschutz, die in Art. 20a GG enthalten ist und räumt in Absatz 1 ausdrücklich dem Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes einen besonderen Stellenwert ein. Neben dem Bewirtschaftungsaspekt ist der Schutz des Wasserhaushaltes als Naturbestandteil sowie das Vorsorgeprinzip als Leitgedanke der Gewässerbewirtschaftung damit gesetzlich aktualisiert worden. Insoweit gilt die umweltpolitische Zieltrias auch für den Wasserhaushalt als Bestandteil des Naturhaushaltes, und zwar :

1. dem Menschen eine Umwelt zu sichern, wie er sie für seine Gesundheit und für ein menschenwürdiges Dasein braucht (anthropozentrischer Ansatz),
2. Boden, Luft und Wasser, Pflanzen und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe zu schützen und
3. Schäden oder Nachteile aus menschlichen Eingriffen zu beseitigen.

Bedingt durch die 1994 in Kraft getretene Landesverfassung wird das Landeswassergesetz auch auf seine Verfassungskonformität hin zu überprüfen sein.

Zentrale Norm für den Umweltschutz in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist der Artikel 12. In Absatz 1 dieser Regelung ist die Staatszielbestimmung enthalten, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu schützen, während Absatz 2 im einzelnen zu erreichende Ziele benennt. Adressat ist nach dem Wortlaut der ersten beiden Absätze der Staat in Form des Landes, der Gemeinden und der Kreise sowie die anderen Träger der öffentlichen Verwaltung. Die staatliche Macht wird in all ihren Erscheinungsformen auf das Umweltschutzziel verpflichtet. Es sind insbesondere alle drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) daran gebunden.

Nach Art. 12 Abs. 3 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern ist jeder gehalten, einen Beitrag zur Verwirklichung der in den Absätzen 1 und 2 im einzelnen aufgezeigten Ziele des Schutzes und der Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten. Zwar wird neben den durch die Absätze 1 und 2 in die Pflicht Genommenen hier jeder einzelne zur Erfüllung der Verwirklichung des Umweltschutzes verpflichtet. Allerdings vermeidet die Verfassung den Begriff der Verpflichtung und bringt dafür den Begriff des Gehaltenseins in Anwendung. Somit beinhaltet Artikel 12 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine (abgemilderte) Verpflichtung auch des Bürgers, es wird aber kein staatsgerichtetes Abwehr- oder Leistungsrecht des Bürgers begründet.

Durch Artikel 12 Abs. 2 Satz 2 wird die Staatszielbestimmung, insbesondere im Sinne der für Mecklenburg-Vorpommern besonders bedeutsamen Erholung in Natur und Landschaft um die Feststellung ergänzt, daß der freie Zugang zu den Binnengewässern und der Küste mit den Haff- und Boddengewässern gewährleistet sei.

Allerdings sind die Schranken, denen der **freie Zugang** unterliegt - in erster Linie die immanenten Schranken des Umweltschutzes selbst - sowie der Gesetzesvorbehalt in Artikel 12 Abs. 5 Landesverfassung - zwingend zu beachten. Eine nähere Ausgestaltung des Gesetzesvorbehaltes findet sich in den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes über den Gemein-, Anlieger -und Eigentümergebrauch sowie in den dazu ergangenen landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen der §§ 21, 22 und 24 LWaG. Danach wird der Gemeingebrauch an den oberirdischen Gewässern und dem Strand unter Berücksichtigung des Prinzips der stufenweise Rücksichtnahme (entgegenstehende Rechte Anderer, Beeinträchtigungen von Befugnissen oder des Eigentümer- und Anliegergebrauchs), der Wahrung der Gemeinverträglichkeit und des Bewirtschaftungsgrundsatzes, gewährleistet.

Rein tatsächlich setzt die Teilnahme am Gemeingebrauch (schon immer) voraus, daß dem Einzelnen der Zugang zu den Gewässern offensteht. Soweit die Ufer zu den Gewässern nicht ohnehin zugänglich sind, besteht andernfalls jedoch keine Möglichkeit, eine Freimachung des Zugangs unter Hinwegsetzung über legitime Rechte Anderer zu erreichen, da weder Artikel 12 Abs. 3 Landesverfassung noch der Gemeingebrauch als durch Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG anerkannter Ausfluß der natürlichen Freiheit des Einzelnen, dem Einzelnen ein subjektives Recht dahingehend einräumt.

Damit setzt bereits das derzeit geltende LWaG das verfassungsrechtliche Gebot um. Zu prüfen wäre im Zusammenhang mit der Novellierung des Landeswassergesetzes, inwieweit unter Berücksichtigung der Eigentumsgarantie des Artikel 14 GG hier noch weitere Vergünstigungen eröffnet werden können.

Der aufgrund der gewonnenen Erfahrungen im Vollzug des Landeswassergesetzes erforderlich gewordene materielle Novellierungsbedarf ist insgesamt gering und bezieht sich hauptsächlich auf den Bereich Küstenschutz und Anlagengenehmigungen.

Der gesamte Komplex Küstenschutz ist zu überarbeiten. Die landesspezifischen Gegebenheiten sind besonderen Regelungen zuzuführen. Dabei wird auch das Ziel verfolgt, die im Küstenbereich bestehenden widerstreitenden Interessen zwischen einem wirksamen Hochwasserschutz einerseits und dem gesteigerten Interesse an einer aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenregion andererseits zu harmonisieren.

Unter dem Gesichtspunkt der Verfahrensbeschleunigung sollen in den Bereichen, in denen eine Abschwächung des Gewässerschutzes nicht zu befürchten ist, durch die Festschreibung von Anzeige- anstatt der bisherigen Genehmigungspflichten Erleichterungen für Vorhabenträger geschaffen sowie Kosteneinsparungen im Vollzug erreicht werden.

Eine noch weitergehende Bündelung von Verfahren, insbesondere der zahlreichen spezialgesetzlichen Genehmigungen für ein und dasselbe Vorhaben, z. B. für Anlagen in, an, unter und über Gewässern, als bisher schon erfolgt (vgl. §§ 82, 89 Abs. 3 LWaG) wird im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz für die Wasserwirtschaft angestrebt. Um hier spürbare Erleichterungen für den Antragsteller zu schaffen, sind jedoch koordinierende Regelungen in den anderen Gesetzen (z. B. Wasserverkehrsgesetz M-V) erforderlich.

Geprüft werden soll auch im Rahmen der Novellierung des Landeswassergesetzes, wie zukünftig die Zuständigkeiten an den Gewässern zu regeln sind.